

Klimaschutz

& Partizipation



Akteure in der Kommune
informieren und beteiligen



SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



KOMMUNALER
KLIMASCHUTZ

Klimaschutz & Partizipation

Akteure in der Kommune
informieren und beteiligen



SERVICE &
KOMPETENZ
ZENTRUM



Impressum

Herausgeber: Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz
beim Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Auf dem Hunnenrücken 3, 50668 Köln

Konzept: Ulrike Vorwerk

Redaktion: Patrick Diekelmann, Ulrike Vorwerk

Gestaltungskonzept, Layout, Illustration: Irina Rasimus Kommunikation, Köln

Druck: Spree Druck Berlin GmbH

Gefördert durch: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Alle Rechte vorbehalten. Köln 2015

Die Beiträge liegen inhaltlich in alleiniger Verantwortung der Autorinnen und Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wider.

Diese Veröffentlichung wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt.

Diese Publikation wurde auf Recyclingpapier (100% Altpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel) gedruckt.

Inhalt

CORNELIA RÖSLER Vorwort	5
ULRIKE VORWERK Mitwirkung hat Wirkung – Akteursbeteiligung im kommunalen Klimaschutz	6
DINAH EPPERLEIN UND EVA HOLST Klima-Werkstatt Göttingen – Gemeinsam schaffen wir das!	12
PHILIPP GRANZOW UND HORST STEPHAN Viernheim auf dem Weg zu einer „klimafreundlichen Bürgerkommune“	22
RICARDA SAHL SAGA – Serviceagentur Altbausanierung für energetische Sanierungen in Düsseldorf	34
ISA REHER Kreis Stormarn: Bürgerinnen und Bürger am Klimaschutz beteiligen – Unterstützung für Städte und Gemeinden	46
CHRISTINE FIEDLER Akteursbeteiligung im Zuge der Entwicklung des Heidelberger „Masterplans 100% Klimaschutz“	56
HEIKE HOLLERBACH UND DOROTHEE ROLFSMEYER Energiesparinitiative und Energieeffizienzberatung Offenbach – wichtige Akteure in der Stadt beteiligen und aktivieren	66
IAN VINCENT SCHÖLZEL Energiegemeinschaft Weissacher Tal e.G. – ein „Kind“ der Gemeinde	78
ALMUTH THARAN Soko Klima – Stadt gestalten mit Plan	88
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz – Information und Beratung für Kommunen	100
Bildnachweis	102

Klimaschutz & Partizipation



Vorwort

Klimaschutz ist eine große Herausforderung für die Kommunen. Daher sind gute Ideen, Lösungsmöglichkeiten und Strategien gefragt, die zum Klimaschutz vor Ort einen wesentlichen Beitrag leisten.

In vielen Kommunen haben erfolgreich realisierte Projekte bereits zu beachtlichen CO₂-Einsparungen geführt. Sie dokumentieren das große kommunale Engagement für den Klimaschutz, mit dem sie beispielgebend für Bevölkerung und Privatwirtschaft sind und eine wichtige Vorbildfunktion ausüben. Zugleich können positive Praxisbeispiele anderen Kommunen Mut machen, selbst die Initiative zu ergreifen und eigene Maßnahmen zu verwirklichen.

Mit den in der Reihe „Themenhefte“ veröffentlichten Publikationen greift das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz nach und nach verschiedene Schwerpunkte bzw. Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes auf. Es werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und konkrete Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen dargestellt.

Die Einbindung unterschiedlicher Akteure in die Klimaschutzaktivitäten von Kommunen ist ein wesentlicher Bestandteil, um die Einsparung von Treibhausgasen vor Ort voranzubringen. In diesem Themenheft wird anhand der acht Textbeiträge aufgezeigt, wie facettenreich Partizipation im kommunalen Klimaschutz gestaltet werden kann und welche Möglichkeiten bestehen, unterschiedliche Zielgruppen zu eigenem Engagement zu motivieren.

Wir danken dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für die Förderung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative, ohne die dieses Themenheft nicht möglich gewesen wäre. Und wir danken allen Autorinnen und Autoren, die mit ihrem wertvollen Erfahrungsschatz einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieser Veröffentlichung geleistet haben.

Cornelia Rösler



CORNELIA RÖSLER

Projektleiterin im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu)

Seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu. Koordinatorin des Arbeitsbereichs Umwelt am Standort Berlin von 1993 bis 2001. 2001 Wechsel zum Difu-Standort Köln. Seit 2009 Leiterin des Bereichs Umwelt. Initiierung, Durchführung und Leitung einer Vielzahl von Projekten zum kommunalen Umweltschutz. Vertreterin des Difu in der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages, in den bundesweiten Umweltamtsleiterkonferenzen sowie im Arbeitskreis Energiemanagement des Deutschen Städtetages.

Mitwirkung hat Wirkung – Akteursbeteiligung im kommunalen Klimaschutz

Dass Kommunen eine entscheidende Rolle im Klimaschutz zukommt, ist unbestritten. Zum Erreichen der CO₂-Einsparziele der Bundesregierung von 80 bis 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 ist das Engagement der Kommunen von enormer Bedeutung. Kommunen entwickeln individuelle Klimaschutzstrategien und gehen durch die Umsetzung eigener Maßnahmen und Projekte mit gutem Beispiel voran. Der Rahmen ihrer direkten Einflussmöglichkeiten auf die lokale Emission von Treibhausgasen ist jedoch begrenzt. Um den Klimaschutz vor Ort effektiv und erfolgreich zu gestalten, sind Kommunen daher auf die Unterstützung und Partizipation unterschiedlicher Akteure angewiesen – von Bürgerinnen und Bürgern über Initiativen und Verbände bis hin zur lokalen Wirtschaft. Somit ist es eine wichtige Aufgabe der Kommune, Stakeholder vor Ort von der Notwendigkeit des Klimaschutzes zu überzeugen und zu eigenen Aktivitäten zu motivieren.

Diese Erkenntnis sollte hinreichend bekannt sein – spätestens seit der Agenda 21, die 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedet wurde und Kommunen aufruft, lokale Entwicklungen gemeinsam mit anderen Akteuren nachhaltig zu gestalten. Den-

noch kann nicht oft genug betont werden, welche Bedeutung Partizipation in diesem Zusammenhang hat. Kommunaler Klimaschutz wird von den Menschen vor Ort mit Leben erfüllt. Durch ihre aktive Einbindung können Kommunen indirekt auf die Stadtgesellschaft Einfluss nehmen und versuchen, sie für ihre Klimaschutzziele und -projekte zu sensibilisieren und zu gewinnen. Akzeptanz oder sogar Identifikation sind damit zentrale Ziele von Beteiligungsverfahren. Das vorliegende Themenheft widmet sich daher der Verknüpfung der beiden Themen Klimaschutz und Partizipation.

Formen der Partizipation

Für Kommunen ist Akteursbeteiligung keine Neuheit. Sie gehört vielfach zum genutzten und etablierten Instrumentarium, das immer wieder unterschiedliche Formen verlangt. Grundsätzlich lassen sich Beteiligungsverfahren in zwei Kategorien einteilen: in formelle, also gesetzlich vorgegebene und administrativ verankerte Verfahren, zum Beispiel bei der Bauleitplanung, und informelle, das heißt freiwillig durchgeführte und nicht formal geregelte Verfahren, zum Beispiel Zukunftswerkstät-



Mindmap: kommunaler
Klimaschutz und Partizipation



Klimaschutzziele gemeinsam erreichen

ten und Ideenwettbewerbe [1]. In der Praxis sind auch Kombinationen beider Methoden möglich. Dieses Themenheft nimmt freiwillige Partizipationsprozesse in den Fokus und möchte aufzeigen, wie mit Kreativität und Einfallsreichtum unterschiedliche Zielgruppen im kommunalen Klimaschutz zur Mitsprache angeregt bzw. zum Mitmachen aktiviert werden können.

Hinter dem Begriff Partizipation stehen genau genommen drei Funktionen: (i) informieren und motivieren, (ii) beteiligen und (iii) kooperieren. Alle drei zu kombinieren, ist sicherlich am sinnvollsten und erfolgreichsten. Übertragen auf die Praxis bedeutet dies, dass Akteure vor Ort zum Beispiel durch Kampagnen über Klimaschutzprojekte informiert und zur Nachahmung motiviert werden. Bei Beteiligungsinstrumenten, wie etwa Beiräten und Arbeitskreisen, setzt die Kommune auf die Mitwirkung und aktive Einbindung von Akteuren. Kooperation wiederum beinhaltet einen Aushandlungs- und Entscheidungsprozess zwischen unterschiedlichen Akteuren, wie er etwa in sogenannten Beteiligungsgesellschaften zum Tragen kommt [1] [2].

Bedeutung von Beteiligung

Aus Sicht der Kommunen sind die Steigerung von Akzeptanz und die Identifikation mit der jeweiligen Thematik die Hauptziele von Beteiligungsverfahren. Darüber hinaus sehen sie die Information der Bürgerinnen und Bürger sowie die Förderung von Transparenz als bedeutsam an. Das ergab eine Umfrage, die das Deutsche Institut für Urbanistik

(Difu) mit Unterstützung des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes im Jahr 2012 in über 450 Städten und Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von mehr als 20.000 durchführte – befragt wurden vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilungen Stadtplanung/Stadtentwicklung und Tiefbau. Die Bedeutung weiterer Ziele von Partizipation, wie die Nutzung von Know-how und Ideen aus der Bevölkerung sowie Kostenersparnis, wurde von den befragten Kommunen vergleichsweise gering eingeschätzt. Insgesamt stufte fast ein Drittel der Befragten den aktuellen Stellenwert von Bürgerbeteiligung als „sehr hoch“ ein [3].

Vonseiten der Bevölkerung wird zunehmend die Forderung nach stärkerer Einbindung und Mitwirkung laut. Wie eine im März 2011 durchgeführte Umfrage der Bertelsmann Stiftung unter 1.000 repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern ergab, wünschen sich 81 Prozent der deutschen Bevölkerung mehr Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten im politischen Prozess. 60 Prozent der Befragten sind demnach bereit, sich über den Gang zur Wahlurne hinaus in Form von Bürgerbegehren, Diskussionsforen oder Anhörungen aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen [4].

Eine Aufgabe der Kommunen ist es, dieses Potenzial vor Ort zu nutzen, die Menschen zu aktivieren und Impulse für die eigenen Klimaschutzziele und -vorhaben mitzunehmen. Dass dies unweigerlich für die Kommunen einen Mehraufwand bedeutet und zusätzliche Ressourcen erfordert, liegt auf der Hand. Wie die oben genannte Umfrage des Difu aber ergab, bewertet die Mehr-

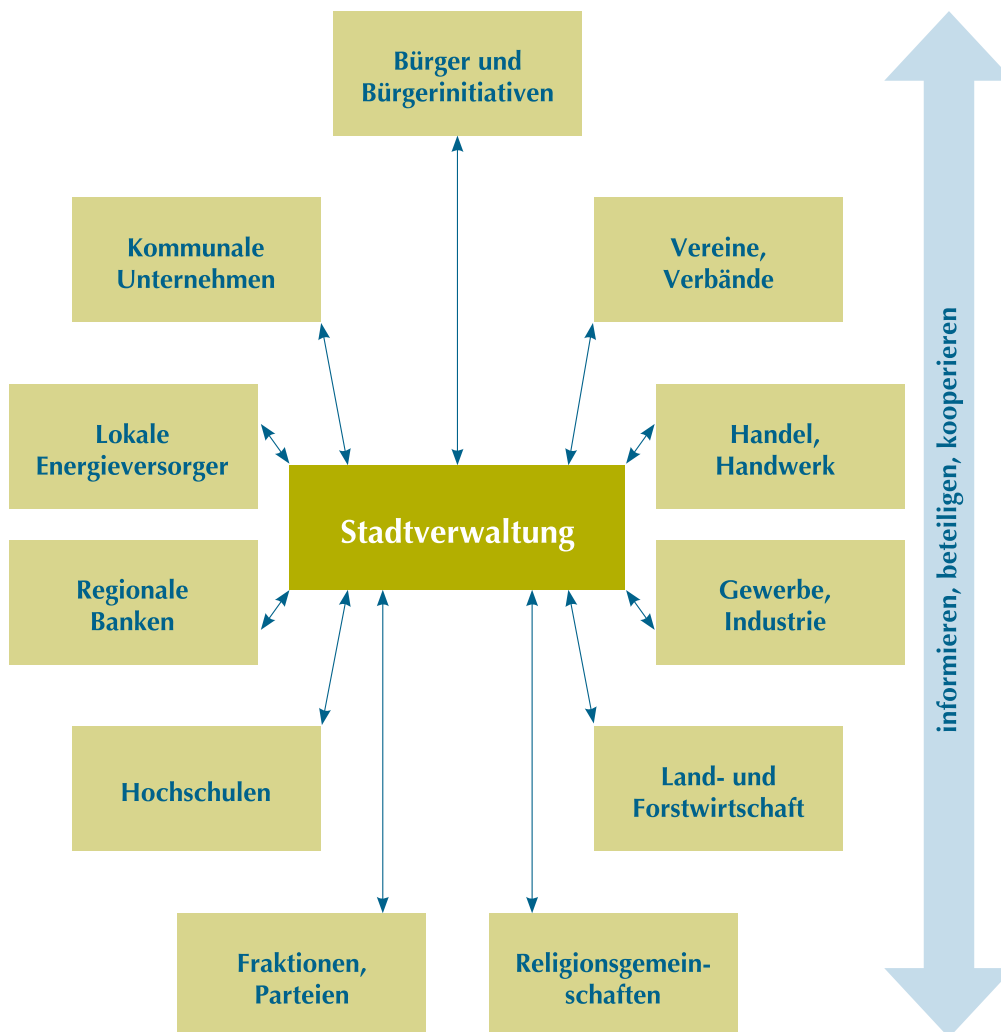
heit (über 61 Prozent) der befragten Kommunen die bisherigen Erfolge ihrer Partizipationsbemühungen als „hoch“ oder sogar „sehr hoch“ [3].

Ansprache der Öffentlichkeit

Entscheidendes Element bei Beteiligungsprozessen ist eine frühzeitige Einbindung von Akteuren, um reale Gestaltungsspielräume anzubieten. Dabei ist es jedoch wichtig, offen mit den Grenzen dieser Gestaltungsspielräume und damit der Partizipation umzugehen, um Missverständnisse und falsche Erwartungen zu vermeiden. Auch die zielgruppengerechte Ansprache ist von zentraler Bedeutung. Wer ist zu beteiligen? Über welche Medien erfolgt die Informa-

tion? Neben der lokalen Presse, Amtsblättern und Wurfsendungen dienen Internetangebote – das heißt Webseiten der Kommunen oder E-Mail-Newsletter – zur Bekanntmachung von Beteiligungsmöglichkeiten. Das Internet bietet neben der bloßen Informationsbereitstellung aber auch Formen der Online-Partizipation, auch E-Participation genannt, wie etwa Online-Befragungen, Online-Foren oder Online-Abstimmungen [1]. Ein Beispiel stellt die begleitende Online-Beteiligung dar, die bei der Aufstellung des Klimaschutzplans des Landes Nordrhein-Westfalen neben weiteren umfassenden Beteiligungsformaten zum Tragen kam. Von Dezember 2013 bis März 2014 konnte die Öffentlichkeit – Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Unternehmen und sonstigen Organisationen aus

Klimaschutzakteure in der Kommune [6]





Nordrhein-Westfalen – die bis dahin im Klimaschutzplan erarbeiteten Maßnahmenvorschläge kommentieren und ergänzen. Anschließend sind Ergebnisse auf der Homepage der Landesregierung veröffentlicht worden und in den weiteren Erarbeitungsprozess eingeflossen [5]. Es ist davon auszugehen, dass mit der fortschreitenden Digitalisierung „Partizipation per Mausklick“ zunehmend schnelle, ortsunabhängige Beteiligungsmöglichkeiten bietet und damit eine immer stärkere Rolle einnehmen wird.

Beispiele aus der Praxis

Im vorliegenden Themenheft sollen gute Beispiele aus der Praxis aufzeigen, wie Partizipation im kommunalen Klimaschutz aussehen kann. Berücksichtigt werden verschiedene Formen von Information und Motivation, Beteiligung und Kooperation. Fraglos existiert kein Patentrezept, welche Methode für welchen Fall zielführend ist. Die Auswahl der Beiträge soll einen möglichst breiten Ausschnitt aus den facettenreichen Projekten und Prozessen zeigen. Zugleich wurde Wert darauf gelegt, dass die Sicht von Städten, Gemeinden und Landkreisen und darüber hinaus eine ausgewogene regionale Verteilung in der Bundesrepublik berücksichtigt werden. Denn im kommunalen Klimaschutz gilt es, die lokalen bzw. regionalen Bedingungen zu beachten. Handelt es sich um eine kleine Kommune mit schlanken Verwaltungsstrukturen, die nah an den Bürgerinnen und Bürgern dran ist? Oder steht eine Großstadt im Fokus, die zwar komplexer aufgestellt ist, aber auch

mehr Ressourcen in Beteiligungsprozesse einbringen kann? Welche Ämter sind vonseiten der Kommune zu beteiligen? Wie aktiv ist die Kommune bereits in Sachen Klimaschutz? Ist die Bevölkerung sensibel für das Thema? Kann auf bestehende Aktivitäten und Netzwerke aufgebaut werden? Diese und weitere Fragen werden behandelt.

Zu Beginn des Themenhefts erläutern Dinah Epperlein, Fachdienstleiterin Hochbau, Klimaschutz und Energie der niedersächsischen Stadt Göttingen, und ihre Mitarbeiterin Eva Holst, wie in ihrer Stadt das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden soll. Das Klimaschutzziel ist im „Masterplan 100 % Klimaschutz“ festgehalten, den Göttingen mit Förderung des Bundesumweltministeriums entwickelt hat. Um die Menschen vor Ort in die Umsetzung der ambitionierten Klimaschutzaktivitäten einzubinden, wurde ein offener und kommunikativer Beteiligungsprozess angestoßen, der neben einem Wettbewerb zur Entwicklung von Klimaschutzideen aus der Stadtgesellschaft unter anderem auch mehrere „Klima-Werkstätten“ zur konkreten Weiterentwicklung umfasst.

Die hessische Kleinstadt Viernheim führt bereits seit den 1990er-Jahren vorbildliche Beteiligungsprozesse durch. Philipp Granzow, Leiter des dortigen Brundtlandbüros, und Horst Stephan, Leiter des Fachbereichs Gesundheit, beschreiben in ihrem Beitrag den Weg zu einer „klimafreundlichen Bürgerkommune“, in der Menschen Lust haben, Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Um den Austausch und die gegenseitige Unterstützung



von Stadtverwaltung und Bevölkerung zu stärken, geht die Stadt mit kreativen Ideen voran und setzt auf die Anerkennung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Unter anderem wird das Beteiligungsforum „Energie und Klimaschutz“ vorgestellt, welches das Ziel verfolgt, ein „Zukunftskonzept für Energie- und Klimaschutz“ bis 2030 zu entwickeln.

Im darauf folgenden Beitrag erläutert Ricarda Sahl, Koordinatorin der Serviceagentur Altbausanierung SAGA der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf, wie die Stadt mithilfe einer Beratungsstelle private Hauseigentümerinnen und -eigentümer über Energieeinsparpotenziale im Altbaubereich informiert und zu energetischen Sanierungen motiviert. Die Landeshauptstadt kooperiert bei der von ihr eingeführten SAGA mit der Verbraucherzentrale NRW, den Stadtwerken Düsseldorf und einem breit aufgestellten Netzwerk aus weiteren Akteuren. Die Beratungsstelle bündelt auf diese Weise vorhandenes Know-how und bringt Fachleute und „Sanierungswillige“ zusammen.

Welche Rolle Landkreise beim Thema Klimaschutz und Partizipation als Vermittler und Unterstützer für ihre kreisangehörigen Kommunen einnehmen können und welche besonderen Herausforderungen damit verbunden sind, erläutert Isa Reher, Klimaschutzmanagerin des Kreises Stormarn in Schleswig-Holstein. Seit vielen Jahren hat sich

der Kreis auf die Fahnen geschrieben, den Klimaschutzgedanken auf den gesamten Kreis mit den dazugehörigen Städten und Gemeinden zu übertragen – und das mithilfe einer intensiven Bürgerbeteiligung. Die Methoden mussten dabei stets an sich verändernde Bedingungen angepasst werden.

Die Stadt Heidelberg in Baden-Württemberg blickt auf mehr als 20 Jahre Erfahrung in Sachen Klimaschutz und Beteiligung zurück. Christine Fiedler, Klimaschutzmanagerin der Stadt Heidelberg, beschreibt in ihrem Beitrag, wie die langjährige Netzwerkarbeit in den Prozess der Umsetzung des Heidelberger „Masterplans 100 % Klimaschutz“ einfließt. Zur konkreten Einbindung von Ideen und Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger wurden die Beteiligungsmodelle Bürgerkonferenz und Bürgerwerkstatt ausgewählt. Eine wichtige Rolle bei der Umsetzung kommt dabei dem sogenannten „Heidelberg-Kreis Klimaschutz & Energie“ zu, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Bereiche von Wirtschaft bis Wissenschaft zusammensetzt.

Heike Hollerbach, Leiterin des Amtes für Umwelt, Energie und Klimaschutz der hessischen Stadt Offenbach a.M., und Dorothee Rolfsmeyer, städtische Klimaschutzmanagerin, erläutern die „Energiesparinitiative Offenbach“ sowie die dortige Energieeffizienzberatung für Unternehmen. Die Energiesparinitiative stellt ein Netzwerk aus rund 20 Partnern dar, das Know-how zu den Themen Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien bündelt. Bei der Aktion „Firmen-zu-Firmen-Beratung“ werden kleine und mittlere Unternehmen vor Ort über Handlungsoptionen und Förderungen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien informiert und zur Umsetzung motiviert.

Der Beitrag von Ian Vincent Schölzel, Bürgermeister von Weissach im Tal, lenkt den Blick auf die 7.000 Einwohnerinnen und Einwohner umfassende baden-württembergische Gemeinde und zeigt, wie es als Kommune gelingen kann, eine eigene Energiegenossenschaft zu gründen. Die Gemeinde möchte damit auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligen, die keine oder wenige eigene Handlungsmöglichkeiten im Bereich der erneuerbaren Energien haben. Daher stellte sie unter anderem die Dachflächen kommunaler Liegenschaften für gemeinschaftliche Photovoltaikanlagen zur Verfügung. Ziel der Gemeinde ist es, mit dieser Form der wirtschaftlichen Beteiligung die Bürgerinnen und Bürger für die Energiewende vor Ort zu gewinnen.

Im abschließenden Beitrag stellt Almuth Tharan vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen e.V. das Projekt „Soko Klima – Stadt gestalten mit Plan“ vor. Das über die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums geförderte Vorhaben unterstützt Kinder und Jugendliche dabei, Planungen an ihren Wohnorten zukunfts- und klimasensibel mitzugestalten. Der Fokus auf die spezielle Zielgruppe Kinder und Jugendliche wirft ein neues Licht auf Partizipationsprozesse im kommunalen Klimaschutz.

Nachahmung guter Beispiele

Wie die vorgestellten Beiträge zeigen, rücken vor allem zwei Aspekte in den Fokus dieses Themenhefts: Zum einen werden Partizipationsprozesse dargestellt, die Kommunen bei der Realisierung eigener Klimaschutzmaßnahmen umsetzen. Ausgewählte Beispiele zeigen, wie mit Transparenz, Mitsprache und Kooperation bei den „betroffenen“ Akteuren Akzeptanz, Identifikation und Unterstützung erreicht werden können. Zum anderen geht es darum, Akteursgruppen zu aktivieren und zu eigenen Klimaschutzmaßnahmen zu motivieren. Denn um die CO₂-Emissionen in einer Kommune zu reduzieren, muss diese die Bereiche und Akteure erreichen, die für einen Großteil der Emissionen verantwortlich sind.

Das Themenheft stellt erfolgreiche und kreative Projekte der Akteursbeteiligung vor, die anderen Kommunen als gutes Beispiel dienen und zur Nachahmung anregen. Darüber hinaus sollen die Einblicke in die Praxis die Bedeutung von kommunalen Partizipationsprozessen unterstreichen: Mitwirkung hat Wirkung. ■

Quellenangaben

- [1] Bischoff, Ariane, Klaus Selle und Heidi Sinning *Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden*, Dortmund 2005.
- [2] Hogrewe-Fuchs, Anna, und Vera Völker, *Beteiligung und Ideen für Klimaschutzmaßnahmen. Beispiele aus dem Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“*, in: Michael Zschiesche, *Klimaschutz im Kontext. Die Rolle von Bildung und Partizipation auf dem Weg in eine klimafreundliche Gesellschaft*, München 2012, S. 103–113.
- [3] Landua, Detlef, Klaus J. Beckmann, Stephanie Bock, Bettina Reimann, *Auf dem Weg, nicht am Ziel*.

- Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung – Ergebnisse einer Kommunalbefragung*, Berlin 2013 (Difu-Paper).
- [4] www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse-startpunkt/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/umfrage-buerger-wollen-sich-an-politik-beteiligen/
- [5] www.klimaschutz.nrw.de/mitmachen/online-beteiligung/
- [6] *Deutsches Institut für Urbanistik in Kooperation mit Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (ifeu) und Klima-Bündnis – Climate Alliance – Alianza del Clima e.V., Frankfurt/M. (Hrsg.), Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden*, Berlin 2011, www.leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de/



ULRIKE VORWERK

Wissenschaftliche
Mitarbeiterin, Deutsches
Institut für Urbanistik (Difu)

Seit 2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Umwelt am Deutschen Institut für Urbanistik. Der Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich kommunaler Klimaschutz: Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation, Moderation, Publikationen sowie Durchführung von Wettbewerben. Von 2009 bis 2012 Beratung und Öffentlichkeitsarbeit zur Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums. Studium der Kommunikationswissenschaft mit den Nebenfächern Soziologie und Psychologie an der RWTH Aachen, M.A.

Klima-Werkstatt Göttingen – Gemeinsam schaffen wir das!

Die Stadt Göttingen hat sich das Klimaschutzziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, begann sie im Sommer 2012 mit der Aufstellung des „Masterplans 100% Klimaschutz“, der den Weg hin zu einer CO₂-neutralen Stadt beschreibt. Gefördert wurde der Prozess im Rahmen der „Kommunalrichtlinie“ des Bundesumweltministeriums.

Ein wichtiger Baustein bei der Erstellung des Masterplans war die Einbeziehung vieler Akteure aus Energieversorgung, Wirtschaft, Wissenschaft, Wohnungsbau sowie von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in die strategische Planung für sieben Handlungsfelder. Eine direkte Bürgerbeteiligung war ursprünglich nicht geplant. Letztendlich steht jedoch kommunaler Klimaschutz nicht nur für konzeptionelle Zielsetzungen und politische Beschlüsse, sondern erfordert zusätzlich einen ge-

selltschaftlichen Wandel mit Verhaltensänderungen und dem Überdenken bestehender Werte und Lebensstile. Eine entscheidende Rolle spielen also die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Ergänzend zum Masterplan entschied sich deshalb Göttingen für das Beteiligungsprojekt „Klima-Werkstatt“, um ihre Bürgerschaft in den Prozess der Umsetzung der kommunalen Klimaschutzziele mit einzubeziehen.

Das Wissenschaftsjahr 2012 unter dem Motto „Zukunftsprojekt Erde“ gab den Anstoß: Neben 14 anderen Kommunen nahm Göttingen an dem Projekt „ZukunftsWerkStadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung teil, mit dem Ziel, Zukunftswerkstätten zur nachhaltigen Stadtentwicklung zu entwickeln. Göttingen entschied sich für das Thema Klimaschutz und startete mit der Göttinger Klima-Werkstatt einen offenen und kommunikativen Prozess der Bürgerbeteiligung.

Klimaschutzprojekte bekannt machen



Gute Ausgangslage für ambitionierte Ziele

In der Hochschul- und Wissenschaftsstadt Göttingen im südlichen Niedersachsen leben rund 130.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadt ist geprägt durch die Georg-August-Universität mit ihren etwa 27.500 Studierenden und 15.000 Beschäftigten, zwei Fachhochschulen und mehrere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Göttingen hat daher eine vielfältige und flexible Bevölkerung mit hohem Bildungsniveau und Umweltbewusstsein, die sich aktiv mit gesellschaftspolitischen Themen auseinandersetzt. Die Stadt ist seit vielen Jahren sehr engagiert im Bereich Klimaschutz. Bereits seit 1991 ist sie Mitglied im Klima-Bündnis/Alianza del Clima e.V., mit der kommunalen Selbstverpflichtung, alle fünf Jahre den CO₂-Ausstoß im Stadtgebiet um jeweils zehn Prozent zu verringern. Energieeffiziente Sanierung der städtischen Gebäude, Energieeinsparprojekte und regelmäßige Energieberichte sind bereits seit vielen Jahren Standard.

Nach der Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzepts im Jahr 2010 entschied sich die Stadt zwei Jahre später gemeinsam mit der Universität und der Stadtwerke AG für die Erarbeitung des „Masterplans 100% Klimaschutz“. Die Förderung durch das Bundesumweltministerium erlangte sie gemeinsam mit 18 weiteren Kommunen nach Durchlaufen eines zweistufigen Bewerbungsverfahrens. Das ambitionierte Ziel lautet, bis zum Jahr 2050 die CO₂-Emissionen fast vollständig zu reduzieren. Damit hat sich die Stadt neuen Herausforderungen gestellt. Eine der wesentlichen Fragestellung für die Umsetzung war: Wie können wir es schaffen, die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und Initiativen zu motivieren, sich aktiv am Klimaschutz zu beteiligen? Wie können wir ihre Aktivitäten stärken und unterstützen?

Mit guter Steuerung durch das Projekt

Das Projekt „Klima-Werkstatt Göttingen“ wurde von der Stadt Göttingen mit Unterstützung des IdE-Instituts für dezentrale Energietechnologien gGmbH und des Unternehmens PlanKom durchgeführt. Die Projektleitung oblag dem Fachdienst Klimaschutz und Energie und dem Fachdienst Stadt- und Verkehrsplanung der Stadt Göttingen. Es wurde ein Lenkungsausschuss

gegründet, der die Projektidee entwickelte und den gesamten Ablauf begleitete. Neben dem vierköpfigen Leitungsteam der Stadtverwaltung waren hier ein Moderator von PlanKom und zwei wissenschaftliche Mitarbeiter des IdE-Instituts für die wissenschaftliche und inhaltliche Unterstützung vertreten. Je nach Thema wurden zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Fachdiensten eingeladen.

Klima-Werkstatt Göttingen – Der Beginn einer aktiven Bürgerbeteiligung

Im Rahmen eines Wettbewerbs rief die Stadt Göttingen im Juli 2012 alle Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen auf, sich mit eigenen Klimaschutz-Ideen zu beteiligen. Dabei war auch die Bereitschaft gefragt, diese Ideen in drei Klima-Werkstätten weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die Ansprache war breit gestreut, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Aktive Gruppen, Verbände, Firmen und Institutionen wurden angeschrieben, auf der Göttinger Klimaschutzseite (www.klimaschutz.goettingen.de) wurde ein Aufruf verbreitet, Faltblätter von Schülerinnen auf dem Wochenmarkt verteilt, Plakate ausgehängt, und in den Göttinger Medien wurde über Anzeigen zur Teilnahme aufgerufen.

Team Klima-Werkstatt



Wer konnte mitmachen?

- Alle Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihren Ideen aktiv für den Klimaschutz in Göttingen einsetzen möchten – ob als Einzelperson oder gemeinsam mit anderen.
- Alle, die ihre Idee selbst mit umsetzen können und möchten.

Was für Beiträge waren gefragt?

- Projekte, die einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
- Ideen, die klimaschützendes Verhalten fördern.
- Vorschläge, die den CO₂-Ausstoß der Göttinger Bürgerinnen und Bürger vermindern oder ganz zu vermeiden helfen.
- Gefragt waren neue Ideen, ...
 - ... aber auch Projekte, die durch die Teilnahme am Wettbewerb wesentlich vorangebracht werden können.
 - ... sowohl kurzfristig realisierbare als auch längerfristig angelegte Vorschläge waren willkommen.

Jurymitglieder

Prof. Dr. Wolfgang Lücke (Vizepräsident der Georg-August-Universität)

Katrin Reuter (stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz, Stadt Göttingen)

Dr. Peter Moser (IdE Institut dezentrale Energietechnologien, Kassel)

Doreen Fragel (Geschäftsführerin der Energieagentur Region Göttingen)

Thomas Dienberg (Stadtbaurat der Stadt Göttingen)

Die 45 eingereichten Vorschläge stellten sowohl bestehende Projekte als auch neue Initiativen dar. Aus diesem vielfältigen Ideenpool wurden von der Jury 26 Projekte ausgewählt. Für die Auswahl der Projekte war unter anderem wichtig, dass sie einen Bezug zu Göttingen hatten, umsetzbar und übertragbar waren und nach Projektende eigenständig fortgeführt werden konnten.

Auftaktveranstaltung – Bekanntgabe der besten Klimaschutz-Ideen

Am 1. Göttinger Klimaschutz-Tag im Oktober 2012 wurde die Klima-Werkstatt offiziell eröffnet. Zu dieser Auftaktveranstaltung hatte die Stadt alle Bürgerinnen und Bürger, die ein Projekt eingereicht hatten, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wissenschaft sowie die interessierte Öffentlichkeit eingeladen. An diesem Tag wurden auch die vielfältigen Klimaschutz-Aktivitäten der Stadt Göttingen vorgestellt. Nach der Begrüßung durch Oberbürgermeister Wolfgang Meyer konnten sich die Teilnehmenden an fünf verschiedenen Klima-Stationen über die Projekte der Stadt informieren und sie gemeinsam diskutieren. Der Oberbürgermeister Wolfgang Meyer und der Juryvorsitzende Prof. Dr. Wolfgang Lücke überreichten Urkunden an die 26 ausgewählten Projekte aus diesen Handlungsfeldern:

- Landwirtschaft und Ernährung
- Bildung (Schule, Jugend, Medien)
- Mobilität
- Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit
- Energiesparen und Energieeffizienz
- Erneuerbare Energien

Die prämierten Projekt-Akteure erhielten als Preis die Einladung, ihre Projekte an drei Klima-Werkstatt-Tagen mit umfassender Unterstützung der Stadt weiterzuentwickeln bzw. umzusetzen.

Die Klima-Werkstätten

Die Klima-Werkstätten fanden an drei Samstagen innerhalb von vier Monaten statt. So war es auch Berufstätigen möglich, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Für die Veranstaltungen konnte das Tagungshaus der Göttinger Sternwarte genutzt werden. Ein großer Raum lud zum gemeinsamen Arbeiten ein. Für Gruppenarbeiten standen zwei weitere kleinere Räume zur Verfügung. Jede Klima-Werkstatt war geprägt durch abwechslungsreiche Abläufe mit vielen Möglichkeiten, zu Wort zu kommen und sich intensiv miteinander auszutauschen. Jedem der 26 Projekte wurde ein „Pate“ aus dem leitenden Projektteam der Verwaltung zugeteilt, um sicherzustellen, dass es für alle eine Kontaktperson gab, die sich verantwortlich fühlte und zielorientiert, auch über die einzelnen Werkstätten hinaus, unterstützen konnte.



Projekte aus der Bürgerschaft werden auf dem 1. Klimaschutz-Tag prämiert, Diskussionen an den Klima-Stationen

26 Projekte wurden für die Klima-Werkstatt eingeladen:

- 1 Klimaschutz fängt im Haushalt an
- 2/3 Essbares Göttingen (Zusammenschluss zweier eingereichter Projekte mit gleichem Projektziel)
- 4 Donnerstag Veggietag auch in Göttingen
- 5 Medienwerkstatt für Nachhaltigkeit
- 6 Klimaschutz-Tag
- 7 Nutzung von Windenergie im städtischen Bereich mittels einer Windkraftanlage, basierend auf dem Design einer Tesla-Turbine
- 8 „Standpunkte“, ein Newsticker im Internet über Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung
- 9 Mitfahrbörse
- 10 Klimafrühstück „Klimaschutz in aller Munde!“
- 11 Nährboden Göttingen – Projekte urbaner Landwirtschaft
- 12 Göttingen isst regional – Solidarische Landwirtschaft für die Stadt. Klimaschutz durch regionale, saisonale Biolebensmittel
- 13 Nikolausberg schafft die Energiewende
- 14 Elektrofahrräder im innenstädtischen Verkehr
- 15 Klimaschutz durch Aufklärung: Forschen und Experimentieren für Schülerinnen und Schüler
- 16 Holzenergie statt Heizöl und Erdgas – CO₂-neutrales Heizen. Klimaschutz trifft regionale Wirtschaftsförderung
- 17 Energie zum Anfassen – Ausstellung im Holzhof. Information – Visualisierung – Interaktion
- 18 BHKW-Leitfaden für die Region Göttingen
- 19 Runder Tisch Energie
- 20 Göttingen für Gemeinwohl
- 21 Kids cyclen up. ODER Kinder machen Kleider – Kleider machen Leute
- 22 Permakultur-Haus
- 23 Kirchliches Umweltmanagementsystem „Grüner Hahn“
- 24 Energieberatung für Mieter
- 25 Der Göttinger Klimaschutz-Brief
- 26 Neue Wege der Energie-Pädagogik

Klima Werkstatt I – Projekte im Coaching

Was bringt Projekte weiter? Neben der inhaltlichen Qualität ist eine klare, strukturierte Darstellung der Idee und des Unterstützungsbedarfs erforderlich, um Kooperationsmöglichkeiten auszuloten und Förderer oder Sponsoren zu gewinnen. Die erste Klima-Werkstatt beschäftigte sich im Schwerpunkt mit den Anforderungen einer gelungenen Projektpräsentation. Die Projekte wurden fünf thematisch gebildeten Arbeitsgruppen zugeteilt. Hier stellte sich jedes Projekt in zwei Minuten vor und erhielt direkt Rückmeldung von den anderen Teilnehmenden. Dadurch lernten sich die Projektakteurinnen und -akteure untereinander kennen. Es konnten erste Kooperationen initiiert werden. Besonders erfolgreich fand das beispielsweise zwischen den Projekten in der Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung statt. Deren gemeinsames Anliegen war es, mit anderen Interessierten Brach- und Rasenflächen für Obst- und Gemüseanbau zu nutzen und damit das Bewusstsein für regionale und saisonale Produkte zu schärfen. Daher schlossen sie sich für gemeinsame Aktivitäten außerhalb der Klima-Werkstatt zusammen.

Klima Werkstatt II – Vernetzung und Qualifizierung

Um eine gut abgestimmte Projektsteuerung zu gewährleisten, wurden die Werkstätten kontinuierlich evaluiert. Mit Evaluierungsbögen wurden das Stimmungsbild, Meinungen und Kritik der Teilnehmenden aufgenommen und in den weiteren Prozessablauf einbezogen. Dementsprechend konnte jederzeit auf die Bedürfnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingegangen werden. Die Evaluation der ersten Klima-Werkstatt zeigte z. B. die vielfältigen Bedürfnisse hinsichtlich der Projektentwicklung auf. Auf der zweiten Klima-Werkstatt wurden daher die Themen Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising bzw. Sponsoring und Projektdesign angeboten. Außerdem wurden in einer offen gestalteten Werkstattphase im Open-Space-Format Projekte weiterentwickelt, Informationen ausgetauscht und Ideen gesammelt. Im Mittelpunkt stand aber auch die intensive Vernetzung der Projekte untereinander. Aus diesem Grund gab es zwischendurch zwei „Speed-Dating-Runden“, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit zu geben, sich und ihre Projekte besser kennenzulernen, und eine Vernetzung zu ermöglichen.

1. Klima-Werkstatt

10. November 2012

- 11.00 Uhr Begrüßung und Vorstellung
Arbeit in Gruppen: Ihr Projekt
- 12.30 Uhr Pause
- 13.30 Uhr Arbeit mit Beratern/Beraterinnen
- 14.30 Uhr Pause
- 14.50 Uhr Ergebnisse der Beratung integrieren
Resultate (mit)teilen
- 16.00 Uhr Ende

2. Klima-Werkstatt

19. Januar 2013

- 11.00 Uhr Begrüßung und Vorstellung
- 11.25 Uhr Kennenlernen I
- 12.15 Uhr Pause
- 12.45 Uhr 4 Workshops parallel
- 14.15 Uhr Kennenlernen II
- 14.45 Uhr Pause
- 15.10 Uhr Ihre Workshops
- 16.40 Uhr Ergebnisreflexion
- 17.05 Uhr Resultate (mit)teilen
- 17.30 Uhr Ende

Arbeitsgruppe „Bildung“ bei der Ausarbeitung ihrer Konzepte, gegenseitiges Kennenlernen beim „Projekt-Speed-Dating“



*„Ich nehme die Anregung mit, unserer Öffentlichkeitsarbeit mehr Gewicht zu geben. Sie ist Dreh- und Angelpunkt für das weitere Projekt.“
Teilnehmer der Klima-Werkstatt II*

„Ich möchte Lob aussprechen für die tolle Atmosphäre der Klima-Werkstätten: Jeder konnte seine Ideen vorstellen, und jedem wurde zugehört. Vielen Dank.“ Teilnehmerin der Klima-Werkstatt III

Klima-Werkstatt III – Projekte auf der Bühne

Nach der intensiven Phase der Projektentwicklung in den ersten Klima-Werkstätten diente die dritte Klima-Werkstatt der Diskussion und der Gewinnung von Feedbacks. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten ihren Projektprozess von der Projektidee bis hin zu wesentlichen Zielen und konkreten Umsetzungsschritten vor. Die Projekte wurden dann von den Anwesenden aus anderen Perspektiven beleuchtet.

3. Klima-Werkstatt

2. März 2013

10.00 Uhr Begrüßung und Vorstellung
10.15 Uhr Projektpräsentation I
10.55 Uhr Pause I
11.10 Uhr Projektpräsentation II
11.40 Uhr Pause II
11.55 Uhr Projektpräsentation III
12.25 Uhr Pause III
12.40 Uhr Projektpräsentation IV
13.15 Uhr Pause IV
13.30 Uhr Reflexion, Evaluationsbögen
und Abschluss
14.30 Uhr Ende

Vorstellung des Projekts „Klimaschutz fängt im Haushalt an“



Über die Klima-Werkstätten hinaus

Aus der Evaluation ging hervor, dass einzelne Projekte individuelle Unterstützung benötigten, die über die allgemeinen Themen der Klima-Werkstätten hinausging. Aus diesem Grund wurden diese Projekte individuell gecoacht. Dabei gelang es, spezifische Fragen zu bearbeiten, weitere Projektschritte zu konkretisieren und Kooperationen zu initiieren. Außerdem unterstützten städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedene Projektaktivitäten. Zum Beispiel organisierten sie eine gemeinsame Aktion der Bildungsprojekte. Denn im Bereich Bildung haben sich drei Projekte zusammengefunden, um an einem gemeinsamen Projekttag ihre Ideen umzusetzen: Für die Umsetzung der Projekte „Medienwerkstatt für Nachhaltigkeit“, „Klimafrühstück – Klimaschutz in aller Munde!“ und „Klimaschutz durch Aufklärung“ forschten und experimentierten im Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) zehnjährige Schülerinnen und Schüler im Bereich erneuerbare Energien und erhielten sich zwischendurch bei einem Klimafrühstück. Dabei wurden sie von vier Mitschülerinnen und Mitschülern interviewt und gefilmt.

Ideen Hand in Hand mit der Stadt umsetzen

Darüber hinaus traf in der Göttinger Klima-Werkstatt eine Reihe von Projekten aufeinander, die sich mit urbaner Landwirtschaft und Erzeugung regionaler Lebensmittel beschäftigen. Dabei geht es nicht nur um das Gärtnern und die Ernährung, sondern auch um die gemeinschaftliche Aktivität mit Gleichgesinnten. Für diese Gruppen organisierte die Stadt einen zusätzlichen Workshop. Ziele waren, von anderen Beispielen zu lernen, Ideen und Möglichkeiten für Göttingen zu diskutieren sowie konkrete Umsetzungsschritte zu planen. Für interessante Anregungen sorgten die Beispiele „Essbare Stadt Andernach“, die Initiative „Essbare Stadt Kassel“ und das Projekt „Mundraub“ aus Berlin. Einzelne Aspekte daraus lassen sich durchaus auf Göttingen übertragen.

Umsetzungsmöglichkeiten wurden anhand konkreter Flächen im Stadtgebiet, die sich potenziell für urbane Landwirtschaft eignen, mit Vertretungen der Fachdienste Grünflächen, Gebäude- und Immobilienmanagement sowie Stadt- und



Gemeinsames Arbeiten und Forschen im DLR_School_Lab



Ausstellung der Projekte

Verkehrsplanung diskutiert. Der direkte Austausch hat gefruchtet: Die anvisierten Flächen wurden im Frühjahr 2013 auf einem Stadtpaziergang mit Zuständigen der Stadtverwaltung, den Akteurinnen und Akteuren aus den Projekten sowie weiteren interessierten Bürgerinnen und Bürgern in Augenschein genommen. Und so ist z. B. in einem städtischen Park in einer schattigen Lage als erstes Projekt ein „Teegarten“ entstanden, der im Mai 2014 mit einem Eröffnungs-Picknick eingeweiht wurde.

Das ebenfalls in den Werkstätten weiterentwickelte Projekt „Permakultur-Haus“ suchte Flächen möglichst in Hausnähe im Göttinger Stadtteil Geismar, um einen öffentlichen „Kommunikationsgarten“ anlegen zu können. Die Stadt prüfte die Verfügbarkeit zweier eventuell geeigneter Flächen und vermittelte den Kontakt zum Ortsrat. Solche und ähnliche spezifische Unterstützungsaktivitäten waren Ergebnis des konstruktiven Workshops, der zudem der Vernetzung mit weiteren Göttinger Akteuren wie z. B. den „Internationalen Gärten“ diene.

„Wir erhoffen uns durch das Treffen einen Austausch, Synergieeffekte und eine Belebung der urbanen Gartenszene.“

Teilnehmerin des Workshops

Abschlussveranstaltung – Startschuss für weitere Aktivitäten

„Viel geschafft! Weiter geht's!“ war das Motto der öffentlichen Abschlussveranstaltung, auf der im Juni 2013 die Ergebnisse der Göttinger Klima-Werkstatt vorgestellt wurden. Oberbürgermeister Wolfgang Meyer begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Klima-Werkstatt und die interessierten Bürgerinnen und Bürger, die sich über die Projekte der Klima-Werkstatt informieren wollten. Um die starke Identifikation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ihren Projekten zu verdeutlichen und einen Eindruck der geleisteten Arbeit zu vermitteln, wurden einzelne Akteure auf der Bühne zu ihrem Projekt interviewt und kurze Filme über die Auftaktveranstaltung sowie die erste Klima-Werkstatt gezeigt. Darüber hinaus wurde eine Broschüre präsentiert, die den Prozess der Klima-Werkstatt aufzeigt und jedes Projekt auf einer Doppelseite vorstellt. Sie steht unter www.klimaschutz.goettingen.de/klimawerkstatt als Download zur Verfügung. Im Mittelpunkt der Abschlussveranstaltung stand eine umfassende Ausstellung, die alle Projekte der Klima-Werkstatt anschaulich vorstellte.

„Für mich ist die Klima-Werkstatt ein toller persönlicher Erfolg, der mich stolz und glücklich macht. Die Wertschätzung meiner Idee durch die anderen Teilnehmer und die Mitarbeiter der Stadt Göttingen hat mir Mut gemacht und mich motiviert.“ Teilnehmerin der Klima-Werkstatt III

Ein Projektbeispiel im Detail aus dem Bereich „Bildung“: Kids cyclen up – Kinder machen Kleider

Wie es der Name „Kids cyclen up – Kinder machen Kleider“ vermuten lässt, spielen Stoffreste, Altkleider und Textilien aller Art eine wichtige Rolle. Die Initiative, die sich im Rahmen der Werkstätten gegründet hat, möchte Kinder und Jugendliche dazu ermutigen, aus alter Bekleidung neue Kleidung herzustellen.

Erklärtes Ziel der Initiative „Kids cyclen up – Kinder machen Kleider“ ist es, zukünftig mit Schulen und Jugendgruppen zusammenzuarbeiten, beispielsweise bei Projekttagen oder in AGs. Denkbar wären darüber hinaus Kooperationen mit Schneiderinnen, Hobby-Schneiderinnen und Schneidern, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie weiteren Berufsgruppen aus dem sozialen Bereich.

Hinter dem Namen „Kids cyclen up – Kinder machen Kleider“ steht die Göttingerin Heike Krüger: Sie möchte mit Kindern aus alten Reststoffen mit einfachem Design und Kreativität neue Textilien herstellen. Der Spaß mit und für Kinder steht dabei im Vordergrund!

Alte Jeans – neues Design



Positive Bilanz für Stadt und Bürgerschaft

Für die Stadt Göttingen war das Projekt Klima-Werkstatt ein Versuch zu erfahren, ob und inwieweit Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich für den Klimaschutz zu engagieren, dabei selbst Hand anzulegen und mit der Stadt zusammenzuarbeiten.

Die Ergebnisse haben die Erwartungen übertroffen. Trotz des sehr kurzfristigen Aufrufs zur Wettbewerbsbeteiligung kurz vor der Sommerpause wurden 45 Projektideen angemeldet, bei denen die Einreichenden bereit waren, die Umsetzung in die Hand zu nehmen. Bei den Klima-Werkstätten waren 22 der 26 ausgewählten Projekte mit rund 50 Personen regelmäßig vertreten. Die vielseitigen Projekte und die Arbeit in den Klima-Werkstätten zeigten auch, wie groß das Interesse der Göttinger Bürgerinnen und Bürger im Bereich Klimaschutz ist. Auch die rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Auftaktveranstaltung dokumentieren das große Interesse am kommunalen Klimaschutz.

Viele der 26 Vorhaben wurden während der Werkstattphase wie geplant umgesetzt. Einige Projekte wurden erfolgreich weiterentwickelt, andere, bei denen es anfänglich nur eine Konzeptidee gab, sind im Folgejahr realisiert worden. Insgesamt haben also die meisten Teilnehmenden konsequent und ausdauernd an ihrer Projektidee gearbeitet. Dies zeigt, dass bei vielen Bürgerinnen und Bürgern die Bereitschaft besteht, für den Klimaschutz in der eigenen Stadt einen Beitrag zu leisten, der über das persönliche Umfeld hinausgeht.

Ziel der Klima-Werkstatt war es, die Bürgerschaft für den Klimaschutz zu sensibilisieren und das alltägliche Handeln nachhaltig zu beeinflussen, um so die CO₂-Emissionen von Jahr zu Jahr zu reduzieren. Ein Erfolg des Projekts ist die gute Multiplikatorwirkung, denn die Vielfalt der 26 Projekte spricht die gesamte Bürgerschaft an:

- Die fünf Projekte aus dem Bereich Bildung erreichen beispielsweise Schulklassen, Lehrerschaft und Eltern.
- Im Rahmen einer großen Veranstaltung der „Veggie-Tag-Initiative“ konnten viele Bürgerinnen und Bürger auf das Thema klimafreundliche Ernährung angesprochen werden. Aber auch über die Gastronomie und Kantinen, die sich donnerstags aktiv am Veggie-Tag beteiligen, wird eine Vielzahl an Gästen und Mitarbeitenden einbezogen.
- Das Projekt „Mitfahrbörse“ der Universität spricht Studierende und Mitarbeitende des größten Arbeitgebers Göttingens an und lässt sich wiederum auf andere Unternehmen und Einrichtungen übertragen oder in Kooperation mit diesen durchführen.



Beim Klimaschutz mit anpacken

- Das Projekt „Klimaschutz mit Holzenergie“ hat mittelständische Unternehmen als Zielgruppe.
- Als letztes Beispiel sei der geplante Klimaschutz-Tag Göttingen erwähnt, der zukünftig als Veranstaltung in der Innenstadt eine große Öffentlichkeit erreichen soll.

Die aufgrund der neu initiierten Projekte erzielbaren CO₂-Einsparungen können nicht ermittelt werden, da die meisten Projekte auf Öffentlichkeitsarbeit, Bildung oder Veränderung der Lebensgewohnheiten zielen. Teilweise können jedoch indirekte Potenziale errechnet werden. Ein fleischloser Tag pro Woche verringert zum Beispiel die CO₂-Emissionen laut Vegetarierbund Göttingen pro Kopf und Jahr um 31 Kilogramm. Mit der allgemeinen Einführung des Veggietages könnten also in Göttingen 3.720 Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr eingespart werden.

Göttingen öffnet die „Klimaschutz-Pforten“

Mit dem Format Klima-Werkstatt wurde ein offener und kommunikativer Prozess gestartet, bei dem auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden eingegangen wurde, um zielorientiert zum Erfolg zu kommen. Dabei waren die fachdienstübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Projektakteu-

ren aus der Stadtgesellschaft und der Stadtverwaltung ausschlaggebend für den Erfolg.

Auch aus der Evaluation wurde deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit und Kooperation mit der Stadtverwaltung ist. Viele Teilnehmende bemängelten aus früheren Erfahrungen, dass sie die Zuständigkeiten nicht kannten, Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter nicht erreichen konnten oder bei konkreten Anfragen an verschiedene Stellen verwiesen wurden. Eine Teilnehmerin bezeichnete das Rathaus sogar als „Black Box“, also einen Ort, wo innere Vorgänge für Außenstehende undurchschaubar bleiben. Die mangelhafte Transparenz stellte sich als Hemmnis dar, mit Klimaschutzprojekten auf die Stadt zuzugehen. Da Fachdienste, wie z. B. Hochbau, Klimaschutz und Energie, Stadt- und Verkehrsplanung, Grünflächen, Umwelt, Schulverwaltung und Küchenbetriebe, mit unterschiedlichen Zuständigkeiten an Projekten arbeiten, die Auswirkungen im Bereich Klimaschutz haben, und dies nicht immer nach außen dargestellt wird oder werden kann, war diese Kritik zum Teil nachvollziehbar. Mit dem Arbeitstitel „Klimaschutz-Pforte“ machte sich daher der Fachdienst Hochbau, Klimaschutz und Energie auf den Weg, eine interne Organisationsstruktur bei Klimaschutz-Anfragen aufzubauen, die für Bürgerinnen und Bürger den Kontakt zu den zuständigen Stellen erleichtern soll. Für die Bürgerschaft wurde in Folge eine Klimaschutz-Zentrale eingerichtet. Unter der Telefonnummer 400-3939, der E-Mail-Adresse klimaschutz@goettingen.de und über ein Kontaktformular auf der Webseite www.klimaschutz.goettingen.de ist die Stadtverwaltung nun für Fragen, Anregungen und Ideen zu den Themen Klimaschutz und Energiesparen erreichbar. Intern wird die zeitnahe und verbindliche Beantwortung der verschiedenen Anliegen koordiniert.

*„Die Projekte zeigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt zu übernehmen. Alle Projekte sind Schätze für unsere Stadt.“
Oberbürgermeister Wolfgang Meyer*

Resümee und der Blick nach vorn

Ein Jahr nach Abschluss des Projekts zog das leitende Team innerhalb der Stadtverwaltung nochmals ein Resümee. Insgesamt wurde die Klima-Werkstatt

als erfolgreiches Projekt eingestuft. Es wurden vier Erfolgsfaktoren herausgearbeitet: Der stetige Kontakt und Austausch zwischen dem leitenden Team und den engagierten Ideengebern trug wesentlich zur erfolgreichen Umsetzung vieler Projekte bei. Außerdem unterstützten die regelmäßigen Veranstaltungen das große Engagement und die rege Aktivität der Projektakteure durch den vorgegebenen terminlichen Rahmen. Ein weiterer Erfolgsfaktor war die Vernetzung zwischen den Akteuren, die neue Projektideen und Kooperationen ermöglichte, auch über den auf ein Jahr begrenzten Zeitraum hinaus. Besonders wertvoll war es für die Stadtverwaltung, die „aktive Szene“ kennenzulernen. Die Kontakte konnten bei der Erarbeitung des Masterplans 100% Klimaschutz genutzt werden. Für die Umsetzungsphase des Masterplans gibt es nun viele Ansprechpartnerinnen und -partner und Interessierte, die den kommunalen Klimaschutz unterstützen bzw. interessiert begleiten.

Ein Jahr später kann gesagt werden, dass die Klima-Werkstatt ein Pilotprojekt war, das den Prozess der Bürgerbeteiligung einen großen Schritt vorangebracht hat. Die Klima-Werkstatt zeigte Wege auf, Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Projekten zu beteiligen. Klar ist jedoch auch, dass eine so zeitintensive Zusammenarbeit mit den Akteuren ohne finanzielle und zeitliche Ressourcen schwer beizubehalten ist. Die Förderung der Zukunftswerkstätten durch das Bundesbildungsministerium im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2012 betrug rund 227.000 Euro und hat die Stadt in die Lage versetzt, den Prozess mit hohem Personal- und Zeitaufwand anstoßen und begleiten zu können. Mittlerweile kann der Kontakt lange nicht mehr so

intensiv und regelmäßig wie während der Projektphase sein. Deutlich wird dies bei Folgeprojekten, die entsprechend langsamer und mühsamer vorangehen.

Auch wenn das Format Klima-Werkstatt nicht auf Dauer im großen Rahmen leistbar ist, so ist doch die Übernahme einiger Elemente und Methoden für Folgeprojekte sinnvoll. So konnten für den zweiten Klimaschutz-Tag Göttingen im März 2014 einige Komponenten der Klima-Werkstatt aufgegriffen und bei der Veranstaltung verwendet werden. Die erfolgreiche fachdienstübergreifende Zusammenarbeit und Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung wurde weiter ausgebaut. Das positive und produktive Miteinander gab Anstoß für weitere fachdienstübergreifende Projekte, zu deren Unterstützung im Dezernat Planen und Bauen ein fachdienstübergreifender Workshop zum Thema Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Bauprojekten vorbereitet wird. All diese Impulse und neu angestoßenen Initiativen sprechen für den Erfolg des Projekts und die gute Zusammenarbeit von Stadt und Stadtgesellschaft. ■



DINAH EPPERLEIN

Fachdienstleiterin
Hochbau, Klimaschutz
und Energie

Seit 1990 bei der Stadt Göttingen tätig, seit 2012 Leiterin des Fachdienstes Hochbau, Klimaschutz und Energie. Physikstudium in München und Göttingen, Dipl.-Physikerin.



EVA HOLST

Mitarbeiterin im Fach-
dienst Hochbau, Klima-
schutz und Energie

Seit 2010 bei der Stadt Göttingen im Bereich Energiemanagement und Klimaschutzprojekte tätig. Architekturstudium an der Fachhochschule Lübeck, Dipl.-Ing. (FH).

PHILIPP GRANZOW UND HORST STEPHAN

Viernheim auf dem Weg zu einer „klimafreundlichen Bürgerkommune“

Die Stadt Viernheim, eine lebendige Kleinstadt im Herzen der Metropolregion Rhein-Neckar, will „mehr Demokratie wagen“. Die Bevölkerung muss heute stärker in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden werden und sich ihrer kollektiven Verantwortung für das Gemeinwesen bewusst werden, dies ist das Credo von Viernheims Bürgermeister Matthias Baaß und des Ersten Stadtrats Jens Bolze. Dazu geht die Brundtlandstadt – der Titel wurde Viernheim 1994 vom Hessischen Umweltministerium für die zukunftsweisende Energiepolitik verliehen – seit vielen Jahren neue Wege in Sachen Bürgerbeteiligung und Engagementförderung. Seit Beginn seiner Amtszeit im Jahr 1997 setzt der Bürgermeister entsprechende Maßnahmen um: So hat er einen „gläsernen Haushalt“ aufgestellt, um das

kommunale Steuereinkommen transparent zu machen, die kommunale Engagementförderung mit Weiterbildungsprogrammen, Freiwilligentagen und Anerkennungsabenden für die Ehrenamtlichen aufgewertet und eine kooperative Sportentwicklungsplanung eingeführt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung geht neue Wege und hat ihre Sitzung auch schon einmal in die Fußgängerzone verlegt, um näher an den Menschen dran zu sein. Darüber hinaus gab es in Viernheim auch schon zwei Bürgergutachten zu den Themen Sanierung „Waldschwimmbad“ und „Rathaus“. Allesamt wichtige Schritte auf dem Weg zur „Bürgerkommune“, einem Ziel, das nicht klar definiert werden kann, sondern in einer Haltung und einem fortdauernden Prozess seinen Ausdruck findet.

Stadtverordnetenversammlung auf dem Viernheimer Apostelplatz



Im Jahr 2014 angekommen, sieht Viernheim die „Bürgerkommune“ als eine kommunalpolitische Bildungsaufgabe, bei der es darum geht, Lust auf Verantwortung im Gemeinwesen zu wecken. Sie orientiert sich an der populären Gesundheitsdefinition der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation von 1986, wobei der Begriff „Gesundheit“ aus der Originaldefinition durch „Bürgerkommune“ ersetzt wurde:

„Bürgerkommune wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Bürgerkommune entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die all ihren Bürgern Bürgerkommune ermöglichen.“

Bürgerengagement mit „PfiVV“

Dass die Viernheimer willens sind, Verantwortung für die Stadtgesellschaft zu übernehmen, zeigen vielfältige Initiativen und Projekte, in denen sie sich seit Jahren engagieren: zum Beispiel die etwa 30 von der Stadt Viernheim und der Bildungseinrichtung „Lernmobil e.V.“ zertifizierten „Interkulturellen Vermittlerinnen“ mit Migrationshintergrund, die sogenannten PfiVV-Frauen (Projekt für interkulturelle Vermittlung Viernheim). Sie stehen im Gemeinwesen ehrenamtlich bei Sprachproblemen zur Verfügung, vermitteln bei Konfliktsituationen oder helfen, Barrieren in öffentlichen Einrichtungen abzubauen. Persönlich sprechen alle – übrigens überwiegend jungen – Beteiligten von einem großen Gewinn für ihr Leben und von der besonderen Chance, mit ihrem Engagement im Gemeinwesen Viernheim anzukommen und echte Integration zu erfahren. Identifikation mit dem eigenen sinnvollen Engagement führt hier wie von selbst zur Identifikation mit der neuen Heimatstadt und zu neuen Verantwortungsrollen.

Von der Bürgerkarawane zur Bürgerkommune

Bürgerkommune heißt, ein Klima zu schaffen, in dem Menschen Lust haben, Verantwortung zu über-

nehmen! Um dies zu erreichen, musste sich Viernheim allerdings auf einen weiten Weg machen:

1. Schritt: Wahrnehmung und Wertschätzung der im Gemeinwesen bereits vorhandenen Bereitschaft zur Übernahme sozialer Verantwortung
Begonnen hat der Weg mit verstärkter Aufmerksamkeit für diejenigen Menschen im Viernheimer Gemeinwesen, die freiwillig Verantwortung tragen und über eine lange Zeit eine unschätzbar große Bedeutung für das Zusammenleben haben – die Ehrenamtlichen –, und mit einem Beschluss zur verstärkten Wahrnehmung, zur Erhaltung und zum Ausbau dieser sozialen Verantwortung in Viernheim:

„Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines Katalogs von Maßnahmen zur Sicherung freiwilliger und ehrenamtlicher Tätigkeit beauftragt. Erarbeitet werden soll ein Konzept, das langfristig ehrenamtliches Engagement in der Stadt erhält. Dieses Konzept sollte auch Vorschläge für die Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern enthalten, die sich im Gemeinwesen engagieren wollen. An die Erfahrungen vieler Arbeitsbereiche (Jugend, Senioren, Sport, Vereine, VHS usw.) soll angeknüpft werden. In die Erarbeitung sollen interessierte Vertreter/innen von Vereinen und nicht fest organisierten Gruppen mit einbezogen werden.“ (Einstimmiger Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Viernheim aus dem Jahr 1996)

Mit diesem Beschluss begab sich die Stadt Viernheim auf eine intensive Suche, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement „sicher in die Zukunft“ zu bringen. Dabei standen immer schon der Dialog und Austausch sowie die Entwicklung gemeinsamer Ideen mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Ehrenamtlichen und Vereinsvorsitzenden im Vordergrund. Den Startschuss markierte eine aufsehenerregende „Bürgerkarawane“ im Jahr 1998, bei der die Verwaltung mit Zirkuswagen und Biertischgarnituren in die Stadtteile zog, um mit Anwohnerinnen und Anwohnern über Hemmnisse, Motivationen und neue Ideen des Bürgerengagements zu diskutieren.

Daraus entstanden im selben Jahr weitere bürgernahe Aktionen wie die „Tage des bürgerschaftlichen Engagements“ und der „Treffpunkt Bürgerengagement“. Hier entwickelten die Teilnehmenden erste Projektideen:

- ein verbessertes Freiwilligen-Marketing,
- Weiterbildung von Ehrenamtlichen sowie
- die Würdigung und Wertschätzung der freiwillig Engagierten in Viernheim.

Eine Maßnahme ist zum Beispiel ein umfassendes Seminarangebot für Ehrenamtliche und bürgerschaftlich Engagierte, das sich von den klassischen Seminarthemen wie „Steuerrecht“ und „Vereinsrecht“ bis hin zu Zukunftswerkstätten einzelner Vereine erstreckt. Im Jahr 2015 hat die Stadt das mittlerweile zwölfte Seminarprogramm aufgelegt, gefördert wird es durch das Hessische Sozialministerium. Das neueste Format darin ist der „Viernheimer Vereinsfrühschoppen“, zu dem regelmäßig der Bürgermeister einlädt und der ca. dreimal pro Jahr in wechselnden Viernheimer Vereinsheimen stattfindet, um sich über aktuelle Belange und Entwicklungen zu informieren. Im Schnitt nehmen daran 50 Vereinsvorsitzende bzw. deren Vertreterinnen und Vertreter teil.

Bewährt haben sich in Viernheim auch der jährliche „Freiwilligentag“, der „Selbsthilfetag“ sowie die jährliche „Anerkennungsveranstaltung“, eine kulturelle Veranstaltung im Viernheimer Bürgerhaus, mit der sich der Bürgermeister am Ende des Jahres bei den zahlreichen Ehrenamtlichen und Freiwilligen bedankt. Diese erhalten eine Ehrenkarte für das Event.

2. Schritt: engagierte Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einbeziehen

Die Stadt möchte nicht nur ehrenamtliches Engagement fördern und wertschätzen, sondern auch engagierte Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen beteiligen. Im Prinzip ist dies eine weitere Form der Wertschätzung, indem ehrenamtliche Aktivitäten mit Einflussmöglichkeiten auf die Belange der Stadtgesellschaft „belohnt“ werden.

„In Viernheim wird wahrgenommen, wenn ich mich engagiere, und wenn ich gemeinsinnige Verantwortung übernehme, werde ich gesehen und unterstützt.“

So sind in Viernheim „entlang des Wegs“ zur Bürgerkommune fast automatisch unterschiedliche Bürgerbeteiligungsprozesse entstanden. Eine schon früh angewandte Methode der Bürgerbeteiligung stammt aus dem Bereich der Sportförderung und hatte eine vollkommen neue Form von Verwaltungshandeln zur Folge. Wie in vielen anderen Städten ist auch in Viernheim der „gefühlte“ Bedarf an Hallenflächen größer als die zur Verfügung stehende Fläche bzw. gab und gibt es unterschiedliche Meinungen, wie die Prioritäten bei der Sporthallenbelegung zu sein haben. Geht Gesundheitsport vor Leistungssport, der Nachwuchsbereich

Vereinsfrühschoppen beim MGVLiederkrantz e.V.





Viernheimer Weiterbildungsprogramm für Ehrenamtliche, Ankündigung des jährlichen Freiwilligentags, Gelebte Bürgerbeteiligung in Viernheim

vor Seniorensport oder Mannschaftssport vor Individual-Sportarten? Anders als bisher wurden diese Fragen gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Viernheimer Sportvereine am „Runden Tisch“ erörtert und in gemeinsame Richtlinien „gegossen“. Ein daraufhin vom Kommunalen Freizeit- und Sportbüro moderierter Prozess führte nicht nur zu mehr Zufriedenheit mit der Hallenbelegung, sondern wurde auch als Anerkennung verstanden. Auf diese Weise kann die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, erhöht werden.

Durch diese Form der Beteiligung durch die Stadt und das Prinzip der gegenseitigen Unterstützung entstehen auch neuere Formen von freiwilligem Engagement. Ein Beispiel ist das „Demenznetz Viernheim“, das von einem ortsansässigen Neurologen ins Leben gerufen wurde. Die Stadt unterstützt ihn bei seinem ehrenamtlichen Engagement, indem sie ihm bürokratische Arbeiten abnimmt. Darüber hinaus entstehen viele neue ehrenamtliche Rollen, wie Lese-Paten, Mentoren im Jugend-Bereich.

Ein weiteres frühes Beispiel ist das „Bürgergutachten Waldschwimmbad“: Die vorgesehene Sanierung des Waldschwimmbads und die dabei möglichen Sanierungsvarianten führten in Politik und Bürgerschaft zu kontroversen Diskussionen. Die politisch Verantwortlichen hatten sich deshalb dazu entschieden, Viernheimer Bürgerinnen

und Bürger sowie verschiedene Interessengruppen (z.B. Wassersportvereine, Jugendverbände etc.) in die Entscheidungsfindung zur Zukunft des Waldschwimmbads in Form eines Bürgergutachtens einzubinden. Dazu wurde eine 24-köpfige Projektgruppe gebildet, die sich aus Vereinen, Verbänden, dem Ausländerbeirat, Schulen und politischen Parteien zusammensetzte. Zusätzlich gab es viele Bürgerinnen und Bürgern, die Interesse an der Mitarbeit signalisiert hatten. Die Teilnehmerzahl musste jedoch begrenzt werden, damit die Gruppe arbeitsfähig war. Per Los wurde bestimmt, wer in die Projektgruppe aufgenommen wurde. Fachlich unterstützt wurde die Arbeit über mehrere Monate durch Gutachten, Vorträge, Expertinnen- und Expertengespräche und Exkursionen, bei denen andere Bädervarianten vor Ort besichtigt wurden. Der gesamte dialogorientierte Prozess entwickelte einen dynamischen Charakter und weckte großes Engagement der Mitglieder, was letztlich auch in einer klaren Empfehlung für die Sanierung mündete.

Die Erkenntnis der Stadt ist eindeutig: Kompromissbereitschaft entsteht, wenn man sich zusammen an den Tisch setzt! Hauptamt und Ehrenamt, Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung und freiwillig Engagierte bewegen sich aufeinander zu. Vernetzungen und Beziehungen werden dichter und



WOCHEN DER BÜRGERKOMMUNE

Gemeinsame Verantwortung ist unsere Stärke

respektvoller. Verbindlichere Auseinandersetzungen münden zusehends in gemeinsamen Entscheidungsprozessen. Ein wichtiger Effekt dabei ist, dass Bürgerbeteiligung auch mehr Akzeptanz der Verwaltung bei den Bürgerinnen und Bürgern schafft.

3. Schritt: Verbindliche Strukturen schaffen

Mit einer „Woche der Bürgerkommune“ wurde im Jahr 2010 das „Puzzle“ der Engagementförderung durch den dazugehörigen Part Bürgerbeteiligung öffentlichkeitswirksam ergänzt. In einem sogenannten Beteiligungsworkshop wurden die Viernheimer Spielregeln für die Beteiligung der Einwohnerschaft an politischen Entscheidungen auf den Weg gebracht. Nach der Methode „Das Ganze in einem Raum“ beschäftigten sich verschiedene Tischgruppen mit den zu erarbeitenden

Spielregeln: Bürgerinnen und Bürger, Vereinsvertretungen, Mandatsträgerinnen und -träger, Firmen, Verwaltung, Panelistinnen und Panelisten, mit Bürgergutachten erfahrene Bürgerinnen und Bürger sowie ein Tisch mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren.

Im März 2012 wurde von der Stadtverordnetenversammlung „Das Konzept zur Beteiligung der Einwohnerschaft Viernheim an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Stadt Viernheim“ beschlossen. Zusätzlich wurde eine repräsentativ besetzte „Steuerungsgruppe Bürgerkommune“ eingerichtet, die sowohl die Weiterentwicklung des Ehrenamts als auch die Umsetzung des Beschlusses zur Bürgerbeteiligung in Viernheim im Blick hat. Ein Mitarbeiter der Verwaltung fungiert als Geschäftsstelle für Bürgerbeteiligung.

Beteiligungsworkshop





Auf dem Weg zur Bürgerkommune

bekamen die Sammler einen Ball aus dem Treibhaus und ein kleines Präsent. Für je zehn Hefte wurde ein Baum gepflanzt. So erinnert heute noch ein Brundtlandhain mit 100 Bäumen an die Aktion. Für viele Bürgerinnen und Bürger war es eine Ehre, einen solchen Ball zu besitzen. Kinder konnten zu Hause das Sammelheft führen und gemeinsam mit ihren Eltern überlegen, welche Maßnahmen noch umsetzbar sind. Andere haben die Aktion belächelt. Auf jeden Fall hat sie viel Aufsehen erregt und war ein gutes Beispiel für gelungene Bürgeraktivierung.

Bürgerorientierte Energieberatung durch Energiekarawane

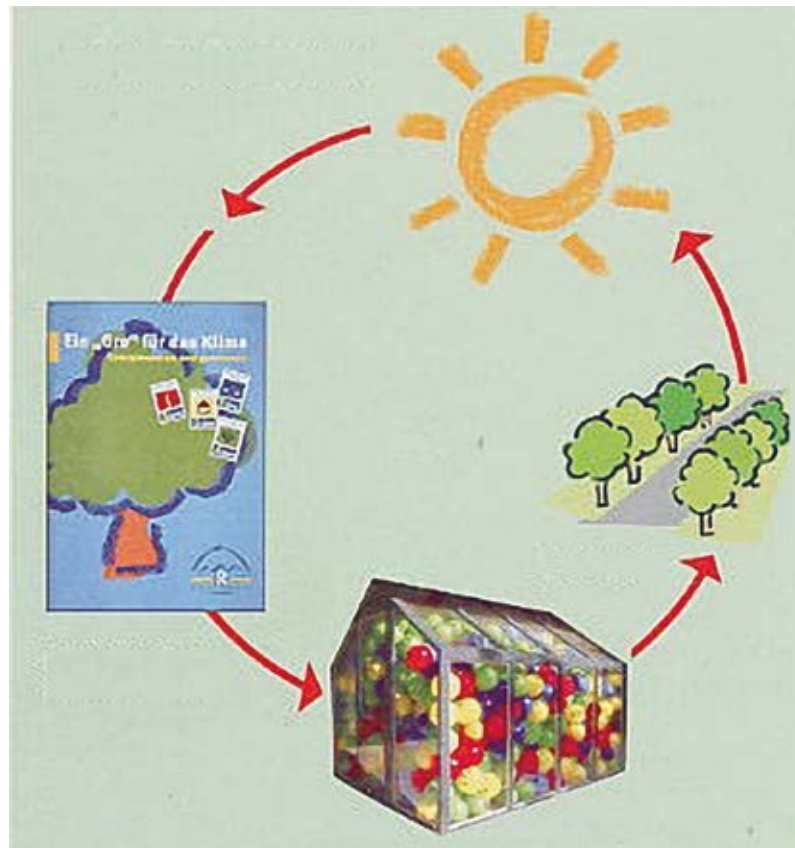
Um beim Klimaschutz in großen Schritten weiterzukommen, ist eine direkte Ansprache der Zielgruppe notwendig – zum Beispiel zum Thema Sanierung des Altbaubestandes. Wie motiviert man Hauseigentümerinnen und -eigentümer? Wie erreicht man sie überhaupt, wenn sie nicht von allein in die städtische Energieberatungsstelle kommen? Die

Bürgerbeteiligung – auch in Sachen Klimaschutz

Klimaschutz und Bürgerbeteiligung sind seit 20 Jahren Schwerpunkte des kommunalen Handelns in Viernheim. Da lag es nahe, Erkenntnisse aus dem einen Bereich auf den anderen zu übertragen. So wurde der Klimaschutzgedanke schon sehr früh durch Bürgerbeteiligung geprägt. Bereits 1995 startete die erste Mitmachaktion mithilfe eines Treibhauses vor dem Viernheimer Rathaus. Gefüllt mit bunten Bällen mit dem Aufdruck „CO₂“ symbolisierte es auf spielerische Art den Treibhauseffekt. Es erging der Appell an die Bürgerschaft zu helfen, die Ball-Last abzutragen und das Treibhaus zu leeren, indem man sich „klimafreundlich“ verhielt. Das konnte beispielsweise durch das Pflanzen eines Baumes, den Kauf von Energiesparlampen, Sonnenkollektoren oder die Montage einer Wärmedämmung geschehen.

Für jede Maßnahme wurden je nach „Klimaschutzwirkung“ Wertmarken vergeben, die in einem Heft gesammelt wurden. Für ein volles Heft

Den Treibhauseffekt verständlich machen





Zu ungewöhnlichen Mitteln greifen, ...

Mehrheit der Menschen wird nur durch persönliche Ansprache aufmerksam. Sie müssen motiviert und wollen fachlich informiert werden, am besten in ihrem vertrauten Umfeld, d.h. zu Hause, direkt im Objekt. Hier setzt die Energiekarawane an, die in Viernheim im Jahr 2009 gestartet wurde.

Das übliche Prinzip, dass eine Energieberatung „abgeholt“ werden muss, wird mit der Energiekarawane umgekehrt. Ein Team ausgewählter Beraterinnen und Berater geht aktiv auf die Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer eines ausgewählten Quartiers zu. Der Ablauf der Energiekarawane folgt einem fest vorgegebenen Schema: Der Bürgermeister schreibt alle Hauseigentümerinnen und -eigentümer im Quartier an und kündigt den Anruf bzw. Besuch eines Energieberaters oder einer -beraterin an. Ein beiliegender Flyer erläutert die Details. Gleichzeitig werden in den Straßenzügen Plakate aufgestellt, und es wird die Presse informiert. Im Anschluss beginnen die Energieberaterinnen und -berater ihre Arbeit.

In dem als erstes ausgewählten Quartier wurden rund 400 Adressen angeschrieben. Die

Wohnbebauung stammte aus den 50er-, 60er- und 70er-Jahren, überwiegend waren es Ein- und Zweifamilienhäuser. Je Karawane erhielten ca. 100 Hauseigentümerinnen und -eigentümer eine Energieberatung. Für rund zwei Drittel von ihnen ist es die erste Energieberatung überhaupt. Damit ist die Energiekarawane ihrem Anspruch, eine motivierende Initialberatung anzubieten, gerecht geworden. Verglichen mit konventionellen Marketingmaßnahmen ist die Energiekarawane mit Erfolgsquoten (Anteil der beratenen Hauseigentümerinnen und -eigentümer an den angeschriebenen) von 25 Prozent sehr erfolgreich.

Erfreulich ist auch der erste Trend bezüglich der Maßnahmenumsetzung. Eine Evaluation zeigt, dass mehr als 60 Prozent der beratenen Hauseigentümerinnen und -eigentümer ein Jahr nach der Beratung bereits eine oder mehrere Maßnahmen umgesetzt oder geplant haben. Damit leistet die Energiekarawane als bürgerorientierte Aktion einen starken Impuls zur Steigerung der Sanierungsquote und dient damit sowohl dem Klimaschutz als auch der lokalen und regionalen Wirtschaftsförderung.



... um Aufsehen zu erregen!

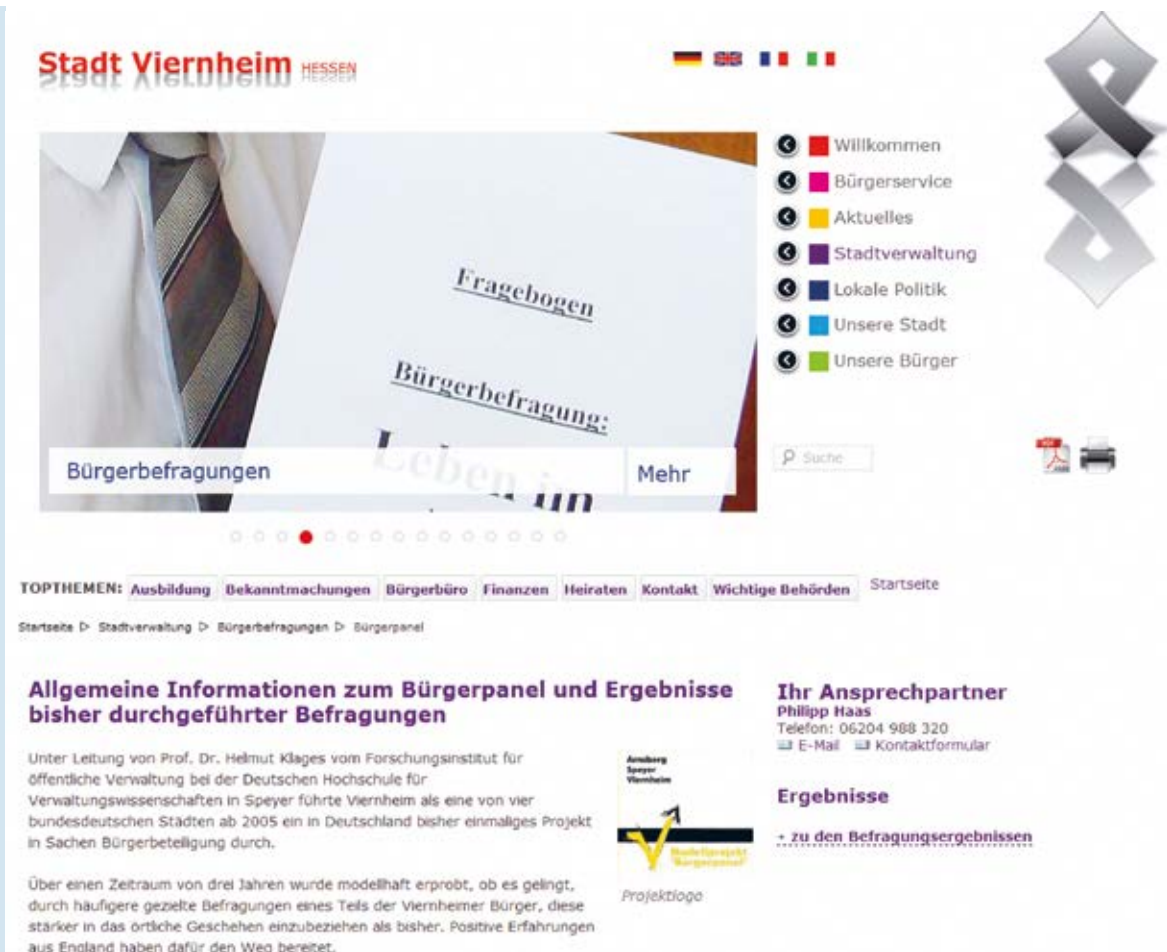
Bürgerpanel Energie und Klimaschutz

Damit es der Stadt Viernheim gelingt, ein „Ohr“ für die Bedarfe ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu haben, führt sie seit 2005 jährlich ein Bürgerpanel durch. Das Bürgerpanel ist eine Beteiligungsform, die vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer begleitet wird. Es soll ermittelt werden, ob diese gezielte Art der Kommunikation Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung unterstützen kann, inwieweit die beteiligten Bürgerinnen und Bürger sich besser informiert und einbezogen fühlen und ob tendenziell deren Bereitschaft zur Mitwirkung am Gemeinschaftsleben wächst.

Ziel der regelmäßigen Befragungen ist es, eine Dialogbeziehung zwischen der Stadtverwaltung und einem Teil der Bevölkerung herzustellen. Die Befragungsergebnisse werden veröffentlicht und zusätzlich per Post an die Teilnehmenden zurückgemeldet. Bei dieser Gelegenheit kann über anstehende Entscheidungsprozesse informiert und eine

Beteiligung an diesen angeboten werden. Das sogenannte Panel besteht aus einem festen Teilnehmerkreis, den sogenannten Panelisten, und einer repräsentativen Stichprobe. Daneben besteht für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, nach einem Presseaufruf online an der jeweiligen Umfrage teilzunehmen. Die Auswertung erfolgt dann statistisch getrennt nach den drei Teilnehmerkategorien (Panelisten, Stichprobe, Presse). Inhaltlich werden mit den Umfragen gesellschaftlich relevante kommunale Themen untersucht, wie „Aktiv in Viernheim“ (lokale Politik, Bürgerengagement, Leben in Viernheim), „Sicherheit in der Stadt Viernheim“ (Sicherheitsempfinden, Viernheimer Polizeistation), „Innenstadt“ (Lebenszufriedenheit, Kaufverhalten, Angebotsinteressen), „Leben im Alter“ (Einrichtungen und Angebote für ältere Menschen, Wohnen im Alter, Demenz), „Innenstadtfest und kulturelle Angebote der Stadt Viernheim“, „Wochenmarkt und Neubürger“ sowie „Bürgerbeteiligung“.

Im Jahr 2011 waren „Energie und Klimaschutz“ die Themen des Bürgerpanels. Insgesamt wurden



Transparenter Umgang mit den Ergebnissen – Screenshot der Webseite www.buergerpanel.viernheim.de

478 Fragebögen abgegeben. Mit 310 Fragebögen belief sich die Rücklaufquote bei den als Stichprobe angeschriebenen 848 Personen ab 16 Jahren auf fast 37 Prozent. Von dem knapp 500 Personen umfassenden Panel-Teilnehmerkreis konnten 150 Fragebögen ausgewertet werden, 18 über die Presseberichterstattung. Zentrale Inhalte der Umfrage waren:

- Stellenwert des Klimaschutzes in Viernheim
- Viernheimer Einrichtungen im Bereich Klimaschutz – Bekanntheit derselben und deren Nutzung
- Bekanntheit einzelner Klimaschutzaktionen
- Bisher erfolgte Umsetzung von Energiesparmaßnahmen
- Gründe, Energiesparmaßnahmen nicht umzusetzen
- Interesse, am Beteiligungsforum mitzuwirken

Mit dem Ergebnis der Befragung kann die Stadt sehr zufrieden sein: Klimaschutz genießt in Viernheim einen hohen bzw. sehr hohen Stellenwert in der Bevölkerung, besonders bei der mittleren Altersgruppe. Die zentralen Anlaufstellen für Energiefragen bei Stadt und Stadtwerken sind den meisten Bürgerinnen und Bürgern bekannt. Auch die angebotenen Förderprogramme, Beratungsangebote und Aktionen werden genutzt und stimulieren die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Monetäre Anreize erweisen sich dabei als besonders zugkräftig [1]. Informationen zum Bürgerpanel und Ergebnisse der bisher durchgeführten Befragungen stehen im Internet unter www.buergerpanel.viernheim.de bereit.

Eine Besonderheit bei dieser Befragung war, dass die Teilnehmenden darüber informiert wurden, dass die Stadt Viernheim im Dialog mit der Bevölkerung ein neues Handlungsprogramm zum

Aktionen und Themen für neues Handlungsprogramm Klimaschutz	Repräsentative Stichprobe (Zustimmung/Bejahung)	Panel (Zustimmung/Bejahung)	Sonstige (Zustimmung/Bejahung)
Solare Wärme	72,3 %	77,3 %	66,7 %
Sanierung von Altbauten	67,8 %	72,7 %	72,2 %
Radverkehr	61,1 %	72,0 %	66,7 %
Fotovoltaik	60,1 %	70,7 %	55,6 %
100% regenerative Energieversorgung für Viernheim	54,7 %	59,3 %	61,1 %
Klimaschonendes Konsumverhalten (Ernährung, Bekleidung usw.)	54,7 %	54,0 %	66,7 %
Passivhaus/Nullenergiehaus	54,0 %	62,0 %	61,1 %
Windkraft	52,1 %	53,3 %	50,0 %
Heizen mit Holz	34,4 %	34,0 %	44,4 %
Carsharing	22,8 %	23,2 %	27,8 %
Sonstiges	2,3 %	3,3 %	11,1 %

(Themen-)Wünsche für das „Handlungsprogramm Klimaschutz“

Klimaschutz aufstellen wollte. Getrennt von der eigentlichen Befragung konnten sie daher angeben, ob sie gerne an dem Handlungsprogramm mitarbeiten möchten. Erfreulicherweise gaben dies 78 Personen an. Unterstützen konnten sie die Erarbeitung des Handlungsprogramms später im Rahmen des Beteiligungsforums Energie und Klimaschutz (siehe unten). Damit wurde der Schritt von einer noch eher passiven und niederschweligen Teilnahme an einer Befragung zur aktiven Beteiligung an einem kommunalen Projekt möglich. Bei der Befragung bestand die Möglichkeit, sich Themen für das Beteiligungsforum zu wünschen. Ganz oben auf der Liste standen „Solare Wärme“, „Sanierung von Altbauten“, „Radverkehr“, „Photovoltaik“ und „100% regenerative Stromerzeugung für Viernheim“. Die 78 Personen wurden zur ersten Veranstaltung im September 2011 eingeladen. Insgesamt kamen etwa 40 Personen.

Beteiligungsforum Energie und Klimaschutz

Aktive Beteiligung ist die höchste Form der Teilhabe am kommunalen Geschehen. Diese hatte es in Viernheim schon zu mehreren Themen gegeben, vor 16 Jahren auch schon einmal zum Klimaschutz. Damals hatte ein Kreis von Architektinnen und Architekten, Bauhandwerkerinnen und -handwerkern, Dämmstoffherstellern und -händlern am sogenannten Klima-Tisch überlegt, wie man das Thema energiesparendes Bauen und Sanieren vorantreiben könnte. Eine Vielzahl von Aktionen, wie eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für Wärmedämmmaßnahmen, eine Wärmedämm-Tour, Musterbaustellen, eine Ausstellung „Passivhaus“ und mehrere Vorträge, wurde vorbereitet und umgesetzt.

Eine neue Runde startete die Stadt mit dem Beteiligungsforum Energie und Klimaschutz im Jahr 2011. Eingeladen wurde öffentlich über die Zei-

Kurzbeschreibung	
Projekttitel	
Inhalt	
Ansprechpartner	
Ausführliche Projektbeschreibung	
Ziele	
Maßnahmen	
Projektschritte/Termine	
Personelle Ressourcen	
Kosten/Erträge	
Projektstruktur	
• Projektauftraggeber • Projektleitung • Projektteam • Projektpartner	
Vorbilder	
Bewertung	
Beitrag Gesamtziel?	
Nachhaltigkeit?	
Akteursbeteiligung?	
Öffentliche Wirkung?	
Chancen?	
Risiken?	
Einfache Umsetzung?	

*Mustersteckbrief
für Projektideen*

tung, darüber hinaus wurden ca. 30 Personen, die sich in den letzten Jahren immer mal wieder durch Aktivitäten im Klimaschutz hervorgetan hatten, und 80 Personen, die beim Bürgerpanel ihr Interesse an der Teilnahme an einem solchen Kreis geäußert hatten, explizit zur Mitwirkung angeregt. 40 Personen waren beim ersten Abend dabei. Vonseiten der Stadt waren Vertreterinnen und Vertreter des Amts für Stadtentwicklung und Umweltplanung, der Bauverwaltung, des Liegenschaftsamtes und der Stadtwerke Viernheim GmbH eingebunden.

Das Beteiligungsforum hat den Auftrag, ein Zukunftskonzept für Energie und Klimaschutz bis 2030 zu entwickeln. Nach den ersten Treffen ergaben sich drei Arbeitsgruppen für die Themen:

- Erneuerbare Energien und „intelligente“ Energiesysteme
- Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation, Bildung
- Energiekonzept

Der Ablauf stand dabei fest: Man startete im Plenum, dann folgten die Gruppenarbeit und später wieder ein Bericht im Plenum. In der Zeit zwischen den Arbeitstreffen gab es die Gelegenheit zum Austausch der Mitglieder in einem geschlossenen Forum. Alle Gruppen hatten die Aufgabe, für ihren Arbeitsschwerpunkt Maßnahmensteckbriefe zu entwickeln. Zur Strukturierung wurde von der Verwaltung ein Mustersteckbrief vorbereitet. Verantwortlichkeiten, Kosten, Partner, Chancen und Risiken waren zu benennen.

Finanziert wurde das Beteiligungsforum mit dem Preisgeld aus dem Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2010“, den das beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz zusammen mit dem Bundesumweltministerium seit 2009 auslobt. Nach zwölf moderierten Arbeitstreffen in eineinhalb Jahren hatten die Teilnehmenden knapp 40 Maßnahmenideen entwickelt, entsprechende Maßnahmenblätter (teilweise) ausgefüllt und eine Reihenfolge der dringlichsten Maßnahmen erstellt.

Das städtische Brundtlandbüro hat mit deren Umsetzung begonnen: So ist beispielsweise bereits eine Infomappe fertiggestellt, die Neubürgerinnen und Neubürger zu einem klimafreundlichen und nachhaltigen Lebensstil motivieren soll. Eine Werbekampagne für Fotovoltaik ist mittlerweile gestartet.

Das Beteiligungsforum war ein spannender Prozess, der im laufenden Betrieb gesteuert wurde. Die Arbeit des Beteiligungsforums ist in einem Abschlussbericht dokumentiert, der online unter: www.viernheim.de/unsere-stadt/umweltbauen/brundtland/buergerbeteiligungbrundtland.html zur Verfügung steht.

Eine entscheidende Erkenntnis für die Stadt lautet: Planen lässt sich so ein Beteiligungsforum nur bedingt. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ritterbusch brachte es im Herbst 2011 auf den Punkt, als die „Spielregeln zur Bürgerbeteiligung“ zum Beschluss vorlagen: „Am besten probieren wir es einfach einmal aus. Das ist die beste Form, um zu neuen Erkenntnissen zu kommen.“ ■

Quellenangabe

[1] Masser, Kai, *Ergebnisbericht Bürgerbefragung Viernheim*, Speyer 2011.



PHILIPP GRANZOW

Leiter des Brundtlandbüros
der Stadt Viernheim

Seit 1995 bei der Stadt Viernheim. Als Leiter der Stabsstelle mit drei Mitarbeitern zuständig für die Themen Kommunaler Klimaschutz, Energiemanagement und Energieberatung. Studium der Geographie in Mannheim und Kiel, Dipl.-Geogr., Weiterbildung zum Referenten für Umweltschutz.



HORST STEPHAN

Leiter des Fachbereichs
Gesundheit der Stadt
Viernheim

Seit 1989 bei der Stadtverwaltung Viernheim, seit 1996 Leiter des Fachbereichs Gesundheit, Civitas-Botschafter. Hilfe zur Selbsthilfe und Unterstützung aktiver Bürgerinnen und Bürger als prinzipielle Arbeitshaltung. Arbeitsschwerpunkte: Bereitstellung von städtischer Infrastruktur zur Ermöglichung von Engagement, Organisation von Selbsthilfetagungen, Freiwilligentagen, Weiterbildungsprogrammen für ehrenamtlich Tätige, Vereinsfrühschoppen usw. Sportlehramtsstudium, Diplom-Verwaltungswirt.

RICARDA SAHL

SAGA – Serviceagentur Altbausanierung für energetische Sanierungen in Düsseldorf

Die großen Einsparpotenziale im Gebäudebestand liegen vielerorts auf der Hand und können erheblich zur Reduktion der CO₂-Emissionen einer Kommune beitragen. Aber wie können Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer zur Umsetzung entsprechender Energieeinspar- und Effizienzmaßnahmen an ihren Gebäuden bewegt werden? Die Landeshauptstadt Düsseldorf entschied sich für die Einrichtung der Serviceagentur Altbausanierung, kurz SAGA. 2004 wurde sie von der Stadt als Beratungseinrichtung für Eigentümerinnen und Eigentümer von privaten Wohngebäuden in Düsseldorf gegründet. Hauptaufgabe der SAGA ist, diese zu motivieren, ihre Gebäude energetisch zu sanieren, sie bei der Sanierung zu beraten und zu begleiten.

Im Jahr 2007 wurde die SAGA als dauerhafte Beratungsstelle in der Stadt eingerichtet. Die Serviceagentur wird getragen von der Stadt Düsseldorf in Kooperation mit der Verbraucherzentrale NRW, den Stadtwerken Düsseldorf und einem breit aufgestellten Netzwerk mit Akteuren aus dem Bereich der Altbausanierung, Verbänden und Institutionen.

Mit Kooperation und Akzeptanz von der Ideenentwicklung zum Projektstart

Bereits in den 1990er-Jahren wurden in der Landeshauptstadt Projekte zur rationellen Energieverwendung initiiert und durchgeführt. In diesem Kontext gerieten auch erste Ideen für Strategien und Beratungsinstrumente zur energetischen Altbausanierung im privaten Gebäudesektor in den Fokus. Parallel wurde im Rahmen des Lokale-Agenda-21-Prozesses in der Stadt das Projekt „Düsseldorfer Kompetenzzentrum zur Energieeinsparung durch Sanierung und Modernisierung von Altbauten“ ins Leben gerufen, das als erste Anlaufstation für Rat-suchende entwickelt und etabliert werden sollte.

Ende der 1990er-Jahre wurden die Ideen für eine Beratungseinrichtung seitens der Stadt als Fortsetzung der Aktivitäten im Bereich der rationellen Energieverwendung im Umweltamt konkretisiert. Das Agenda-Projekt ging schließlich in den weiteren Planungen zur Gründung der SAGA auf.

In der Entwicklungsphase wurden zunächst Akteure in und Kontakte zu Verbänden, Interessenvertretungen, Institutionen sowie weitere Ver-

„SAGA-Skyline“ als Motiv für SAGA-Medien



treterinnen und Vertreter, die mit dem Bereich „Altbausanierung“ im Zusammenhang stehen, identifiziert und erste bilaterale Gespräche geführt. Nach einer Untersuchungs- und Orientierungsphase sowie der Konzeptionierung und Abstimmung innerhalb der Stadt konnten die Erkenntnisse und Ergebnisse in dem Modellvorhaben zur „Energieeinsparung im privaten Wohnungsgebäudebestand“ gebündelt werden. Das Projekt wurde in seiner Entwicklungsphase als Modellvorhaben mit Landesmitteln aus dem Förderprogramm „Aktion 2000 plus“ über einen Zeitraum von drei Jahren gefördert. Mit Unterstützung eines externen Fachbüros wurde innerhalb der Projektlaufzeit der Grundstein für die Gründung der SAGA gelegt. Die Umsetzungsphase des Projektes konnte dann im Jahr 2004 – zunächst befristet für drei Jahre – mit der offiziellen Gründung der SAGA beginnen. Dazu wurde eine Koordinationsstelle im Umweltamt der Landeshauptstadt Düsseldorf eingerichtet, die den systematischen Aufbau der Beratungseinrichtung organisierte.

Die Rolle(n) der Partner – im Vorfeld und zu Beginn

In der ersten Phase wurden für den Aufbau einer Beratungseinrichtung zunächst verschiedene Zielgruppen definiert und in drei Gruppen aufgeteilt:

1. die Eigentümerinnen und Eigentümer bzw. Verwaltungen,
2. die Planerinnen und Planer sowie Ausführende und
3. sonstige Multiplikatoren, wie zum Beispiel Verbände und Hersteller von Energieeinspartechnologien oder der Finanzbereich.

Zunächst wurden Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Zielgruppen geführt, um das geplante Projekt bekannt zu machen und interessierte Akteure zu finden. Die Auswertung dieser Gespräche erfolgte in Hinblick auf die Motivation und auf Argumente für oder gegen eine energetische Sanierung, die Erkenntnisse ließen sich in einem sogenannten Motivations- und Hemmniskataster zusammenführen. Auf Basis dieses Katasters wurden für die jeweiligen Zielgruppen Ansprache-Strategien entwickelt und gleichzeitig für das Projekt einer Beratungseinrichtung und dessen Unterstützung geworben. Hierzu wurden zahlreiche Interviews durchgeführt und ein Arbeitskreis etabliert. Im Zuge dessen konnten zudem mit interessierten Akteuren konkrete Dienstleistungen bzw. Unterstützungsangebote vereinbart werden, darunter z. B. die Möglichkeit, kostenfrei an Messen teilzunehmen.

Daraus entstand letztendlich die auch heute noch bestehende Organisationsform. Die Partner der SAGA sind entsprechend ihrer Rollen in zwei Gruppen aufgeteilt – der engere Kreis der Kooperationspartner und der erweiterte Kreis der Netzwerkpartner. Zur ersten Gruppe gehören die Verbraucherzentrale NRW und die Stadtwerke Düsseldorf AG. Mit diesen beiden Partnern wurde die SAGA als Kooperationsmodell 2004 gegründet. Obwohl sowohl die Stadtwerke als auch die Verbraucherzentrale über eigene Beratungsräumlichkeiten verfügen, wurde entschieden, eine dezentrale „virtuelle“ Beratungsstelle einzurichten – in Hinblick auf die Neutralität der Beratung und auch der Kosten. Den Kern bilden eine gemeinsame Hotline, die unter anderem eine telefonische Initialberatung, den kostenfreien Versand von Informationsmaterialien



Visualisierung des SAGA-Netzwerks



und die Vermittlung an weiterführende Fachleute bietet und die von den drei Partnern arbeitsteilig betrieben wird, sowie ein umfangreicher Internetauftritt. Alle anderen relevanten Akteure sind in dem SAGA-Netzwerk eingebunden.

Akteure im SAGA-Netzwerk

Kreishandwerkerschaft Düsseldorf, Ingenieurkammer-Bau NRW, Haus und Grund Düsseldorf e.V., Mieterverein Düsseldorf e.V., Schornsteinfegerinnung Düsseldorf, Handwerkskammer Düsseldorf, Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure, Stadtparkasse Düsseldorf, Commerzbank Düsseldorf, Biologische Station Haus Bürgel, Mineralölverband (UNITIT, ehem. GDBM) sowie Partner aus der Stadtverwaltung und der Lokalen Agenda 21

„Mit Blick auf die (...) Kernidee, die aufgebauten Beratungsstrukturen, kann der Ansatz der SAGA bundesweit als innovativ bezeichnet werden.“

Zitat aus der Evaluierung des Projekts ALTBAUNEU, 2007

Etablierung als Dauereinrichtung – durch Identifikation und Unterstützung

Nach dem offiziellen Start im Jahr 2004 lag die Hauptaufgabe der SAGA zunächst darin, die neue Beratungseinrichtung zu etablieren und mit Leben zu füllen. Eine der Aufgaben der Koordinationsstelle war daher die Intensivierung der Einbindung der Netzwerkpartner, mit dem Augenmerk auf Kontinuität, regelmäßige Treffen und fachliche Abstimmungen, sowie die Weiterentwicklung der Beratungsangebote. Zu Projektbeginn analysierte die Stadt das vorhandene Spektrum an Beratungs-

angeboten in Düsseldorf. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass eine große Vielfalt vorlag, die jedoch bei den potenziellen Kunden als unkoordiniert und in ihrer Zielrichtung uneindeutig wahrgenommen wurde. Dieser Eindruck verstärkte sich noch dadurch, dass sich einige der Angebote nur geringfügig unterschieden bzw. nicht fachübergreifend angeboten wurden. Daraus resultierte die Aufgabe, die vorhandenen Angebote strukturiert zu erfassen und übersichtlich darzustellen. Für die Beratungen bedeutet dies, für jeden Fragenden im Verlauf des Beratungsgesprächs das jeweils passende Beratungsangebot individuell herauszufiltern und zu vermitteln.

Bei der Analyse wurde zudem – trotz der vielfältigen Angebote – eine Lücke festgestellt: die Möglichkeit, eine Sanierung auch nach der ersten Beratung oder einem geförderten Gutachten fachlich zu begleiten. Aufgrund dieser Erkenntnis wurde die SAGA-Sanierungsbegleitung als eigenes Beratungsmodell zur Begleitung von Sanierungsmaßnahmen zusammen mit den Kooperationspartnern Verbraucherzentrale NRW und Stadtwerke sowie den Netzwerkpartnern Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure (BDB) und der Ingenieurkammer-Bau NRW entwickelt.

Zur Erprobung des Beratungsmodells wurden über einen Presseaufruf „sanierungswillige“ Hauseigentümerinnen und -eigentümer gesucht, um diese bei der Planung und Umsetzung ihrer Sanierungsmaßnahme auf dieser Basis zu begleiten. Nach der erfolgreichen Erprobung mit insgesamt fünf Musterhäusern startete das Beratungsangebot mit einem geschlossenen Kreis an Architektinnen und Architekten bzw. Ingenieurinnen und Ingenieuren. Dieser wurden zuvor durch eine Fortbildungsveranstaltung der SAGA geschult.

Die Sanierungsbegleitung unterstützt in zwei flexiblen Phasen Sanierungsvorhaben. Am Anfang der Phase eins steht im Rahmen der Sanierungsvorbereitung das Beratungsgespräch vor Ort. Dabei wird festgestellt, an welchem Punkt die Hauseigentümerinnen und -eigentümer im Sanierungsprozess stehen, welche Informationen und Untersuchungen fehlen und welche weitere Vorgehensweise sinnvoll ist. Am Ende des Gesprächs kann entschieden werden, ob die energetische Gebäudediagnose weiter vertieft wird oder ob ein direkter Einstieg in den Sanierungsprozess erfolgen soll. Mit der SAGA-Hausdiagnose findet



Sanierungsstart bei einem Musterhaus

eine genauere Analyse des Gebäudes statt. Auf der Basis einer Bestandsbegehung und eines energetischen Gebäudechecks erhalten die Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer eine detaillierte Energiebilanz, verbunden mit Empfehlungen und quantifizierten Einsparpotenzialen, Beratung zu Fördermitteln und zur weiteren Vorgehensweise. Die Phase zwei des Modells bietet konkrete Be-

gleitung bei den einzelnen Arbeitsschritten in einem Sanierungsprozess an. Wesentlich ist, dass die SAGA-Sanierungsbegleitung nicht die Fachplanung und keine Architekten- bzw. Ingenieurleistungen (HOAI) ersetzt.

Zweite Hauptaufgabe war die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Durch die Einbindung in Werbeaktionen und Veranstaltungen der Part-

Sichtbare Energieeinsparung im Vorher-nachher-Vergleich

Primärenergiebedarf vorher/nachher



SAGA.
Serviceagentur Altbausanierung

**Wird Ihnen auch immer schwindelig,
wenn Sie Ihren Energieverbrauch sehen?**

Möchten auch Sie in Zukunft Ihre Energiekosten drücken? Dann nutzen Sie einfach unser kostenloses Beratungsangebot. Wir, die Service Agentur Altbausanierung SAGA sind eine gemeinsame Einrichtung der Landeshauptstadt, Stadtwerke Düsseldorf und Verbraucherzentrale NRW und beraten Düsseldorfer Hauseigentümer. Erhöhen Sie durch energiebewusstes Sanieren Wohnkomfort und Vermietbarkeit und senken Sie gleichzeitig Ihre Energiekosten. Informieren Sie sich jetzt unter **01801 99 94 39** oder im Internet: www.saga-duesseldorf.de.

Energie, die Sie sich sparen können!



Außer der Telefongebühr von 6 Cent pro Minute (Tarif Dt. Telekom) fallen für Sie keine weiteren Kosten an.

JETZT

HAUS BESSERN

Sparen Sie wertvolle Energie und lassen Sie sich zu allen Fragen der Altbausanierung beraten.

- Senken Sie den CO₂-Ausstoß
- Sanieren Sie mit unserer Hilfe
- Verringern Sie die Energiekosten

Das sind doch schöne Haussichten!

Hauskunft unter: **01801 99 94 39***
Internet: www.saga-duesseldorf.de

SAGA.
Serviceagentur Altbausanierung

*6 Cent pro Minute (Tarif Dt. Telekom)
Mobilfunkpreise maximal 42 ct/min



Die SAGA ist eine gemeinsame Einrichtung der Landeshauptstadt, der Stadtwerke Düsseldorf und der Verbraucherzentrale NRW.

ner, das heißt durch die Nutzung bereits vorhandener Strukturen Dritter, sollte der Bekanntheitsgrad der SAGA deutlich gesteigert werden. Dazu zählten beispielsweise die Teilnahme an Immobilienmessen mit Beratungsständen, Fachbeiträge oder Anzeigen in Mitgliedszeitungen, Hinweise in Newslettern, Partnerlinks und andere. Weitere Elemente der Öffentlichkeitsarbeit sind der eigene Internetauftritt der SAGA, ein Newsletter, Plakat- und Anzeigeaktionen.

Zur Einführung der Energieausweise im Rahmen der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2007 erhielten alle Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer zusammen mit dem Grundsteuerbescheid ein Informationsblatt und wurden auf das Beratungsangebot der SAGA hingewiesen.

Es zeigte sich allerdings, dass für einen nachhaltigen Erfolg der SAGA entsprechend hohe Personalkapazitäten notwendig sind. Vonseiten der Stadt wurde dies dadurch unterstützt, dass eine schrittweise Aufstockung der Koordinationsstelle bis zu einer Vollzeitstelle erfolgte.

Verstetigung der SAGA– ein Erfolg aller Akteure

Bereits sehr frühzeitig nach dem Start im Jahr 2004 begann die Stadt, verschiedene Ansätze für eine Fortsetzung oder Verstetigung zu entwickeln. Die Diskussion darüber, wie ein Organisationsmodell für eine dauerhafte Trägerschaft aussehen kann, hatte sich in der ersten Projektphase als wesentlich umfangreicher herausgestellt als ursprünglich vorgesehen. Geplant war zunächst die Überführung des Modellprojektes in einen eingetragenen Verein unter intensiver Beteiligung aller Netzwerkpartner (Vorstand). Alternativ dazu wurden die folgenden Varianten der Fortführung untersucht:

- gemeinnütziger Verein,
- ein an die Stadt angebundener Verein als Public-Private-Partnership-Projekt,
- Projekt, angesiedelt bei der Stadt,
- Integration in einen passenden Bereich der Stadtverwaltung.

Neben der Frage der Finanzierung wurde vor allem die Position bzw. die künftige Rolle der SAGA im Gesamtgefüge diskutiert.

Bei den Modellen „Verein“ stellte sich insbesondere die Finanzierung als problematisch heraus. In allen Varianten bildeten die Personalkosten den größten Anteil. Bei den möglichen Arten der Finanzierung wurde zwischen Eigen- und Fremdfinanzierung unterschieden. Für die Variante Eigenfinanzierung bestand aus der Politik der Anspruch, dass die Partner einen Anteil in Höhe von etwa 30 Prozent einbringen. In Gesprächen mit den einzelnen Partnern wurde schnell deutlich, dass ein funktionierendes Finanzkonzept ohne größere Sponsoren schwer umsetzbar wird. Viele Partner konnten aufgrund ihrer eigenen Organisationsform keine oder nur geringe Beiträge zusagen. Gleichzeitig wurde vom Netzwerk der einstimmige Beschluss gefasst, dass die Neutralität der SAGA eine wichtige Grundvoraussetzung sein soll. Damit wurde einerseits festgelegt, dass eine Finanzierung über Mitgliedsbeiträge von Einzelunternehmen und/oder Herstellern nicht zu realisieren ist, andererseits der Anspruch bekräftigt, dass die SAGA auch künftig als neutrale Einrichtung alle Partner verbindet. Zudem wird damit sichergestellt, dass die SAGA nicht durch eigene kostenpflichtige Beratungsangebote in Konkurrenz zu den Partnern tritt. Die monetäre Betrachtung der eingebrachten Leistungen der Partner als „geldwerte Leistung“ aller Beteiligten führte letztendlich zum Erfolg. Diese Betrachtungsweise zeigte auf, dass die Leistungen der Partner dem von der Politik gewünschten Anteil an der Finanzierung entsprechen.

Abschließend wurden mit Ratsbeschluss vom 3.5.2007 im Rahmen des „Maßnahmenprogramms zum Klimaschutz in Düsseldorf“ die Weiterführung und der Ausbau der SAGA beschlossen – als eigenständiges Projekt mit der in den ersten drei Jahren erprobten und bewährten Struktur. Dazu gehörten gleichzeitig die Einrichtung einer dauerhaften Koordinationsstelle in der

Stadt und die Ausstattung des Projektes SAGA mit einem Grundetat von 10.000 Euro. Das Netzwerk sollte als beratendes Gremium die SAGA weiter begleiten. Damit wurde ein hohes Maß an Partizipation durch die externen Partner erreicht.

Aktivierung der Bevölkerung – durch Beratung und Kontinuität

Nach der Analyse der Bestandserhebung der vorhandenen Wohngebäude in Düsseldorf sowie der Erstellung des Motivations- und Hemmniskatasters startete die SAGA im Jahr 2004 zunächst als Beratungsstelle für Eigentümerinnen und Eigentümer, mit dem Schwerpunkt Mehrfamilienhäuser im privaten Streubesitz. Relativ schnell wurde jedoch klar, dass eine Trennung der Beratung zu Ein- und Zweifamilienhäusern einerseits und Mehrfamilienhäusern andererseits im Rahmen der Werbung für die Beratungsangebote und allgemein der Öffentlichkeit gegenüber schwer zu vermitteln war. Hinzu kam, dass die Ansprache von Eigentümerinnen und Eigentümern im selbstbewohnten Eigentum einfacher, effizienter und schneller zu Erfolgen führte. Somit einigte sich das Netzwerk darauf, dass jedem interessierten Sanierungswilligen die „Beratungstür“ und das SAGA-Beratungsangebot offenstehen sollten. Damit wurde eine breite Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der SAGA sichergestellt.

Der Schwerpunkt der Beratungen lag und liegt neben der Altbaumodernisierung auf der Umsetzung der Anforderungen durch den Gesetzgeber, wie beispielsweise Energieausweis, Nachrüstverpflichtungen und auch künftig zu erwartende Vorgaben für sowie die Förderung von Sanierungsvorhaben. Sie erfolgen in erster Linie über die telefonische Initialberatung der SAGA-Hotline und zunehmend auch per Mail bzw. über die SAGA-Kontaktseiten im Internet. Weitere Beratungen finden im Rahmen von Vorträgen und Messen bei verschiedenen Netzwerkpartnern, über Ausstellungsbeiträge und auf viele Arten mehr statt. Alle Veranstaltungen der SAGA und der Partner werden in einem Veranstaltungskalender zusammengefasst und gemeinsam beworben. Er erscheint jährlich im Herbst zu Beginn der kalten Jahreszeit und umfasst in der Regel einen Zeitraum von einem Jahr. Darin enthal-

ten ist u.a. eine Vortragsreihe der SAGA in den Räumlichkeiten von Haus und Grund Düsseldorf und Umgebung e.V., die auch in deren Mitgliederzeitung regelmäßig beworben wird (Auflage ca. 16.000 Stück, monatliches Erscheinen). Die Angebote werden kontinuierlich überprüft, angepasst oder erweitert – beispielsweise für die Gruppe der Hausverwaltungen als Bindeglied zu der Zielgruppe der Wohnungseigentümergemeinschaften.

Selbstreflexion zur Fortentwicklung des Netzwerkes

Im Frühjahr 2011 waren alle SAGA-Partner zu einem Workshop eingeladen, um einen Blick auf die bisherige Arbeit zu werfen. Ziel war die Bilanzierung und Planung der Netzwerkarbeit der SAGA. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden zu den einzelnen Netzwerkpartnerinnen und -partnern jeweils deren besondere Zielgruppen und Kompetenzen/Ressourcen, die sie in das Netzwerk einbringen, zusammengetragen.

In einem nächsten Schritt wurden Verbesserungsmöglichkeiten und -bedarfe unter dem Gesichtspunkt „Hier kann/sollte die SAGA ihre Arbeit (noch) verbessern“ identifiziert, analysiert und konkrete Handlungsmöglichkeiten erarbeitet. Durch den Workshop wurde den Beteiligten wieder bewusst, welches Wissen und wieviel Kompetenz und Engagement im Netzwerk vereint ist.

Beratungsinstrumente und Wissenstransfer

Düsseldorfer Gebäudetypologie

Für Düsseldorf wurde 2005 erstmals eine Gebäudetypologie zur systematischen Erfassung und Kategorisierung des Wohnungsbestandes in Hinblick auf dessen energetische Bewertung aufgestellt. Dafür wurde der Bestand der Wohngebäude nach energierelevanten Merkmalen differenziert erfasst, unter anderem die Baukonstruktion der Gebäudehülle – inklusive der eingesetzten Baustoffe und Schichtdicken – sowie die Grundrissform, die Geschosshöhe und eine gegebenenfalls vorhandene Anbausituation. Ein Schwerpunkt der Analyse waren das Herausarbeiten von signifikanten energierelevanten Typo-

logien und die Ergänzung um Düsseldorf-spezifische Gebäudetypen. Die hierbei identifizierten 28 verschiedenen Typen wurden in eine Gebäudematrix zusammengeführt, definiert über den Charakter bzw. das Baualter sowie die Bauform (Einfamilienhaus, Mehrfamilienhaus etc.). Für alle Gebäudetypen wurde eine Berechnung des Energiebedarfs im ursprünglichen und in einem zukünftig energetisch optimalen Zustand durchgeführt. Mit der Aktualisierung 2009/2010 wurde die Typologie fortgeschrieben und um Gebäude bis zum Erbauungsalter 2009 erweitert. Daraus resultierend umfasst die aktuelle Gebäudematrix 45 Gebäudetypen. Bei der Betrachtung der einzelnen Sanierungsmaßnahmen wurden die Förderbedingungen des Düsseldorfer Förderprogramms „Klimafreundlich Wohnen“ und der KfW berücksichtigt.

In der Analyse wurde weiterhin eine stadtteilbezogene Auswertung nach Gebäudetypen erstellt. Ziel war es, Handlungsschwerpunkte für die weiteren Aktivitäten der SAGA herauszuarbeiten und stadtteiltypische und maßnahmenspezifische Handlungsempfehlungen zu identifizieren. Die Düsseldorfer Gebäudetypologie ist in erster Linie eine Fachbroschüre, sie wurde und wird allen interessierten Fachleuten und Energieberaterinnen und -beratern in Düsseldorf und Umgebung kostenfrei zur Verfügung gestellt [2].

Interessierten Hauseigentümerinnen und -eigenthümern werden sogenannte Hausdatenblätter über die SAGA-Internetseiten zur Verfügung gestellt. Darin sind für jeden Gebäudetyp in jeder Baualtersklasse die Ergebnisse der Bestandserfassung und der Maßnahmenvorschläge übersichtlich zusammengefasst, grafisch dargestellt und komprimiert erläutert. Anhand der Datenblätter kann damit zum einen abgeleitet werden, welcher Sanierungsbedarf typischerweise für eine vergleichbare Immobilie besteht. Zum anderen wird das Sanierungspotenzial mit den dazugehörigen Maßnahmen dargestellt und kostenmäßig bewertet.

Düsseldorfer Heizspiegel

Mit einem Heizspiegel werden für typische Wohnungsgrößen jeweils für die verschiedenen Heizenergieträger Gas/Fernwärme/Öl die Verbräuche bzw. die Heizkosten bewertet (niedrig/mittel/erhöht/zu hoch). Damit können die Bewohnerinnen

Gebäudetypologie Stadt Düsseldorf

	Typ A	Typ B	Typ C	Typ D	Typ E	Typ F	Typ G
Charakter	überwiegend Mauerwerk/steinhohes Fachwerk	überwiegend Mauerwerk/stein	Mauerwerk/stein			LWSchVO	L und II, WSchVO
Baujahr	bis ca. 1870	ab ca. 1870 bis 1918	1919 bis 1948	1919 bis 1947	1949 bis 1968	1969 bis 1974	1975 bis 1987
EFH – Ein- Zweifamilienhaus, Reihenhaus	 Fachwerk, sehr selten		 Reihenhaus				
EH – Ein- Zweifamilienhaus und Doppelhaus		 Wohnzeile/Reihenhaus		 Doppelhaus			
Variante		 Reihenhaus	 Reihenhaus				
MFH kleine Mehrfamilienhäuser	 alte Dreierhaus				 Reihenhaus	 gefundene Bauteile	
GMFH große Mehrfamilienhäuser	keine vorhanden	 Reihenhaus	 Reihenhaus	 Reihenhaus	 Reihenhaus	 Reihenhaus	
EH Hochhaus				keine vorhanden			
Variante			 EH mit Flachdach	 MFH Blockhaus			

SAGA.
Serviceagentur Altbausanierung

Umweltamt
Landeshauptstadt Düsseldorf
Bildquelle: abt 2005

und Bewohner ihren eigenen Heizenergieverbrauch und die Heizkosten vergleichen und bewerten. Zusätzlich besteht das Angebot kostenloser Heizgutachten. Die SAGA hat 2004 erstmalig am bundesweiten Heizspiegelprojekt teilgenommen. Zuvor hatte die Landeshauptstadt einen eigenen Heizspiegel herausgegeben. Aktuell wird nach weiteren Teilnahmen 2007 und 2009 auf den bundesweiten Heizspiegel zurückgegriffen. Der Heizspiegel wird vor allem von Mieterinnen und Mietern sowie von Menschen im selbstbewohnten Eigentum genutzt. Gleichzeitig dient der Heizspiegel als Plattform für das Netzwerk, indem Ansprechpersonen in der Rubrik „Wer hilft Ihnen“ vorgestellt werden.

Beratung PLUS Förderung

In Ergänzung zu den Beratungsleistungen der SAGA beschloss der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf Ende 2008 im Rahmen des ersten verabschiedeten Klimaschutzprogramms ein Förderinstrument zur energetischen Gebäudesanierung. Mit dem Förderprogramm wird das Ziel verfolgt, die bestehenden Förderprogramme von Bund und Land mit einem eigenen Zuschussprogramm der Stadt zu ergänzen, um so eine erhöhte Sanierungsquote im Stadtgebiet zu erreichen. Kleinere Sanierungsvorhaben bei Ein- und Mehrfamilienhäusern im Streubesitz sowie die schrittweise Sanierung mithilfe der Einzelmaßnahmenförderung, wie z.B. für die Wärmedämmung von Außenwand, Dach oder Kellerdecke, die Optimierung von Heizungsanlagen oder die Nutzung regenerativer Energien, standen dabei besonders im Fokus. Mit einer jährlichen Novellierung werden Veränderungen durch den Gesetzgeber und technische Fortentwicklungen berücksichtigt. Antragsberechtigt sind Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden, die natürliche und juristische Personen des privaten Rechts oder Eigentümergemeinschaften sind, sowie anlagenbetreibende Firmen, wie beispielsweise Contractoren. Mit der zweiten


Landeshauptstadt
Düsseldorf

**Düsseldorfer Förderprogramm
„Klimafreundliches Wohnen“**

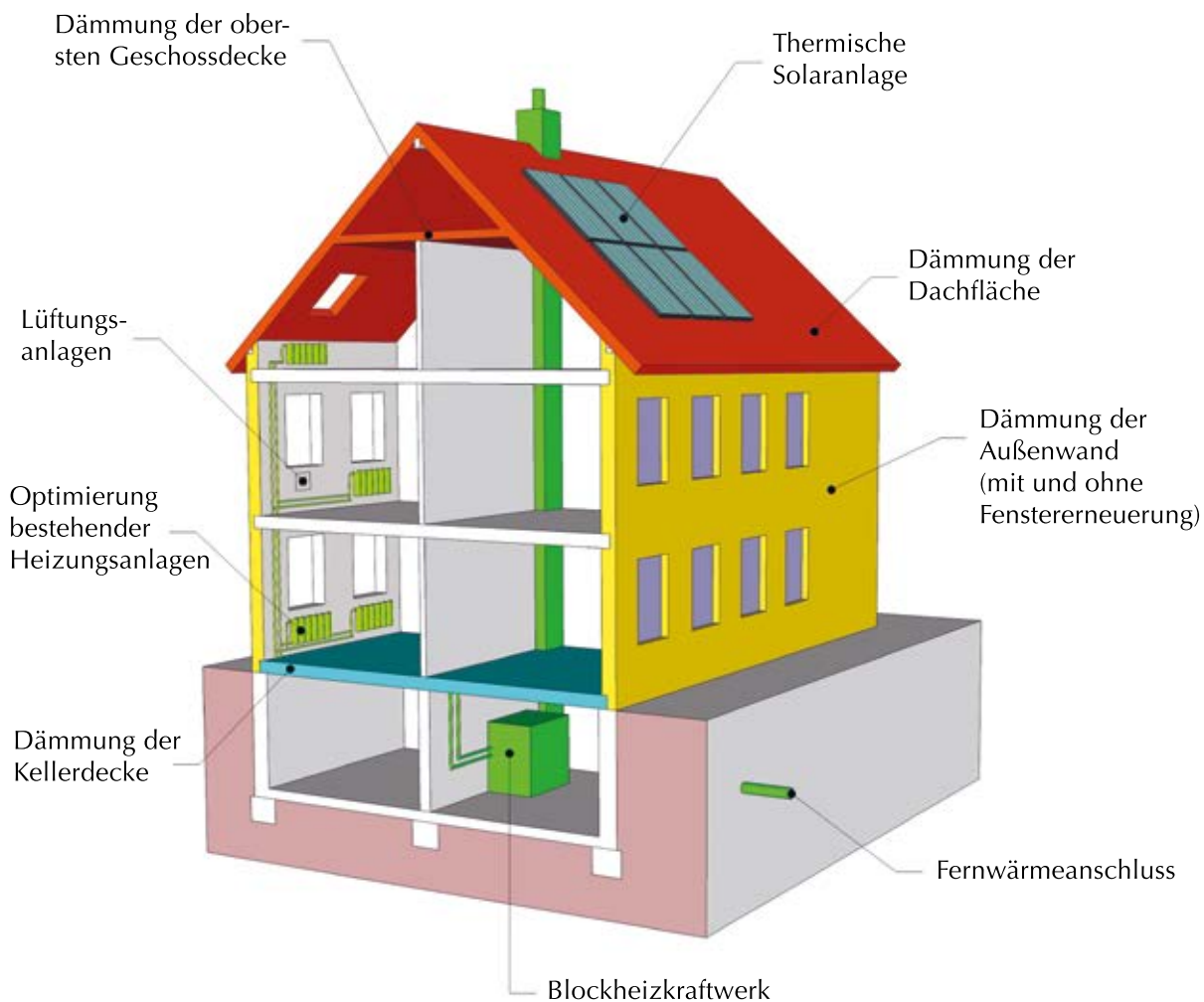


Fördersprechstunde

- bei Haus und Grund, Oststraße 162
- nach Voranmeldung donnerstags
zwischen 14 und 18 Uhr
- Terminvereinbarung unter
Telefon 0211.1690591

Finanzielle Unterstützung durch die Stadt

Novellierung wurde der Kreis der Antragsberechtigten um gemeinnützige Organisationen einschließlich Kirchen, die Eigentümer der zu sanierenden Gebäude sind, erweitert. Damit wurde das Spektrum der Antragsberechtigung zur stadtweiten Förderung durch zu sanierende Wohngebäude vervollständigt und ein hohes Maß an Partizipation an den Mitteln sichergestellt. Seit 2009 wurden über 2.200 Anträge mit einem Fördervolumen von rund 5,1 Millionen Euro eingereicht (Stand 12/2014). Die Öffentlichkeitsarbeit und die Beratungsangebote zum Förderprogramm sind eng mit den SAGA-Aktivitäten vernetzt. Durch die stadteigene Förderung ist die Nachfrage nach Beratung durch die SAGA zu Fördermitteln und auch konkret zur Antragstellung deutlich angestiegen. Um diesen Bedarf zu decken, wurde in Kooperation mit Haus und Grund Düsseldorf und Umgebung e.V. eine Fördersprechstunde eingeführt, die mittlerweile einmal monatlich angeboten wird.



Möglichkeiten der energetischen Optimierung

SAGA im Erfahrungsaustausch mit weiteren Akteuren

Seit 2005 nimmt Düsseldorf auf Landesebene mit der SAGA an dem landesgeförderten NRW-Regio-Projekt „ALTBAUNEU“, einer gemeinschaftlichen Initiative mehrerer Kommunen zur Förderung von Gebäudesanierungen, teil und gestaltet aktiv einige Arbeitsschwerpunkte. Die Projekte werden im Netzwerk abgestimmt und kommuniziert, die Ergebnisse fließen in die Beratungstätigkeit ein. Neben der Erprobung neuer Beratungsansätze ist der Austausch zwischen den Kommunen ein zentraler Aspekt für das Landesprojekt (www.alt-bau-neu.de).



Ergänzende Daten & Fakten

In der Landeshauptstadt Düsseldorf sind von den rund 68.000 Wohngebäuden 55.000 vor der ersten Wärmeschutzverordnung von 1977 erbaut worden. Die Abbildung zeigt die Verteilung von Einfamilienhäusern (EFH) und Mehrfamilienhäusern (MFH). Betrachtet man die Evaluierung der

Kernthesen „Netzwerke aufbauen und lebendig halten“ [3]

1. Definition der Ziele

- Zielgruppe
- Art der Beratungsleistungen
- Möglicher Zeitraum

2. Analyse der dafür notwendigen

Grunddaten

- Eigentümer-, Gebäudestruktur bzw. -bestand,
- Personelle/finanzielle Kapazitäten
- Sind andere Beratungsangebote vorhanden?

3. Herausarbeiten der Anknüpfungspunkte für potenzielle Partner

4. Untersuchung der möglichen Strukturen einer Einrichtung, an die die Netzwerkarbeit gekoppelt ist

5. Face-to-Face – Erarbeitung der Partnerschaften (bilateral)

6. Entscheidung über Struktur/Positionierung/Finanzierung

7. Weitere wichtige Aspekte:

- Rolle der Koordination
- Kontinuierlicher Input und Verstetigung der geschaffenen Strukturen
- Thema Öffentlichkeitsarbeit

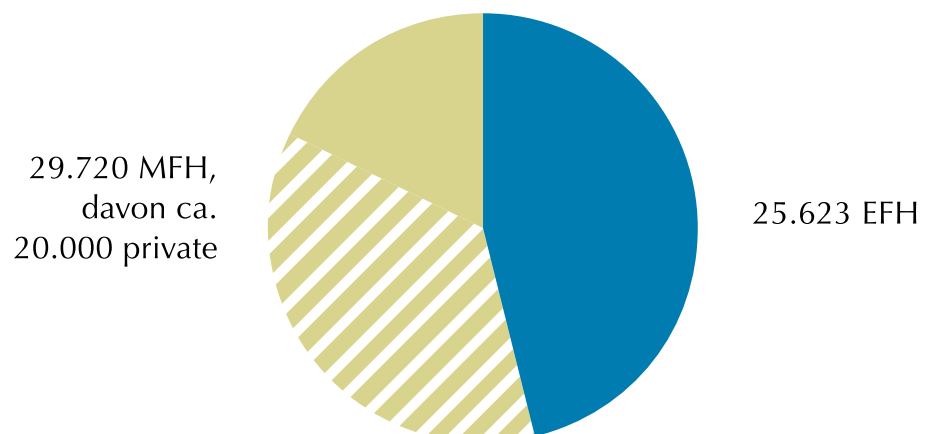
Beratungsgespräche bzw. der eingereichten Förderanträge im Programm „Klimafreundliches Wohnen in Düsseldorf“, so zeigt sich, dass diese hinsichtlich des Verhältnisses EFH/MFH prozentual ähnlich verteilt sind.

Die SAGA hatte mittlerweile rund 6.000 registrierte Beratungskontakte. Ein Drittel der anfragenden Immobilienbesitzerinnen und -besitzer lässt sich über die telefonische Hotline beraten. Ein weiteres Drittel sucht das Gespräch bei Vorträgen und Infoständen. Der Rest lässt sich per E-Mail beraten, wobei gezielte Fragen, etwa zum Energieausweis und zu Fördermöglichkeiten, gestellt werden. Die Anfragen über das Internet haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Aus diesem Grund wurde der Internetauftritt der SAGA im Jahr 2013 umfassend überarbeitet.

Fazit und Ausblick

Die SAGA ist ein Erfolgsmodell und ein wichtiger Baustein im Rahmen der Klimaschutzaktivitäten in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Wesentlich für den Erfolg sind Kontinuität und Neu-

Verteilung von Mehrfamilienhäusern (MFH) und Einfamilienhäusern (EFH) in Düsseldorf (Quelle: Erhebung Sanierungspotenzial/Zielgruppen 2003)



tralität des Beratungsangebots und der Netzwerkarbeit sowie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Mit dem Prinzip „Geben und Nehmen“ und dem Selbstverständnis, eine neutrale Klammer für alle beteiligten Akteure zu sein, ist es möglich, dass die Partner erfolgreich miteinander kooperieren und dabei die einzelnen Beratungsangebote nebeneinander existieren. Die Einrichtung der SAGA ermöglicht dem Netzwerk und den Bürgerinnen und Bürgern so eine größtmögliche Partizipation.

In der Zukunft gilt es, die SAGA lebendig zu erhalten und ihre Angebote weiterzuentwickeln. Dies gilt sowohl für die Beratungen der Hauseigentümerinnen und -eigentümer als auch für die Arbeit mit dem Netzwerk. Dazu ist es immer wieder erforderlich, das Vorhandene zu prüfen und anzupassen. Neben der Betrachtung gesetzlicher und technischer Entwicklungen bzw. Änderungen ist vor allem die regelmäßige Überprüfung des vorhandenen Angebotes unter folgenden Fragestellungen wesentlich: Welche Informationen sind für wen notwendig? Wie sieht der Beratungsbedarf der Hauseigentümerinnen und -eigentümer aus? Was benötigen die Partnerinnen und Partner der SAGA an Unterstützung und/oder Impulsen? Dieser Ansatz – unterstützt durch das städtische Förderprogramm – wird auch künftig dafür sorgen, dass der Düsseldorfer Gebäudebestand weiter zukunftsgerecht und energetisch optimiert saniert und eine hohe Sanierungsquote erreicht wird. ■

Quellenangaben

- [1] Schüle, Ralf, Sabine Nanning, Renate Duckat (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH), *Evaluation altbauneu, Teilbericht SAGA, Düsseldorf 2007.*
- [2] Landeshauptstadt Düsseldorf, Umweltamt, *Düsseldorfer Gebäudetypologie, erstellt vom Ingenieurbüro ebök GbR, Düsseldorf 2005.*
- [3] SAGA, *Vortrag zur Fachtagung „Energieberatung für private Hausbesitzer – Kommunizieren – Organisieren – Netzwerke bilden“, Hannover 2011.*



RICARDA SAHL

Koordinatorin der Serviceagentur Altbausanierung SAGA, Landeshauptstadt Düsseldorf

Seit 2004 beim Umweltamt der Landeshauptstadt Düsseldorf, Abteilung Umweltplanung und Klimaschutz, Sachgebiet Klimaschutz; stellvertretende Sachgebietsleiterin. Schwerpunkt ist der Bereich der Altbausanierung; Leitung der Serviceagentur Altbausanierung SAGA und des Förderprogramms „Klimafreundliches Wohnen“. 1997 bis 2004 Tragwerksplanerin in einem Düsseldorfer Ingenieurbüro, Schwerpunkt: Tragwerksplanung, Projekt- und Fachbauleitung vorwiegend für große Umbauvorhaben. Studium des Bauingenieurwesens an der RWTH Aachen, Dipl.-Ing.

Kreis Stormarn: Bürgerinnen und Bürger am Klimaschutz beteiligen – Unterstützung für Städte und Gemeinden

Der Kreis Stormarn setzt bereits seit vielen Jahren auf die Beteiligung und Aktivierung seiner Bürgerinnen und Bürger – nicht zuletzt im Themenfeld Klimaschutz. So wurde zum Beispiel im Jahr 1997 der Runde Tisch „Zukunftsfähiges Stormarn“ eingerichtet. Besonders spannend ist die Unterstützung des Kreises für die kreiseigenen Städte und Gemeinden. Der Kreis Stormarn nimmt hier die Rolle als Vermittler und Unterstützer ein. Neben der Beratung zur Gestaltung der Bürgerbeteiligung bietet er den Kommunen eine neutrale Moderatorin für die Beteiligungsprozesse vor Ort „zur Ausleihe“ an.

Ein Landkreis mit Klimaschutz-Programm seit 1996

Stormarn liegt im nördlichsten Bundesland, Schleswig-Holstein, zwischen den alten Hansestädten Hamburg und Lübeck. Mit den Hauptverkehrs-

achsen A1 und der stark frequentierten Bahnlinie ist er einer der am dichtesten besiedelten Kreise in der Metropolregion Hamburg. Kennzeichnend sind wachsende Bevölkerungszahl und eine wirtschaftsstarke Entwicklung mit weiterhin positiven Prognosen im bundesweiten Ranking für Deutschlands Regionen [1].

Gerade als wachsende Region hat sich der Kreis Stormarn schon früh das Motto „Den Wandel gestalten“ auf die Fahnen geschrieben – auch in Sachen Klimaschutz. So beschloss die Kreispolitik bereits im Jahr 1995 den Beitritt zum Klimabündnis und verpflichtete sich damit zu ehrgeizigen Klimaschutzzielen. Dazu gehörten auch der Zielhorizont einer Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2010 und der weitgehende Verzicht auf die Verwendung von Tropenholz. Eine Anleitung zum Erreichen dieser Ziele gab es speziell für Landkreise zu dieser Zeit nicht. Deshalb wurde 1996 in einem ersten Schritt in der Verwaltung ein Klimaschutz-Programm [2] für die nächsten fünf Jahre entwickelt – auf der Basis von systemanalytischen Verfahren aus der Wirtschaft und unter Beteiligung relevanter Akteure. Eine Bestandsanalyse, kurz- und langfristige Ziele und 37 Maßnahmenpakete waren das Ergebnis. Der Fokus lag dabei vor allem auf den eigenen Zuständigkeiten als Landkreis mit vielfältigen Aufgaben in der Fläche.

Bürgerinnen und Bürger am Klimaschutz beteiligen

Auch wenn in diesem Zusammenhang gesetzlich kein Beteiligungsverfahren vorgegeben ist, war sich der Kreis Stormarn bewusst, dass Klimaschutz nur gelingt, wenn möglichst viele Menschen mitmachen. Daher gab es darüber hinaus auch erste

Schloss Ahrensburg im Kreis Stormarn



Maßnahmen für die Ausweitung des Klimaschutzgedankens auf den gesamten Kreis mit den dazugehörigen Städten und Gemeinden, und zwar auch durch eine intensive Bürgerbeteiligung. Für Verwaltung und Politik war es eine neue Herausforderung, eine „informelle“, also freiwillige, Beteiligung zu starten, die stark auf das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern setzt. Aber die Idee ging auf: 1997 richtete der Kreis den Runden Tisch „Zukunftsfähiges Stormarn“ ein, der schnell zu einem landesweiten Erfolgsmodell und Vorreiterprojekt wurde.

Der Name „Runder Tisch“ steht dabei für eine Begegnung auf Augenhöhe. Zwar bezeichnet der Begriff „Runder Tisch“ auch eine Partizipationsmethode. Die war hier aber nicht Grund für den Namen. Stattdessen kamen im Laufe der Zeit und angepasst an die jeweilige Situation verschiedene Partizipationsmethoden zur Anwendung.

Runder Tisch „Zukunftsfähiges Stormarn“

Zum Auftakt lud der Kreis über alle gesellschaftlichen Gruppen, Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Landwirtschaft, von NGOs, Vereinen und Verbänden sowie aus Politik, Verwaltungen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbraucherverbänden und Schulen und allgemein über die Presse ein. Die große Frage war: „Wie viele kommen und wie kann man alle an der Gestaltung beteiligen?“ Gelöst wurde das mit einer verkürzten Zukunfts- und Ideenwerkstatt, in der 30 bis 150 Personen Raum finden konnten für ihre Ideen und Vorschläge. Das Ziel der Veranstaltung war, die Entwicklungsbedürfnisse aus der Region aufzunehmen und gemeinsam anzugehen. Ideen für den Klimaschutz in der Region waren gefragt, und zwar vor allem mit dem Fokus „Wir wollen ...“ anstelle von „Andere sollten ...“. Ergebnis waren 74 verschiedene Projektvorschläge, die in neun thematische Blöcke passten, von Direktvermarktung regionaler Produkte über Energieeffizienz und erneuerbare Energien, „Klima-Marketing“ bis zu Verkehrsvermeidung und -verlagerung. An dieser Stelle war das erste Ziel erreicht. Die Abstimmung über den Runden Tisch ergab ein Votum für eine Weiterführung und zwar als selbstbestimmtes Bürgerforum. Dazu entstand aus dieser ersten Ideensammlung ein roter Faden für die Zukunft: ein „Arbeitsprogramm“ mit ersten Themen [3].

Aus der Aufbruchsstimmung und dem Schwung dieses ersten Auftakts heraus bildeten sich viele



Austausch am „Runden Tisch“

Zukunftswerkstatt nach Robert Jungk [4]

3 Hauptphasen nach dem Kennenlernen:

Kritikphase – Mängel feststellen

Phantasiephase – über den Tellerrand schauen

Realisierungsphase – gestalten und Verantwortung übernehmen

Phasen der Zukunftswerkstatt – Jens Zussy, Planen mit Phantasie



selbststeuernde Arbeitsgruppen mit konkreten Projekten. Ein gutes Beispiel ist die Planung eines Holzheizwerks für den Fernwärmeausbau, um das kreisweit anfallende „Knickholz“ der für die Region typischen Wallhecken, das meist nach Dänemark ging, vor Ort zu nutzen. Zu verdanken war das einer völlig neuen Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichem Maschinenring und Bauernverband, Stadtwerken, Gewerkschaften, BUND, Energieagentur und engagierten Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern am Runden Tisch.

Andere haben sich z.B. für das Dauerthema „Mobilität und Verkehr“ eingesetzt, praktische Vorschläge für eine Neuordnung des ÖPNV mit festen Taktzeiten gemacht und sich bei Land und Bund dafür engagiert, auch im ländlichen Raum einen durchgängigen Fahrschein für Bus und Bahn zu bekommen. Bis heute laufen die Bemühungen, neben den Schnellzügen die S-Bahn von Hamburg aus bis Bad Oldesloe zu verlängern.

Die Arbeitsgruppen setzten sich ihre Ziele selbst, bestimmten, wann und wo sie sich treffen wollten, und stellten ihre Ergebnisse in großen Versammlungen am Runden Tisch (Plenum) vor. Stolz auf erste Ergebnisse wurden dort die nächste Aufgabe angepackt und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden. So hat die Gruppe Energie auch Exkursionen zu guten Beispielen mit dem Kreis organisiert und sich um die Verbreitung in den Kommunen und

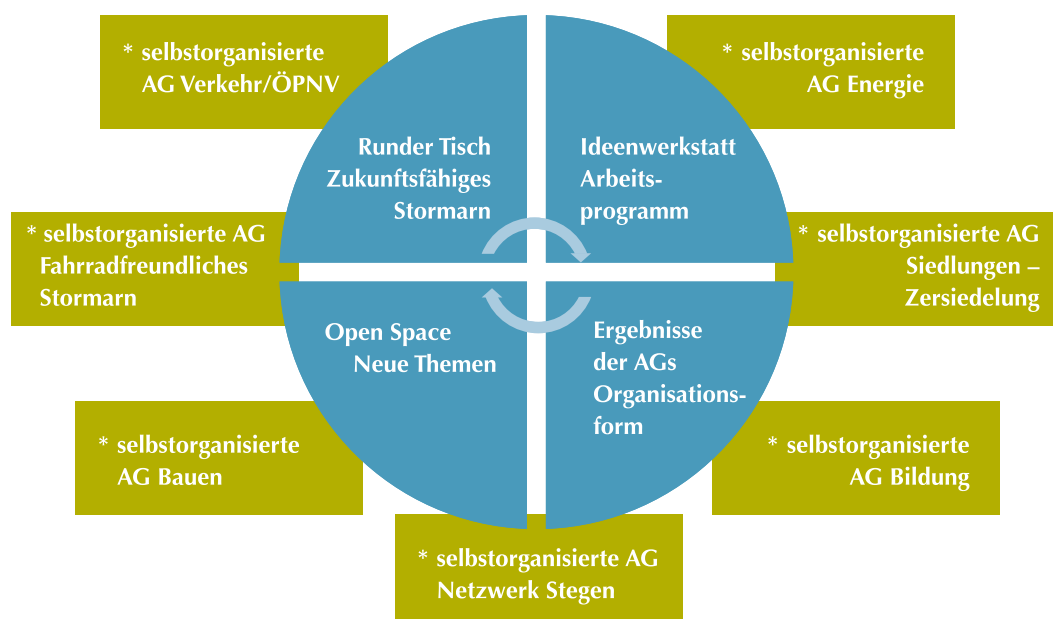
der Wirtschaft bemüht. Die Öko-Siedlung Karlshöhe arbeitet beispielsweise seit Jahrzehnten mit Solarthermie und Jahreszeitspeicher in der Erde.

Beim Klima-Marketing ging es nach ersten Informationskampagnen auch um das Thema Wegwerfgesellschaft. Das Ziel: Nutzbares weiter oder neu nutzen. Die Ergebnisse, eine Gebrauchtbörse zum Verschenken und Tauschen und ein Adressverzeichnis „Leihen – Tauschen – Reparieren“, gibt es noch heute bei der Abfallwirtschaftsgesellschaft Südholstein.

Der Runde Tisch wurde ein offenes Bürgerforum, das abgesehen von ersten Angeboten der Klimaschutz-Leitstelle seine Ziele und Aktivitäten selbst bestimmt. Die Klimaschutz-Beauftragte beim Kreis fungierte als „Kümmerer“, sorgte für die Koordination der verschiedenen Arbeitsgruppen und organisierte den Austausch in großer Runde und mit neuen Interessentinnen und Interessenten. Auch diese Organisationsform mit neutraler Moderation – gestellt vom Kreis – war ein Wunsch des Runden Tisches [5]. Genau diese Selbstbestimmung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Identifikation der Beteiligten und für Ergebnisse, wie sich auch in Stormarn gezeigt hat.

Der wichtigste Aspekt bei der Planung und Begleitung der Bürgerbeteiligung durch die Kreisverwaltung Stormarn war und ist dabei der Respekt und die Wertschätzung gegenüber dem ehrenamtlichen Engagement der beteiligten Menschen.

Runder Tisch – Prozess mit Ideenwerkstatt, selbstorganisierten AGs, Open Space etc.



Der Runde Tisch im Umbruch

Mit der Maxime der Begegnung auf Augenhöhe und unter dem Namen Runder Tisch „Zukunftsfähiges Stormarn“ wurden fast zehn Jahre lang Projekte angestoßen, Vernetzung über örtliche, gesellschaftliche, institutionelle und auch politische Grenzen hinweg geübt und wichtige Themen im Kreis vorangebracht. Das ist umso bemerkenswerter, als bei einer Bürgerbeteiligung im Landkreis die meisten Menschen zu einem Ort reisen müssen. In einer Stadt oder Gemeinde sind die Wege meist kürzer. Doch mit der Zeit änderten sich die Rahmenbedingungen und machten letztlich eine Neugestaltung notwendig. Grund dafür waren vor allem zwei Entwicklungen:

- Menschen denken nicht in Landkreisgrenzen und Zuständigkeiten von Verwaltungen. Das zeigte sich auch bei der Bürgerbeteiligung im Kreis Stormarn. Viele Vorschläge berührten die Zuständigkeiten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, wo der Kreis nichts entscheiden kann. Deshalb sollte Bürgerbeteiligung vor Ort unterstützt werden.
- Im Laufe der Zeit und mit zunehmendem Bekanntheitsgrad dieser erfolgreichen Beteiligungsform nahmen die Anfragen von anderen Institutionen an den Runden Tisch „Zukunftsfähiges Stormarn“ zu. Diese waren verpflichtet oder interessiert, Bürgerbeteiligung durchzuführen und wollten die

(erfahrenen) Mitglieder des Runden Tisches beteiligen. Die neuen Beteiligungen forderten aber von vielen Engagierten im Bürgerforum plötzlich ein Mehrfaches an Zeit und Aufwand, das bald den Rahmen des Möglichen sprengte.

Eine erste Reaktion war, weniger große Treffen am Runden Tisch einzuberufen und mehr Informationen aus den verschiedenen Beteiligungsformen zu kommunizieren. Hier trat ein Grundproblem zutage, das das Bürgerforum nicht lösen konnte: Beteiligte wurden an verschiedenen Stellen das Gleiche gefragt und fühlten sich nicht mehr ernst genommen. Ein grundlegender Wandel war notwendig geworden. Diese Entwicklung war neben der zusätzlich notwendigen Fahrwege wegen der gestiegenen Anfragen von unterschiedlichen Institutionen ein gewichtiger Grund, dieses lange bestehende und erfolgreiche Format des Bürgerforums umzustellen auf ein Nachfragemodell mit verschiedenen weiteren Angeboten.

1. Neue Bürgerbeteiligungen

Es gab und gibt zu verschiedenen Themen, an denen auch am Runden Tisch gearbeitet wurde, neue formelle und informelle Bürgerbeteiligungen anderer Institutionen, zu Beginn vor allem im Bereich Verkehr. Alle am Runden Tisch wurden eingeladen, sich auch dort je nach Thema oder Region zu beteiligen.

Bürgerbeteiligung Stormarn im Wandel



2. AktivRegionen-Netzwerk

Für die Nutzung der EU-Mittel im ländlichen Raum gibt es in Stormarn drei AktivRegionen (und eine in Gründung) mit jeweils vorgeschriebener breiter Beteiligung. Ziel der Lokalen Aktionsgruppen (LAG), die als Vereine organisiert sind, ist es, die ländlichen Regionen attraktiv und zukunftsfähig zu gestalten – LEADER-Ansatz, ELER-Mittel (EU-Mittel).

AktivRegionen-Netzwerk Stormarn: Hier geht es darum, die Regionen in Bezug auf Klimaschutz und Energie voranzubringen. Das Klimaschutzmanagement in Stormarn unterstützt hier inhaltlich und mit einem Vernetzungsangebot aus Regionalkonferenzen zum Klimaschutz, Vernetzungsworkshops und weiteren gemeinsamen Veranstaltungen. Für den neuen Förderzeitraum 2014 bis 2020 wurde diese Vernetzung ausgeweitet auf sechs AktivRegionen und die beiden Nachbarkreise Segeberg und Herzogtum Lauenburg. In diesem Zeitraum stehen Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen viel stärker im Fokus der Entwicklungsstrategien für die EU-Mittel-Verwendung.

3. Unterstützung von Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden

Viele Themen in der Bürgerbeteiligung gehören auch in die Zuständigkeit der Städte und Gemeinden im Kreis. Erfahrungen und Fachpersonal gibt es nicht überall, deshalb hat der Kreis ein besonderes Angebot an alle Kreiskommunen aufgelegt: Kostenlos können die Kommunen Unterstützung bei der Planung und Vorbereitung von Bürgerbeteiligung zum Themenkreis rund um den Klimaschutz bekommen. Damit können die Erfahrungen der Kreisverwaltung auch in den kreiseigenen Städten und Gemeinden zur Optimierung genutzt werden. Es geht dabei um die Ansprache möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen und Akteure, sinnvolle Terminierung und vor allem die Auswahl einer geeigneten Partizipationsmethode.

Darüber hinaus ist für eine effektive Bürgerbeteiligung eine qualifizierte Moderation notwendig. Häufig mangelt es jedoch an den finanziellen Mitteln. Deshalb bietet der Kreis Stormarn seinen Kommunen in Einzelfällen und auf Nachfrage die „Ausleihe“ einer erfahrenen Moderatorin im Klimaschutzmanagement an – und zwar für eine neutrale Moderation. Erfolgreiche Beispiele langjähriger Bürgerbeteiligung mit derartiger Unterstützung des Kreises sind:

- die kleine Gemeinde Tangstedt mit der Initiative „Tangstedt 2030“, die eigene Vorschläge



Bürgerbeteiligung in der Gemeinde Tangstedt mit Open-Space-Technik

in die Flächennutzungsplanung der Gemeinde eingebracht, Feste und Veranstaltungen zum Klimaschutz organisiert für Schule und Kita Klimaschutzprojekte initiiert hat,

- die Stadt Reinbek, in der es z. B. auf Anregung der Bürgerbeteiligung bis heute ein erfolgreiches fifty-fifty-Modell zum Energiesparen an den Schulen gibt.

4. Unterstützung von Klimaschutzinitiativen

Auch Klimaschutzinitiativen werden vom neu aufgelegten Runden Tisch „Zukunftsfähiges Stormarn“ auf Nachfrage fachlich unterstützt. In manchen Fällen geht die Initialzündung in einer Kommune von einer Bürgergruppe aus, wie in der Stadt Bargteheide, oder von einem Zusammenschluss Gewerbetreibender oder Kulturinteressierter, wie z. B. in der Stadt Reinfeld oder der Kreisstadt Bad Oldesloe. Beispiele:

- Zukunftskonferenz Bad Oldesloe, organisiert von einem Bürgerforum namens TIK TreffpunktInnenstadtKultur Bürgerforum e.V.,
- die Stadt Reinfeld, in der Eltern sich im Beteiligungsprozess u. a. einen Abiturzweig in der Stadt gewünscht hatten, was verwirklicht wurde,
- Unterstützung der Klimaschutzinitiative Bargteheide, z. B. bei der Ausrichtung einer öffentlichen Energieradtour zu Häusern mit Nutzung erneuerbarer Energien,
- Energiemesse mit dem Energieforum Westerau,
- Gründung der Klimaschutzinitiative Sachsenwald für die Kommunen im Mittelzentrum Reinbek-Glinde-Wentorf und Umgebung im Hamburger Randgebiet.



*Stadtradeln Stormarn in vier Städten
und Energieradtouren vor Ort*

5. Auf Kreisebene: Einberufung des Runden Tisches auf Nachfrage und Bürgerbeteiligung bei konkreten Vorhaben

Bürgerbeteiligungstreffen wie der Runde Tisch „Zukunftsfähiges Stormarn“ werden im Klimaschutzmanagement des Kreises nur noch auf Nachfrage einberufen, z.B. aus den verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen oder für konkrete Anlässe, wie z.B. Kreisplanungen. Das Thema Verkehr behält zum Beispiel Relevanz für den ganzen Kreis, unter anderem die Radverkehrsplanung.

6. Informationsveranstaltungen für alle

Klimaschutz-Management und verschiedene Kooperationspartner bieten Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen mit partizipativen Elementen an. Beispiele:

- Veranstaltungsreihe zu den Themen Klimaschutz und Energie mit der Verbrauchergemeinschaft Stormarn,
- interaktive Ausstellungen für Schulen von Klassenstufe 1 bis 13,
- Experimentier-Ausstellung „Leuchttour“ für Kitas und Grundschulen und Klimaschutz-Wettbewerb für verschiedene Zielgruppen, unter anderem auch Kitas und Schulen,
- Klimaschutz-Netzwerk für die Kommunen – zuerst in Stormarn und später gemeinsame Gründung eines landesweiten Netzwerks in Schleswig-Holstein – vor allem zur schnellen Hilfe zur Selbsthilfe,
- Fach- und Förderinformationen für Kommunen sowie Planerinnen und Planer, z.B. zu Fördermitteln, nachhaltiger Beschaffung, klimaschüt-

zender Bauleitplanung, vorgezogener Bürgerbeteiligung für Planungen,

- Energiemessen für Bürgerinnen und Bürger in Kooperation mit Kreiskommunen, dem Handwerk, Energieberatern etc.,
- Green Day (Green-Tech-Berufsorientierungstag) und Zusammenarbeit beim Stadtradeln im Kreis mit vielen Kooperationspartnern.

Ein durchgängiges Format, wie der Runde Tisch, an dem sich Akteure kontinuierlich austauschen, ist zwar für die Dokumentation als Kommune sehr hilfreich und bietet engagierten Bürgerinnen und Bürgern Verlässlichkeit, das Nachfragemodell passt sich aber wechselnden Rahmenbedingungen besser an.

Erfolgsfaktoren für eine langjährige Bürgerbeteiligung

Wie startet man eine langjährige Bürgerbeteiligung mit vielen Erwartungen unterschiedlichster Art? Was war das Besondere beim Runden Tisch „Zukunftsfähiges Stormarn“?

1. **Ein Auftakt**, der eine Aufbruchsstimmung erzeugt, die weiter trägt und die nächsten Schritte vorbereitet: Die verkürzte Zukunfts- oder Ideenwerkstatt beruht auf den Prinzipien Freiwilligkeit, Kreativität, Ergebnisoffenheit und Selbststeuerung und setzt auf eine Freisetzung verschütteter kreativer Potenziale. Zukunftswerkstätten liefern genau wie Zukunfts- und Open-Space-Konferenzen einen guten Rahmen für eine gemeinsame Aufbruchsstimmung.

2. **Ein selbstbestimmtes Bürgerforum**: Die Teilnehmenden entscheiden selbst, ob, wie und mit welchen Zielen sie sich engagieren und welche Rahmenbedingungen, welche Arbeitsstruktur sie brauchen.

3. **Personalkapazitäten** – eine langfristig funktionierende Kümmererfunktion: Langfristige Bürgerbeteiligung braucht einen ausdauernden Kümmerer. Aufgaben sind z.B. Organisation von Räumen und Einladungen, Verteilerpflege, Ergebniskommunikation an Entscheiderinnen und Entscheider sowie Öffentlichkeit und anderes mehr. Viele Beteiligungsmodelle aus der Lokalen Agenda 21 sind verschwunden, sobald niemand mehr die Kümmerer-Aufgaben wahrgenommen hat. Mittlerweile ersetzen aber Social-Media-Nutzungen viel organisatorische Arbeit „auf Papier“, so dass die Vernetzung von engagierten Menschen weniger aufwändig gestaltet sein kann.

4. Ein stimmiges Verfahrensdesign: Erfahrene Moderatorinnen und Moderatoren sind in der Lage, optimal angepasste Partizipationsmethoden für die Rahmenbedingungen und Ziele auszuwählen oder zu entwickeln und effektiv vorzubereiten. Zum Vorteil für den Runden Tisch in Stormarn war die Klimaschutzbeauftragte gleichzeitig erfahrene Moderatorin. Für heutige Klimaschutzmanager gibt es entsprechende Fördermöglichkeiten für Moderationsleistungen. Eine neutrale Moderation ist das wichtigste Erfolgskriterium für Bürgerbeteiligung. Selbst wenn alle anderen Faktoren optimal sind, kann eine nicht neutrale Moderation die Vertrauensbasis zerstören. Im Jahr 2013 eröffnete das Bundesumweltministerium mit der „Kommunalrichtlinie“ im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative die Möglichkeit, eine professionelle Moderation für Beteiligungsprozesse fördern zu lassen. Das sollte unbedingt genutzt und schon bei der Antragstellung für die ebenfalls über die „Kommunalrichtlinie“ geförderten Klimaschutzmanagerinnen und -manager berücksichtigt werden. Zu Beginn des Stormarner Bürgerforums gab es so etwas nicht, so dass diese Rolle von der Klimaschutzmanagerin des Kreises übernommen wurde. Die Moderation wurde dabei als neutral garantiert, ein „Rollenwechsel“ immer transparent gemacht und die Wirksamkeit und Vertrauensbasis überprüft bzw. alternative Modelle angeboten.

Die Erfolgsfaktoren für eine langjährige Bürgerbeteiligung sind also kurz zusammengefasst:

- eine langfristige Vorbereitung mit guter Terminwahl und Mobilisierung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen;
- ein Beteiligungsstart, der geeignet ist,
 - den Anliegen der Beteiligten Raum zu geben,
 - eine begeisternde Aufbruchsstimmung zu erzeugen,
 - Verabredungen für die Zukunft verbindlich zu vereinbaren und allen bekannt zu machen;
- ein langfristiger Ansprechpartner, der sich um den organisatorischen Rahmen kümmert, z.B. Folgetreffen, Kommunikation im Netzwerk, Verbindung zu Verwaltung und Politik, etc.

Welche Moderationsverfahren taugen besonders gut für eine selbstbestimmte Bürgerbeteiligung?

Um Menschen zu bewegen und einen Wandel auf breiter Front anzustoßen, sind viele unterschiedliche methodische Ansätze möglich. Eine Variante ist es, einen festen Weg über gemeinsame Stationen hin zu gemeinsamen Interessen und Projekten zu wählen, wie z.B. bei mehrtägigen Zukunftskonferenzen mit vorgegebener Zahl von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren oder z.B. bei Zukunftswerkstätten. Beide erweitern über das Element der Vision bzw. Phantasie die Vorstellungskraft über den Alltag hinaus.

Die Zukunftskonferenz eignet sich mit dem strengen Fokus auf Konsens und die Schaffung einer gemeinsamen Basis besonders für konfliktbeladene Situationen. Damit wirken sich eingeschliffene Vor-

Zukunftskonferenz Wohnen Nordfriesland 2020 [6]



urteile und gegensätzliche Ansichten nicht so stark aus, und es wird ein Kern von gemeinsamen Zielen erreicht, eine Grundlage für eine gemeinsame Weiterarbeit. Lohn der langen Vorbereitungs- und mehr-tägigen Konferenzzeit ist ein starkes „Wir-Gefühl“, das unterschiedlichste Akteure zusammenbringt, für die eigenen Projektvorhaben begeistert und motiviert, weitere Menschen zum Mitmachen zu finden [6].

Eine sehr bemerkenswerte Langfristwirkung hatte z. B. die Zukunftskonferenz in Bad Oldesloe, die zweieinhalb Tage lang mit 64 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus allen Gesellschaftsteilen stattfand. Hier war die Zukunftskonferenz der erste Schritt in einem mehrstufigen Verfahren und brachte Menschen ganz unterschiedlicher Ansichten für die Zukunftsentwicklung der Stadt zusammen. Viele Einzelprojekte wirken zum Teil bis heute. Auch hier war im zweiten Schritt entscheidend, dass eine Ansprechpartnerin für die weitere Koordination der Arbeitsgruppen und Projekte bereitstand und die 64 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren weitere Menschen aus der Stadt begeistert und eingebunden haben.

Das Prinzip des „offenen Raums“

Einen offenen Raum für die Teilnehmenden bieten insbesondere Open-Space-Konferenzen und die mittlerweile auch verbreiteten Barcamps. Mit der Open-Space-Methode nach Harrison Owen kann man zu einem übergeordneten Thema eine sehr hohe Effizienz und Innovationskraft erlebbar machen – wie

in den kurzen Zeitfenstern der Pausen großer Konferenzen. Die Open-Space-Methode entwickelte Harrison Owen nach seinen Erzählungen auf Basis der Erkenntnis, dass wesentliche Verabredungen und innovative Vorhaben ganz besonders in diesen kurzen Zeitfenstern gelingen. Die Open-Space-Technik will diesen hoch innovativen offenen Raum als Konferenzmethode bieten. Sie liefert einen optimalen Rahmen u. a. mit einem „Marktplatz“ und Gruppenräumen in mehreren Zeitfenstern, wo viele Menschen selbstorganisiert und selbstverantwortlich ihre Anliegen gemeinschaftlich bearbeiten können. Hier geht es unter einem Einladungsthema nur um die Ideen aus dem Teilnehmerkreis, der variieren kann von 30 bis zu mehreren hundert Menschen. Initiatoren von Projekten, die „Einberufer“, finden Räume und Zeitfenster auf dem Marktplatz, wo sie ihre Ideen vorstellen. Wie viele Themen parallel bearbeitet werden, richtet sich neben der Raumkapazität nur nach den Teilnehmenden und ihren Vorschlägen. Dabei gilt das „Gesetz der zwei Füße“: Wer nichts mehr beizutragen hat, sieht sich woanders um. Über einen Austausch der Ergebnisse am Ende erreicht man, dass alle etwas über die parallelen Projekte erfahren. Ein organisatorisches Highlight ist die Dokumentation der Ergebnisse, die alle am Ende in Papierform mitnehmen können.

In den meisten Fällen kam in Stormarn eine mehrtägige Bürgerbeteiligung nicht in Betracht. Deshalb wurde eine Kurzversion nach dem Prinzip der Open-Space-Technik entwickelt, die auch

„Marktplatz“ einer kleinen Open-Space-Einheit im Bürgerforum

	AG 1	AG 2	AG 3	AG 4	AG 5
Thema					
Zeit	17 ⁰⁰ -18 ⁰⁰	17 ⁰⁰ -18 ⁰⁰	17 ⁰⁰ -18 ⁰⁰	18 ⁰⁰	17 ⁰⁰ -18 ⁰⁰
Raum	F22 (her)	F23 (her)	F213	F6	F108
Einberufer					
Termin		12.03.02		9.1.02	

Thementisch im World Café





Oben: Wasser und Energie wie im Mittelalter – Kinder in „Stormini“;
rechts: Klimaschutzvorhaben aus „Stormini“



schon die nächsten Termine für die Weiterarbeit berücksichtigen konnte – eine kleine Anpassung mit großer Wirkung.

Mit diesem angepassten Moderationsverfahren gibt es sowohl für große, landesweite Konferenzen gute Ergebnisse als auch für die relativ kleinen Bürgerbeteiligungen in kleinen Gemeinden. Die Erfahrungen in Stormarn zeigen: Dieses Verfahren ist

- ein optimales Instrument für den inhaltlichen Freiraum und größtmögliche Selbststeuerung,
- ein sehr gutes Vernetzungsinstrument, das Informationen und Struktur sofort mitliefert und
- über die Betonung der Eigenverantwortung ein Motor für eine weit tragende Aufbruchsstimmung.

Barcamps bieten den gleichen offenen Raum für die Themen der Teilnehmenden, sind aber lockerer organisiert, als Open-Space-Tagungen und sprechen schon mit der Namensgebung meist jüngere Menschen an. Ein Barcamp besteht aus Sessions, die durch die Teilnehmenden selbst über Stundenpläne (Grids) koordiniert werden.

Kurze Beteiligungsverfahren mit vorgegebenen Fragen

World Café und SWOT-Verfahren sind wesentlich kürzere Beteiligungsverfahren. Sie bieten weniger Raum für selbstbestimmtes Arbeiten und haben erfahrungsgemäß eher weniger Langfristwirkung. Beide arbeiten mit wechselnden Gruppen an festen Stationen bzw. Tischen. Die SWOT-Analyse (Strength – Weakness – Opportunities – Threats) arbeitet mit einer Vierfelder-Matrix mit Stärken, Schwächen, Chancen, Risiken. Sie wird zur partizipativen Strategieentwicklung verwendet. Das World Café dauert etwa ein bis drei Stunden. An Tischen mit vier bis acht Personen

soll die entspannte, lockere Café-Atmosphäre wirken. Zwei oder drei unterschiedliche Fragen werden an allen Tischen in den Gesprächsrunden bearbeitet, jeweils ca. 15 bis 30 Minuten. Zwischen den Gesprächsrunden mischen sich die Gruppen neu.

Bei beiden Verfahren werden Einzelthemen oder Fragen für die Stationen oder Tische vorgegeben. Mit diesen Verfahren kann man in sehr kurzer Zeit alle Teilnehmenden an allen Themen beteiligen. Sie werden eingesetzt bei heterogenen Teilnehmergruppen, um unterschiedliche Sichtweisen zu einem Thema zusammenzuführen. Wichtig wären für eine weitergehende Wirkung neben einer guten Aufbruchsstimmung verbindliche Vereinbarungen für die Zeit danach.

Gute Beispiele

Die Bürgerbeteiligungen im Kreis Stormarn haben mit viel ehrenamtlichem Engagement erfolgreiche Projekte auf den Weg gebracht, z.B. Biotop mit Schülerbeteiligung, Klimaschutz in Kitas, Kunst im Kurpark, interkulturelle Gärten und Haus der Begegnungen, Handwerk in die Schulen, Car-Sharing und verbesserte Park&Ride-Versorgung, erste Energiegenossenschaften.

Die „Kinderstadt Stormini“ ist ein ganz besonderes Beteiligungsmodell für Kinder von neun bis 13 Jahren an wechselnden Orten im Kreis. Darin erleben 220 Kinder ein Demokratiespiel mit einer Simulation des Kreislaufs von Arbeit, Geldverkehr und Konsum im Freizeitbereich. Mit dem Themenschwerpunkt Klimaschutz kam die Zukunftswerkstatt „Zukunftsforscher“ dazu, erneuerbare Energien mit Wind- und Solarenergie, Solarkocher, der ökologischen Fußabdruck und Arbeit für Energie und Wasser im Klimaschutzprojekt des Kreises „Natürliche Lebensgrundlagen – gestern, heute und morgen“.

Die Resonanz: Begeisterung für Solarenergie und Wasser schleppen, oft Erschrecken bei den Er-

gebnissen des ökologischen Fußabdrucks und viel Energie für Verbesserungen im Alltag. Die Stormini-Kinder sind gute Multiplikatoren für eine nachhaltige Lebensweise und Beteiligungsnachwuchs für Schule und Jugendparlamente.

Ausblick – die Rolle von Online-Beteiligung

Durch technischen Fortschritt und Neue Medien eröffnen sich neue Wege der Beteiligung, die mehr und mehr in den Fokus rücken. Schon jetzt funktionieren Vernetzung und Mobilisierung im Privatbereich wesentlich effizienter und schneller über Social Media, soziale Netzwerke. Die meisten Kommunen nutzen das noch nicht. Man mag über Vor- und Nachteile von sozialen Netzwerken geteilter Meinung sein, sie sind aber aus dem täglichen Informationsfluss vieler Menschen nicht mehr wegzudenken, insbesondere bei den jüngeren, den „Digital Natives“.

Was bedeutet das für die Planung von Bürgerbeteiligung? Vorteile ergeben sich durch die gute Vernetzung und schnelle Kommunikation von engagierten Menschen. Es wird möglich, neue Zielgruppen zu erreichen. Selbstbestimmte Prozesse werden in Zukunft dynamischer und schneller ablaufen können. Aber auch die Bürgerbeteiligung der Zukunft sollte vor Ort „besuchbar“ sein. Nach meiner Einschätzung werden reale Treffen mit der selbst geschaffenen Aufbruchsstimmung unverzichtbares Element bleiben.

Die Klimaschutzinitiative Sachsenwald nutzt in einem Gemeinschaftsprojekt mit dem Klimaschutzmanagement des Kreises Stormarn aktuell eine Kommunikationsplattform, die im Rahmen des Förderprojekts Energiebürger SH in Schleswig-Holstein aufgebaut wird – die „lernende region“. Welche internetbasierten Plattformen für Bürgerbeteiligung aber Langfristwirkung zeigen werden, wird sich erst herausstellen.

Fazit: Wie bisher gilt, dass Partizipation zielgruppengerecht gestaltet werden sollte, mit den Kommunikationswegen, die die Zielgruppen nutzen. Das Entscheidende ist, dass Teilhabe für alle sichergestellt wird und letztendlich alle Zugang zu relevanten Informationen bekommen können. ■

Quellenangaben

[1] Prognos AG/Velagsgruppe Handelsblatt, *Prognos Zukunftsatlas 2013*, Berlin 2014.

[2] Isa Reher/Kreis Stormarn, *Klimaschutz-Programm Stormarn 1996 – Zielvorgaben, Bestandanalyse und erste Maßnahmen*, Bad Oldesloe 1996.

[3] Isa Reher/Kreis Stormarn, *Runder Tisch Klimaschutz – Zukunftsfähiges Stormarn*, Bad Oldesloe 1997.

[4] Nanz, Patrizia, und Miriam Fritsche, *Handbuch Bürgerbeteiligung*, Bonn 2012 (Bundeszentrale für politische Bildung); Ley, Astrid, und Ludwig Weitz (Hrsg.), *Praxis Bürgerbeteiligung*, Bonn 2003 (Stiftung Mitarbeit).

[5] Isa Reher/Kreis Stormarn, *Runder Tisch Klimaschutz – Zukunftsfähiges Stormarn*, Bad Oldesloe 1999.

[6] Isa Reher/Kreis Nordfriesland, *Wohnen Nordfriesland 2020 – generationengerecht und energieeffizient*, Husum 2014.



ISA REHER

Klimaschutzmanagerin
Kreis Stormarn

Studium des Wirtschaftsingenieurwesens sowie der Energie- und Verfahrenstechnik an der TU Berlin, Dipl.-Ing., Lehrtätigkeit an der TU Berlin. Consultant und Projektleiterin bei einer Berliner Consultingfirma, dann Geschäftsführung eines Ingenieurbüros für integrierten Umweltschutz, Berlin/Lübeck. Als Mutter zweier Kinder seit 1995 beim Kreis Stormarn tätig, seit 1996 für Klimaschutz zuständig. Freie Moderatorin, Ausbilderin für Klimaschutzmanagerinnen und -manager in dem bundesweiten Fortbildungsprogramm „Change Agents“ (Nationale Klimaschutzinitiative – Klimaschutzdialog – BMUB), ehrenamtliche Tätigkeit in der Kinder- und Jugendarbeit.

CHRISTINE FIEDLER

Akteursbeteiligung im Zuge der Entwicklung des Heidelberger „Masterplans 100 % Klimaschutz“

Die rund 141.000 Einwohner zählende Stadt Heidelberg ist durch ihre Schlossruine weltweit der Innbegriff der Romantik. 3,5 Millionen Touristinnen und Touristen besuchen jährlich die Stadt am Ausgang des Neckartales. Die meisten von ihnen richten ihren Blick auf die Altstadt mit dem einzigartigen Ensemble aus Schloss, Alter Brücke und dem Neckar zwischen den Odenwaldhängen. Den wenigsten jedoch ist bewusst, dass sie sich in einer ökologisch und wirtschaftlich zukunftsfähigen Stadt befinden. Innovative wissenschaftliche Institute im Umfeld der ältesten Universität Deutschlands, prosperierende Wirtschaft und steigende Bevölkerungszahlen sichern Heidelberg seinen weltweiten Ruf als Bildungs- und Forschungsstandort.

Heidelberg kann zahlreiche Erfolge im Klimaschutz und beim Engagement für Nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik vorweisen. Dies gilt insbesondere für den Umbau der Stadtverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb, der die Nähe zu den Bür-

gerinnen und Bürgern sucht. Beide Prozesse – die Verfolgung einer lokal umsetzbaren Nachhaltigkeitspolitik und der Umbau zur Bürgerkommune – führten in Heidelberg bereits in den 90er-Jahren zu innovativen Ansätzen in der Kommunalpolitik. Die Präambel des 1997 verabschiedeten und mit der Bürgerschaft entwickelten Stadtentwicklungsplans lautet: „Heidelberg strebt eine Entwicklung an, die auch in Zukunft unter Bewahrung seiner unverwechselbaren Eigenart gleichermaßen sozial verantwortlich, umweltverträglich und wirtschaftlich erfolgreich ist. Es orientiert sich dabei am Ziel der regionalen und globalen Verantwortung im Sinne der Charta von Aalborg.“ [1]

Diese Zielsetzung hatte auf kommunaler Ebene damals Vorbildcharakter. Seither wurde die Verwaltung sukzessive bei der konkreten Ausgestaltung der Aufgabenwahrnehmung sowie in ihrer Organisation umgestellt. Viele freiwillige Aufgaben wurden übernommen, um das Ziel der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene im Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu verankern.

Heidelberg – Klimaschutz im Fokus der Stadt



Die Bürgerinnen und Bürger im Blick – Heidelberg auf dem Weg zur Bürgerkommune

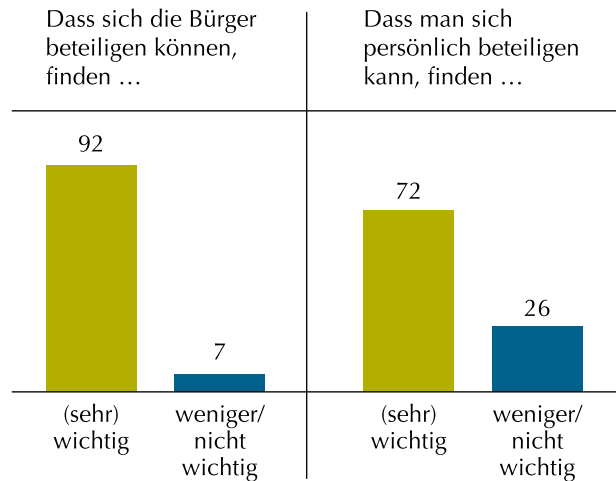
Der Ursprung der politischen Vision einer „Bürgergesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ liegt im aristotelischen Gedankengut. Sie gelangte über Alexis von Tocqueville im 19. Jahrhundert zu ihrem heutigen Verständnis. In den vergangenen Jahren rückte die Vorstellung einer gesellschaftlich engagierten Bürgerschaft verstärkt in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussionen. In vielen Städten und Gemeinden – und zwischenzeitlich auch auf Landesebene – wurden neue Formen der direkten Demokratie erprobt. Heidelberg zählte mit dem

*Beurteilung der
Bürgerbeteiligung in
Heidelberg [3]*

Verkehrsforum zu Beginn der 90er-Jahre (Erarbeitung eines Verkehrsentwicklungsplans), mit den Zukunftswerkstätten für Frauen (Erstellung von Stadtteilrahmenplänen) und Runden Tischen (z.B. zur Straßenbahnerschließung oder zum Energiesparen) zu den Pionieren der Bürgerkommunen.

Die Stadt hat durch die Erfahrungen bei diesen Formen der Partizipation in den vergangenen 20 Jahren eine neue Rollenverteilung zwischen Staat, Politik und Bürgerschaft etabliert. Es hat sich gezeigt, dass Bürgerbeteiligung auch in einer repräsentativen Demokratie möglich und sinnvoll ist. Der Staat kann Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse einbinden, indem Meinungsbilder frühzeitig abgefragt werden, um so eine Politik nah am Wähler zu praktizieren. Darüber hinaus verfolgt Heidelberg mit der neuen Beteiligungskultur auch das Ziel der Aktivierung politisch Interessierter. Mit dieser offenen Grundhaltung gegenüber dem Mitwirkungswillen der Bürgerschaft ist es gelungen, Bürgerbeteiligung als Querschnittsaufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern. Die Bürgerinnen und Bürger werden in vielen Bereichen frühzeitig in die kommunalen Planungen mit einbezogen und in ihrer Rolle als Ideengeber auch vom Gemeinderat geschätzt.

Basierend auf den frühen Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung und dieser Grundeinstellung wurden im Jahr 2012 gemeinsam mit den Heidelbergerinnen und Heidelbergern die Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung entwickelt und vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. Damit wird die Beteiligung der Bürgerschaft verbindlich geregelt und ausdrücklich auch von den gewählten politischen Vertreterinnen und Vertretern begrüßt. In der Verwaltung wurde eigens eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung eingerichtet, die den Fachämtern, der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern in Mitwirkungsfragen zur Verfügung steht. Die aktuelle Heidelberg-Studie „Leben, Mobilität und Bürgerbeteiligung“ [3] bestätigt das große Interesse der Bevölkerung an der Mitgestaltung des Gemeinwesens. So finden es beispielsweise 72 Prozent der Heidelberger (sehr) wichtig, sich persönlich an Vorhaben und Projekten der Stadt beteiligen zu können.



n = 1.057

Klimaschutz in Heidelberg – lokal handeln, global denken

Mit dem Brundtland-Bericht aus dem Jahr 1987 gelangte der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung weltweit auf die politische Agenda. Seiner Veröffentlichung folgten die Rio-Konferenzen und 1992 die Verabschiedung des Aktionsprogramms „Agenda 21“ durch die internationale Staatengemeinschaft.

In Heidelberg wurden in direkter Folge seit Beginn der 90er-Jahre nach dem Motto „Lokal handeln, global denken“ Wege gesucht, das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene umzusetzen. Bereits 1990 wurden das Amt für Umweltschutz gegründet und dort schrittweise freiwillige Aufgaben eines proaktiv gestaltenden Umwelt- und Klimaschutzes etabliert. 1999 wurde das Agenda-Büro als Koordinierungsstelle der Lokale-Agenda-Prozesse eingerichtet. Wesentlicher Baustein der Heidelberger Nachhaltigkeitspolitik war und ist der 1997 verabschiedete Stadtentwicklungsplan (STEP). Er enthält Leitlinien und Ziele für alle Bereiche des kommunalpolitischen Lebens, wurde seitdem fortgeschrieben und insbesondere um das Kapitel „Demographischer Wandel“ ergänzt. Im Zielbereich Umwelt des STEP wird ausdrücklich festgelegt, die CO₂-Emissionen um 20 Prozent bis zum Jahr 2015 zu senken. Der Klima- und Immissionsschutz soll vorangetrieben werden.

Mit dem Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 1992 war Heidelberg Vorreiterin in Sachen kommunale Klimaschutzstrategien. Hier wurden erstmals zielgruppenspezifische Maßnahmenkataloge entwickelt. Der Klimaschutz wurde als verwal-

tungsübergreifende Querschnittsaufgabe dem Amt für Umweltschutz zugeordnet. In den Jahren 2004 und 2008 hat die Stadt das Klimaschutzkonzept fortgeschrieben. Dessen konsequente Umsetzung wurde durch die städtische Energiemanagement-Abteilung im Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie begleitet.

Zur gleichen Zeit wurde die Energiekonzeption für die städtischen Liegenschaften verabschiedet (Fortschreibungen 2004 und 2010). Darin wurden u.a. bauliche und technische Energiestandards für Neubau, Sanierung und Betrieb städtischer Gebäude festgelegt. Auf der Grundlage dieser Konzeption konnte seither der Energieverbrauch in städtischen Liegenschaften um 50 Prozent gesenkt werden. Klimaschutz in Verbindung mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung konnte in Heidelberg als fester Bestandteil des Verwaltungshandelns etabliert werden. Die Kommune übernimmt hier Vorbildfunktion für die Industrie und private Haushalte.

Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe – Heidelberger Stadtgesellschaft beteiligen

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang war die stete Beteiligung von externen Fachleuten bzw. Bürgerinnen und Bürgern. Am Energietisch Heidelberg wurden bereits 1994 Konzepte für die

Förderung von energieeffizientem Bauen und Sanieren entwickelt. Beim Runden Tisch Solar stand der Ausbau regenerativer Energieerzeugung im Mittelpunkt. Im Energieberaternetzwerk treffen sich bis heute Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Handwerkerinnen und Handwerker zum fachlichen Austausch. Nachhaltigkeit und Klimaschutz wurden durch diesen breit aufgestellten Partizipationsprozess zu einem Thema der gesamten Stadtgesellschaft und nicht nur der Politik oder der Verwaltung. Viele Initiativen in Heidelberg finden daher in der Verwaltung einen starken Partner, der sich für ihre Belange einsetzt und so zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplanes beiträgt.

„Masterplan 100 % Klimaschutz“ in Heidelberg – die Energiewende ganzheitlich angehen

Im Zuge der Diskussion um die Energiewende wurde in Deutschland die Debatte über Klimaschutz in den letzten Jahren erneut entfacht und auf allen Ebenen politischen Handelns nach Umsetzungsstrategien gesucht. Klar war, dass nicht nur technische Neuerungen bei der Energieerzeugung oder der Energieeffizienz die erforderlichen Einsparungen des Energieverbrauchs oder der Treibhausgasemissionen

EXKURS > Bahnstadt

Heidelbergs Aktivitäten im Klimaschutz und bei der nachhaltigen Entwicklung erhielten mit der Konversionsfläche auf dem ehemaligen Güterbahnhofsgelände eine einmalige Chance, einen ganz neuen Stadtteil nachhaltig zu entwickeln. Insbesondere die Energiekonzeption wurde in einem Kreis von Fachleuten diskutiert, entwickelt und umgesetzt. Die Bahnstadt ist mittlerweile der weltweit größte Passivhausstadtteil mit künftig 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und 7.000 Arbeitsplätzen. Die Fläche entspricht der Größe der Heidelberger Altstadt. 2014 wurde die Bahnstadt als „Passivhaus-Region des Jahres“ ausgezeichnet. Das Image des nachhaltigen Stadtteils hat viele Klimaschutz-Pioniere angezogen und trägt nun dazu bei, dass sich ein lebendiges Quartiersleben entwickelt und sich viele Bewohnerinnen und Bewohner aktiv für den Stadtteil engagieren.

Passivhaus-Stadtteil Bahnstadt Heidelberg in der Entstehung



bringen werden, sondern dass ein breit angelegter gesellschaftlicher Wandel erforderlich sein wird. Das Bundesumweltministerium rief daher 2011 im Rahmen seiner Nationalen Klimaschutzinitiative Kommunen dazu auf, sich für das Projekt „Masterplan 100 % Klimaschutz“ zu bewerben. Gesucht wurden Kommunen, die bereit waren, Maßnahmenpakete zu schnüren, die eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 95 Prozent und des Endenergiebedarfs um 50 Prozent bis zum Jahr 2050 ermöglichen. Wichtig bei der Entwicklung und der Umsetzung des Masterplans sollte sein, dass möglichst viele lokale Akteure beteiligt werden.

Vor dem Hintergrund der Heidelberger Erfahrungen mit Nachhaltiger Entwicklung, Klimaschutz und Bürgerbeteiligung beschloss der Gemeinderat im November 2011, sich für dieses Bundesprojekt zu bewerben. Mit 20 Jahren Erfahrung im Klimaschutz und der Bürgerpartizipation war Heidelberg dafür hervorragend aufgestellt. Im Mai 2012 erfolgte der Zuschlag für das Projekt. 19 Modellkommunen und -kreise wurden ausgewählt, das ambitionierte Ziel des „Masterplans 100 % Klimaschutz“ zu verfolgen. Im Heidelberger Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie steht ein Team aus Ingenieurinnen und Ingenieuren, Naturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie Betriebswirtinnen und Betriebswirten zur Verfügung, um das Projekt mit Leben zu füllen.

Expertenbeteiligung im Masterplan

Bereits im Juli 2012 erklärte sich der aus dem früheren Runden Tisch Solar entstandene „Heidelberg-Kreis Klimaschutz & Energie“ dazu bereit, gemeinsam mit der Verwaltung sowie mit Bürgerinnen und Bürgern die Entwicklung und Umsetzung des Masterplans in die Hand zu nehmen. Dieses Expertengremium unterstützt die Verwaltung bereits seit Jahren bei der erfolgreichen Umsetzung der Klimaschutzkonzepte und setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaftsunternehmen und -verbänden, der Universität, von NGOs, der Sparkasse und der Stadtwerke sowie aus den Bereichen Architektur, Ingenieurwesen und Handwerk zusammen.

Bei der Mitgestaltung des Masterplans orientierte sich der „Heidelberg-Kreis“ an den im Masterplan vorgegebenen Handlungsfeldern und bildete folgende Arbeitsgruppen:



Zusammensetzung „Heidelberg-Kreis Klimaschutz & Energie“

- Energieeffizientes Bauen und Sanieren
- Klimaneutrale Mobilität
- Bildung
- Energieversorgung, Energieinfrastruktur und Erneuerbare Energien
- Energieeffizienz durch Produkte und Dienstleistungen
- Klimaneutrale Universität

Die Arbeitsgruppen trafen sich in den nachfolgenden Monaten mehrfach, um fachspezifische Maßnahmenpakete zu entwickeln. Der gesamte Prozess wurde begleitet durch das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (IFEU). Außerdem wurden alle Sitzungen professionell moderiert und ausgewertet, sodass die Ergebnisse direkt für den Masterplan ausgewertet werden konnten. Den Arbeitsgruppen entsprechend gliedert sich die Endfassung des Masterplans in die in der Grafik dargestellten kommunalpolitischen Handlungsfelder, für die jeweils vom Gutachter Strategien formuliert wurden. Das Handlungsfeld „Konsum und Ernährung“ wurde im Verlauf des breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozesses in den Masterplan aufgenommen.



Handlungsfelder und Strategiesäulen im „Masterplan 100 % Klimaschutz“ [4]

Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe

Neben der externen Beteiligung am Masterplan wurde auch verwaltungsintern eine Projektgruppe eingerichtet, die sich mit Maßnahmen für den Klimaschutz durch die Verwaltung beschäftigt. Vertreterinnen und Vertreter aus rund 20 Fachämtern treffen sich regelmäßig, um Klimaschutzmöglichkeiten am Arbeitsplatz, also bezüglich der Emissionen der Verwaltung, zu entwickeln, beispielsweise die vermehrte Nutzung von Dienstfahrrädern bei Außenterminen. In der zweiten Phase wird sich die Projektgruppe mit nach außen gerichteten Maßnahmen befassen: Wie können die verschiedenen Aufgaben und Kompetenzen der Verwaltung für CO₂-Minderungen bei Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen genutzt werden?

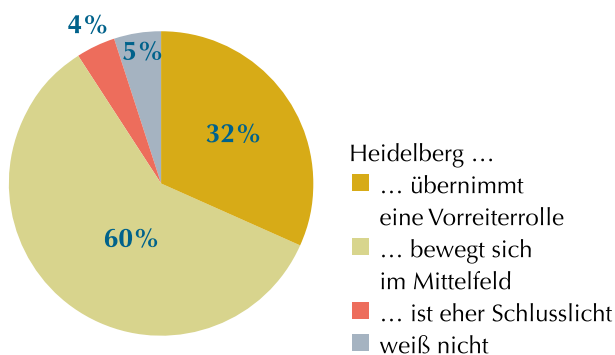
Bürgerbeteiligung im Masterplan – Voraussetzungen und Grundlagen

Ein auch vom Bundesumweltministerium vorgegebener Schwerpunkt im Masterplan ist die Motivation breiter Bevölkerungsgruppen für ein klimaneutrales Leben. In Heidelberg stammen beispielsweise rund 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes aus privaten Haushalten, durch Strom, Wärme, Mobilität und Konsum verursacht. Es lag daher nahe, bei der Entwicklung eines neuen Klimaschutzkonzeptes die Bürgerschaft verstärkt einzubinden. Dass dies gelingen kann, bestätigt die Heidelberg-Studie „Klimaschutz in Heidelberg“ von 2012. Mit dem Schwerpunkt Klimaschutz diente die Befragung u. a. der kritischen Analyse der bisherigen Heidelberger Klimaschutzpolitik. Die Studie belegt, dass 85 Prozent der Befragten ein ambitioniertes Engagement der Stadt für den Klimaschutz sehr stark befürworten und eine Vorreiterrolle erwarten.

Bei der Frage nach dem persönlichen Engagement für den Klimaschutz stimmten 62 Prozent der Aussage zu, „Die Bürgerinnen und Bürger können durch ein umweltbewusstes Alltagsverhalten wesentlich zum Klimaschutz beitragen.“ Kennzeichnend für diese Heidelberg-Studie zum Klimaschutz ist, dass sie

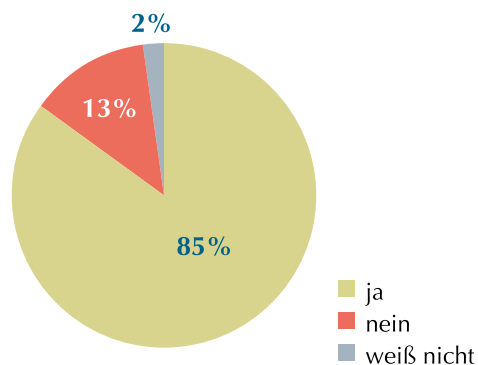
Frage 1: Wie schätzen Sie die Rolle von Heidelberg in Sachen Klimaschutz verglichen mit anderen Städten in Deutschland ein?

Beurteilung der Rolle Heidelbergs beim Klimaschutz



Frage 2: Befürworten Sie, dass Heidelberg eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz übernimmt?

Befürwortung, dass Heidelberg eine Vorreiterrolle übernimmt



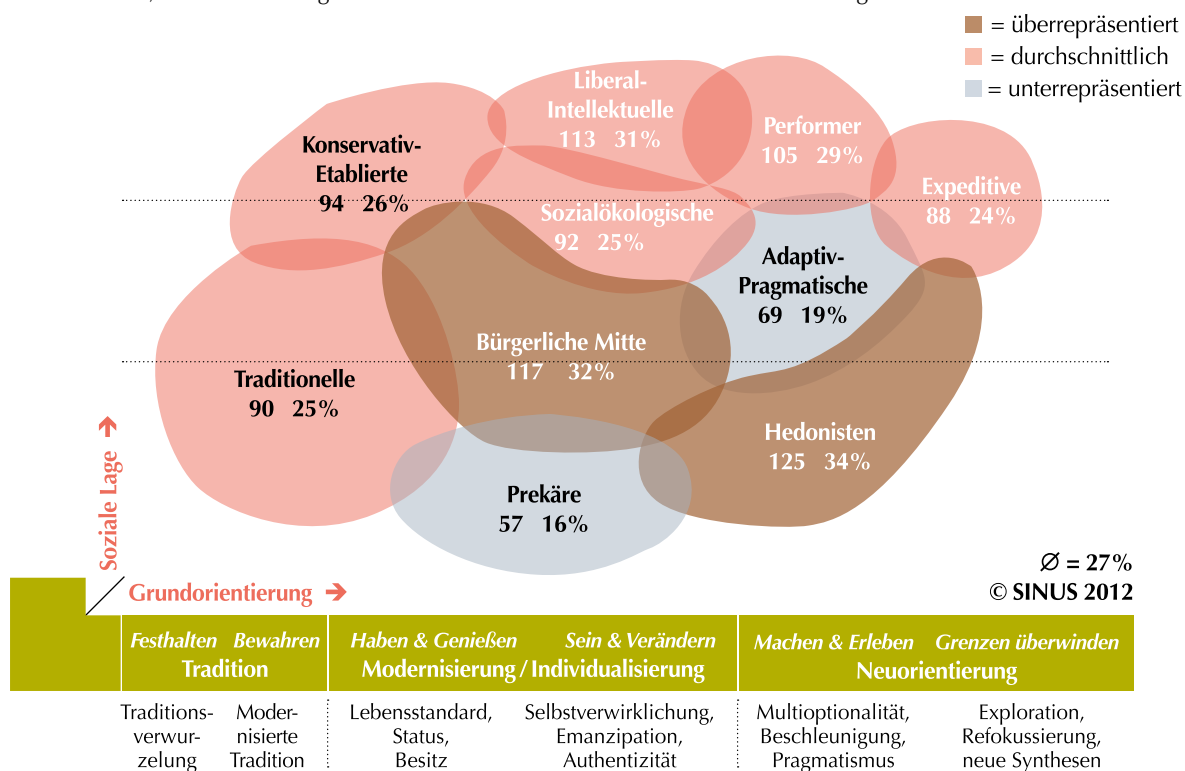
Die Rolle Heidelbergs beim Klimaschutz [2]

die Ergebnisse mit sozialen SINUS-Milieus® verknüpft. Diese Zielgruppen-Typologie basiert auf einem Gesellschaftsmodell mit aktuell zehn verschiedenen Lebenswelten-Milieus. In der Grafik ist deren Antwortverhalten für eine der Fragen beispielhaft dargestellt.

Diese ausdifferenzierte Erhebung wird im Rahmen des Masterplans als Grundlage für ein breit angelegtes Klimaschutz-Kommunikationskonzept genutzt, dessen Erstellung und Umsetzung sich an die Verabschiedung des Masterplans durch den Gemeinderat anschließen wird.

Informationsbedarf – wie man im Alltag das Klima schützen kann [2]

Frage: Wie sehr stimmen Sie diesen Aussagen zum Alltagshandeln zu? Ich hätte gerne mehr Informationen, wie ich im Alltag das Klima schützen kann. **Antwort:** stimme voll und ganz zu



Der Beteiligungsprozess

Gemeinsam mit einem Moderationsbüro wurden aus verschiedenen Beteiligungsmodellen das der Bürgerkonferenz und einer Bürgerwerkstatt ausgewählt. Ziel war die breite Ansprache der Bevölkerung, um so möglichst viele gesellschaftliche Gruppen jeden Alters zum Mitmachen zu motivieren. Die Werbung für die Veranstaltungen erfolgte deshalb flächendeckend in allen Heidelberger Haushalten über das Heidelberger Stadtblatt, das wöchentlich erscheinende Amtsblatt der Stadt Heidelberg. In einer dicht getakteten Veranstaltungsreihe im vierwöchigen Abstand wurden mit insgesamt rund 120 Bürgerinnen und Bürgern in Arbeitsgruppen mit ähnlichen Schwerpunkten wie die des Heidelberg-Kreises Maßnahmen für den Klimaschutz in Heidelberg entwickelt. Alle drei Module (siehe Grafik) dauerten einen Nachmittag (Freitag). Es wurde bewusst keine Ganztagsveranstaltung gewählt, um so mehr Teilnehmende zu gewinnen. Die dreigliedrige Struktur sollte dazu dienen, den Akteuren zwischen den Terminen Zeit zu geben, sich in ihren jeweiligen Gruppierungen oder im privaten Umfeld hinsichtlich der Inhalte rückzukoppeln. Nach der thematischen Einführung beim ersten Treffen wurde sofort in den Themengruppen gearbeitet, dort wurden rund 150 stichwortartige Maßnahmenvorschläge erarbeitet. Beim zweiten Treffen arbeiteten die Gruppen ohne Moderator selbstständig ihre Ideen zu Projekten aus. Beim letz-

ten Treffen wurden die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen im Plenum präsentiert und in 13 ausgearbeiteten Mitmachprojekten konzentriert (z. B. Heidelberger Veggie-Day, Heidelberg ohne Plastik, Anlaufstelle Schaufenster Masterplan).

Der Prozess kam zu diesem Zeitpunkt an eine kritische Stelle. Viele der Teilnehmenden hätten sich gerne sofort an die Umsetzung ihrer Projektideen gemacht. Die Stadtverwaltung konnte jedoch eine aktive Realisierung im Rahmen des Masterplans in eigener Verantwortung erst beginnen, nachdem die politischen Gremien und letztlich der Gemeinderat das Gesamtkonzept beschlossen haben.

Zahlreiche der hoch motivierten Bürgerinnen und Bürger, die sich in den Masterplan eingebracht hatten, konnten sich somit nicht direkt im Anschluss an das Beteiligungsverfahren an der durch die Stadtverwaltung begleiteten Umsetzung möglicher Maßnahmen beteiligen. Hier konnte der Beteiligungsprozess nicht mit den Abläufen der kommunalen Entscheidungsprozesse synchronisiert werden. Nach dem Beschluss im Gemeinderat bedarf es nun großer Anstrengungen, die bereits im Vorfeld beteiligten Interessierten wieder zu aktivieren und auch neue „Heidelberger Klimaschützer“ zu gewinnen. In einem ersten Ansatz werden die im Heidelberg-Kreis zwischenzeitlich an der Umsetzung arbeitenden Arbeitsgruppen für engagierte Bürgerinnen und Bürger geöffnet. Hier können sie gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus dem Energiebereich die Umsetzung der Masterplan-Maßnahmen in Angriff nehmen.

Übersicht über Bürgerbeteiligung im Rahmen des Masterplans





Aktive Klimaschützer – Heidelberger Stadtgesellschaft engagiert sich

Erfreulicherweise zeigte sich jedoch auch in der Zeit bis zur Entscheidung im Gemeinderat, dass einige Ideen in Eigeninitiative von den Teilnehmenden der Bürgerkonferenzen umgesetzt wurden. Die Aktivierung durch die Stadt hat hier also ganz neue Impulse ausgelöst.

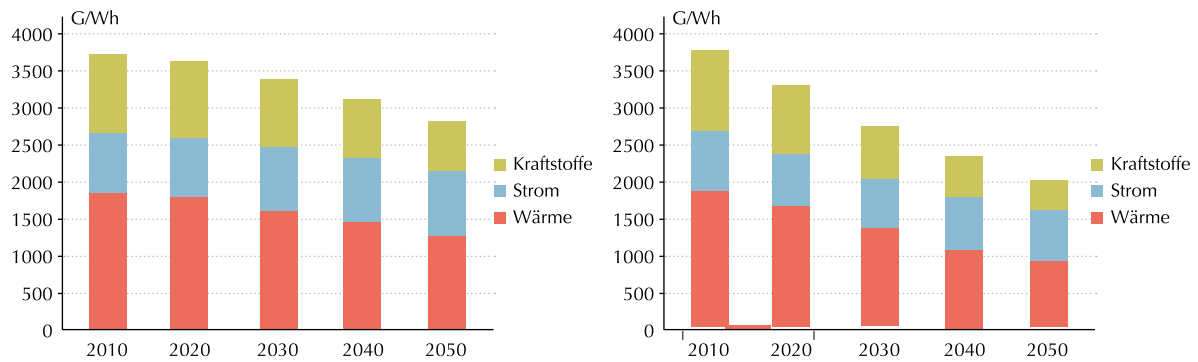
Jugendklimagipfel

In den Bürgerkonferenzen waren erwartungsgemäß keine Jugendlichen vertreten. Um auch diese Zielgruppe zu erreichen, veranstalteten der BUND und das IFEU-Institut im Oktober 2013 einen „Jugendklimagipfel“. Hier konnten sich Heidelbergerinnen und Heidelberger zwischen 14 und 21 Jahren aus unterschiedlichen Schultypen an drei Tagen intensiv mit Maßnahmen für den Masterplan beschäftigen. Geworben wurde in allen weiterführenden Schulen. Im Bereich Stadtentwicklung machten sich die Jugendlichen beispielsweise Gedanken über einen Suffizienzstadtteil in einem amerikanischen Konversionsareal. Außerdem wurde die Wahl eines Junior-Bürgermeisters vorgeschlagen.

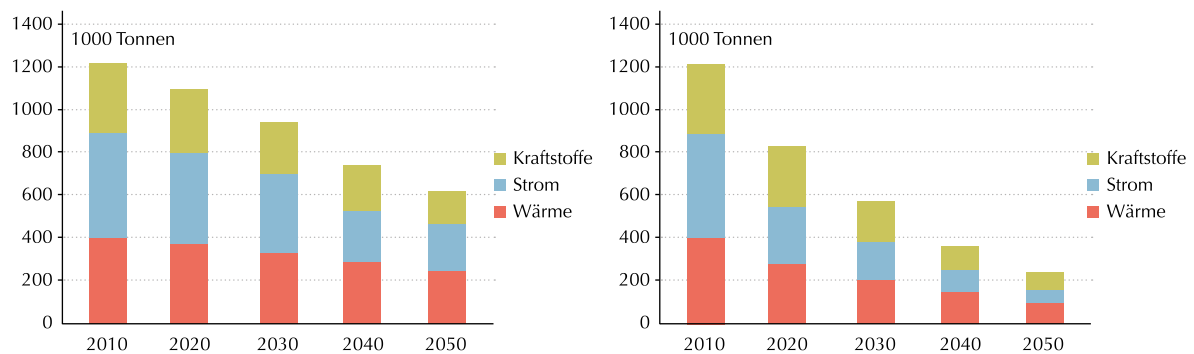
Wissenschaftliche Begleitung

Die Heidelberger Klimaschutzpolitik wird bereits seit vielen Jahren vom Heidelberger IFEU-Institut begleitet. Auch im Rahmen des Masterplans übernahm das IFEU die wissenschaftliche Begleitung. Sowohl im „Heidelberg-Kreis“ als auch in den Bürgerkonferenzen war das Institut bei der Sitzungsplanung und der Auswertung involviert. So konnten die Ergebnisse beider Verfahren direkt in den späteren Masterplan übernommen werden. Darüber hinaus hat das IFEU als Grundlage für die Strategieentwicklung eine aktuelle CO₂-Bilanz für Heidelberg erstellt und daraus ein Trend- und ein Masterplan-Szenario entwickeln können (siehe Abbildung).

Dem IFEU kam als Gutachter die wichtige Rolle der Zusammenführung aller Ergebnisse aus den verschiedenen Akteursbeteiligungsprozessen zu – also Expertinnen und Experten, Bürgerschaft und Jugend (siehe Abbildung „Prozessüberblick“). Alle Maßnahmen wurden ausgewertet, und für jedes Handlungsfeld formulierten die Gutachterinnen und Gutachter Handlungsstrategien, die der Gemeinderat im Juni 2014 als neues Heidelberger Klimaschutzkonzept verabschieden konnte.



Endenergiebedarf für Heidelberg im TREND- und MASTERPLAN-Szenario



Treibhausgasemissionen für Heidelberg im TREND- und MASTERPLAN-Szenario

CO₂- und Energie-Szenarien für Heidelberg 2050 [4]

Ausblick

Die Entwicklung des „Masterplans 100 % Klimaschutz“ in Heidelberg konnte auf einem soliden Fundament erfolgen: langjährige Erfahrung in der Akteursbeteiligung und im kommunalen Klimaschutz. Die Herausforderung bei der Umsetzung

der zahlreichen Maßnahmen des Masterplans wird sein, die Eigeninitiative der Handelnden zu wecken. Es gibt in Heidelberg zwar schon zahlreiche gelungene Vorhaben wie das Projekt „Nachhaltiges Wirtschaften“, um beispielsweise das Handwerk für den Klimaschutz zu gewinnen. Der Anspruch des Masterplans auf eine 95-prozentige CO₂-Reduktion

Prozessüberblick über die Ideenentwicklung für den Masterplan 100 % Klimaschutz



braucht jedoch das Mitwirken sehr vieler Akteure und ganz besonders der Bürgerschaft.

Im bevorstehenden Umsetzungsprozess des Masterplans ist es daher vorgesehen, das persönliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger im privaten Bereich und am Arbeitsplatz in den Mittelpunkt zu rücken. Das Ziel ist es, möglichst vielen Heidelbergerinnen und Heidelbergern Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie ein klimaschonenderes Leben führen und sich so einem klimaneutralen Lebensstil nähern können. Die Heidelberg-Studie zum Klimaschutz zeigt hierfür bereits eine Reihe von Ansätzen auf, indem sie die Gründe und Hindernisse für ein klimafreundliches Verhalten hinterfragt.

An diese Erkenntnisse anknüpfend wird es die Aufgabe der kommenden Jahre sein, Bürgerinnen und Bürger aus den verschiedenen sozialen Milieus in ihren Lebenswelten abzuholen und ihnen Stellschrauben im Alltag für ein klimaschonenderes Leben aufzuzeigen. Dass dies in vielen Fällen eine große Herausforderung darstellt, zeigt der Gedanke der Suffizienz. Um einen Lebensstil auf „Weniger ist mehr“ umzustellen, bedarf es eines langen Atems. Aufgabe der Verwaltung wird es hierbei sein, die am Masterplan bereits beteiligten und zahlreiche weitere Akteure zu motivieren, in ihrem Handlungsumfeld in diese Richtung zu agieren und somit selbst initiativ zu werden (z.B. Stadtwerke, Universität, Wohnungsbaugesellschaften).

Der Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 fasst diese Herangehensweise treffend zusammen: „Es geht dabei immer um die Frage, ob der Wunsch nach Befriedigung von individuellen Lebensentwürfen nicht öfter zurückstehen sollte zugunsten einer notwendiger werdenden nachhaltigen und ökologischen Lebensweise in einer sozial gerechten Gesellschaft.“ [1] ■

Quellenangaben

[1] Stadt Heidelberg, „Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015 – Leitlinien und Ziele“, Heidelberg 2007, S. 9, 11.

[2] Stadt Heidelberg, „Heidelberg-Studie 2012 – Klimaschutz in Heidelberg“, Schriften zur Stadtentwicklung, Heidelberg 2012, S. 36, 50.

[3] Stadt Heidelberg, „Leben, Mobilität und Bürgerbeteiligung in Heidelberg“, Schriften zur Stadtentwicklung, Heidelberg 2014, S. 14.

[4] Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU), Konzept für den Masterplan 100 % Klimaschutz für die Stadt Heidelberg – Endbericht und Anhang, Heidelberg 2014, S. 10, 12, 97.



CHRISTINE FIEDLER

Klimaschutzmanagerin
der Stadt Heidelberg

Seit 1997 für die bzw. bei der Stadtverwaltung Heidelberg tätig – mit den Arbeitsschwerpunkten Umweltschutz; Klimaschutz, Nachhaltige Entwicklung, Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement. 1997 bis 1999 freiberufliche Tätigkeit für das Stadtplanungsamt Heidelberg. 1999 bis 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat der Oberbürgermeisterin – mit den Aufgaben Förderung von Bürgerengagement und Corporate Social Responsibility; lokale, regionale und internationale Netzwerkarbeit. Seit 2012 Klimaschutzmanagerin im Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie der Stadt Heidelberg für das Projekt „Masterplan 100 % Klimaschutz“. Studium der Geographie, der Politischen Wissenschaft und Geologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dipl.-Geographin.

Energiesparinitiative und Energieeffizienzberatung Offenbach – wichtige Akteure in der Stadt beteiligen und aktivieren

Klimaschutz spielt in Offenbach seit vielen Jahren eine wichtige Rolle. Mit ihrem Beitritt zum Klima-Bündnis im Jahr 1998 hat sich die Stadt die Klimaschutzziele dieses Städteternetzwerks zu eigen gemacht: die Reduktion des CO₂-Ausstoßes alle fünf Jahre um zehn Prozent sowie die Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 50 Prozent bis 2030 in Relation zum Basisjahr 1990. Langfristig möchte die Stadt ein nachhaltiges Niveau von zweieinhalb Tonnen CO₂-Äquivalent pro Einwohnerin bzw. Einwohner und Jahr erreichen.

Eine wichtige Aufgabe ist es daher, die Bürgerinnen und Bürger konsequent zum Mitmachen zu motivieren. Die Stadt setzt dazu auf ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot: Im Jahr 2003 entstand auf Initiative der damaligen Leiterin des Offenbacher Bürgerbüros die sogenannte Energiesparinitiative. Sie dient als Kompetenzzentrum, das Know-how zu den Themen Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien bündelt. Bis dahin waren fast täglich Fragen von Bürgerinnen und Bürgern nach Zuschüssen für energetische Sanierung oder nach der Eignung von Flächen für Photovoltaikanlagen im Bürgerbüro eingegangen und konnten dort oft nicht passend beantwortet werden. Mit der Initiative wollte die Stadt zum einen das Thema Energieeinsparung voranbringen, zum anderen markterprobte Einspartechnologien verbreiten und so auch die regionale Wirtschaft und das Handwerk fördern.

Am 14. Januar 2003 fand die erste Sitzung der Energiesparinitiative statt – die Ziele von damals gelten noch heute: Aktivitäten im Klimaschutz und Energiesparsektor bündeln, sich am Kunden orientieren und Informationen leicht und kostenlos zugänglich machen. Dabei ist es ein besonderes Anliegen, eine unabhängige Beratung anzubieten.

Engagement der Kooperationspartner als Basis der Initiative

Die Energiesparinitiative Offenbach ist ein freiwilliger Zusammenschluss energierelevanter Unternehmen und Organisationen aus Stadt und Kreis Offenbach ohne Rechtsform. Sie besteht zurzeit aus rund 20 Partnern. Die Gründungsmitglieder der Initiative – neben der Stadt Offenbach die Industrie- und Handelskammer, die örtliche Zeitung Offenbach Post, die Handwerkskammer, die Energieversorgung Offenbach AG – waren von der Idee geleitet, im Rahmen eines Netzwerks eine Strategie zur CO₂-Minderung im Gebäudebestand der Stadt zu entwickeln. Die Zusammenarbeit beruht auf dem persönlichen Engagement und der Überzeugung der beteiligten Partner, die Ideen aus ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich einbringen. Der aktive Kern der Partner trifft sich regelmäßig, ca. sechsmal jährlich, zu Sitzungen, in denen sowohl grundsätzliche strategische Entscheidungen getroffen als auch konkrete Projekte und Aktionen besprochen werden. Die Finanzierung erfolgt aus den Beiträgen der Mitglieder.



*Baumesse 2014 – Stand des Amtes für Umwelt,
Energie und Klimaschutz mit der Energiesparinitiative*

Die Mitglieder sind:

- Amt für Umwelt, Energie und Klimaschutz
- LBS FinanzCenter Offenbach
- Bürgerbüro der Stadt Offenbach
- NiO – Nahverkehr in Offenbach
- BayWa AG (Baustofffachhandel)
- Offenbach Post
- Energieagentur Rhein-Main GmbH & Co. KG
- Schornsteinfegerinnung Darmstadt
- ESO – Offenbacher Dienstleistungsgesellschaft
- SOH – Stadtwerke Offenbach
- GBO – Gemeinnützige Bauges. Offenbach mbH
- Sparkasse Offenbach
- Industrie- und Handelskammer Offenbach
- Deutsche Rockwool (Fördermitglied)
- Klingenstein – Ingenieurbüro für Bauwesen
- Kreishandwerkerschaft Offenbach mit Innungen:
 - Innung für Dach-, Wand- und Abdichtungstechnik Offenbach/Main
 - Innung für elektro- und informationstechnische Handwerke Stadt und Kreis Offenbach
 - Innung Farbe, Gestaltung, Bautenschutz Rhein-Main
 - Glaser-Innung für Stadt + Kreis Offenbach/Main
 - Innung für Sanitär- und Heizungstechnik Offenbach/Main
 - Zimmerer-Innung Dieburg/Offenbach

Auf der Fachliste des Handwerks werden derzeit 23 Betriebe geführt.

Zum zehnjährigen Bestehen der Energiesparinitiative Offenbach im Jahr 2013 konnte eine positive Bilanz gezogen werden: Mehr als 860 Energieberatungen wurden durchgeführt, weitere 800 Menschen wurden bei Veranstaltungen informiert und beraten. Das Jubiläumsjahr wurde mit den Bürgerinnen und Bürgern in einer großen Aktion – der Eisblockwette – gefeiert, an der sich mehr als 500 Personen beteiligten.

Wie wird die Bevölkerung erreicht? – Zielsetzung und Maßnahmen

Übergeordnetes Ziel der Energiesparinitiative ist es, Bevölkerung und Unternehmen in der Stadt Offenbach sowie im Umland zur Umsetzung von klimaschonenden Energiesparmaßnahmen zu motivieren. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt dabei auf der umfassenden Information zu aktuellen Fragen beim Thema energetische Gebäudemodernisierung. Hintergrund ist, dass ein bedeutender Teil der kommunalen CO₂-Emissionen auf die Beheizung des Gebäudebestands zurückzuführen ist. Hier liegt also ein wichtiger Hebel zur Erreichung von Klimaschutzzielen. Aber auch die Themen erneuerbare Energien, energieoptimierte Neubauprojekte, betriebliche Energieeffizienz und Energiesparen im Haushalt werden abgedeckt. Es geht im Kern darum, markterprobte Einspartechnologien in der Breite umzusetzen und vorhandene Hemmnisse abzubauen.

Eisblockwette in der Fußgängerzone – April bis Juni 2013



Die Energiesparinitiative setzt dabei auf eine Win-win-Strategie. Neben dem positiven Effekt für das Globalklima profitieren die beteiligten Akteure auf vielfältige Weise von den initiierten Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen:

- Reduzierung der Betriebskosten und Steigerung des Immobilienwertes
- Wirtschaftsförderung für das regionale Handwerk, Finanzdienstleister, Energieberater und andere betroffene Unternehmen
- Stärkung der Wohnwirtschaft
- Verbesserung des Stadtbildes
- Stärkung des Images der Stadt insgesamt

Zum Erreichen der übergeordneten Zielsetzung umfasst die Strategie der Energiesparinitiative folgende Bausteine:

- Individuelle Energieberatung
 - kostenlose Erstberatung
 - Vermittlung vertiefter Beratung
- Fördermittel- und Finanzierungsberatung
- Vermittlung von Thermografien
- Öffentlichkeitsarbeit
 - Informationsabende
 - Beratungsstände in der Öffentlichkeit (Aktionstage)
 - Messestand auf der Baumesse Offenbach
 - Pressearbeit, Flyer
- Qualifizierung des regionalen Handwerks
- Gebündeltes Dienstleistungsangebot für einfachen Zugang:
 - Von der Erstberatung über die Fördermittelbeschaffung bis hin zur Vermittlung qualifizierter Fachfirmen für die Umsetzung von Maßnahmen bekommen Bürger und Unternehmen Informationen aus einer Hand

Um die übergeordneten Ziele der Energiesparinitiative zu erreichen, ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit nötig. Ziel ist es, von Bevölkerung und Unternehmen als zentraler Ansprechpartner in Energiefragen angenommen zu werden. Seit dem Jahr 2006 veranstaltet die Energiesparinitiative zwei Mal jährlich gut besuchte öffentliche Energieforen im Rathaus Offenbach, die über die Presse und das direkte Anschreiben potenzieller Interessenten beworben werden.

Darüber hinaus werden die Themen mithilfe eines Informationsstands auf diversen Veranstaltungen und zu Aktionstagen präsentiert. Hier erfolgt auch



Auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen

die persönliche Beratung interessierter Personen, z. B. auf der jährlich stattfindenden Baumesse Offenbach (Einzugsgebiet Hessen), den Energiespartagen der Innung für Sanitär- und Heizungstechnik, den bundesweiten Aktionen Tag der Erneuerbaren Energien und Woche der Sonne oder in stadtteilbezogenen Aktionen wie der Haus-zu-Haus-Beratung, bei der die Stadt in einzelnen Quartieren eine kostenlose, umfassende Beratung zur energetischen Sanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern anbietet.

Flyer zur Bekanntmachung des Angebots werden ca. alle zwei Jahre neu aufgelegt. Eine Fachliste des Handwerks (siehe unten) empfiehlt qualifizierte Betriebe aus der Region. Mit Presseartikeln informiert die Energiesparinitiative über aktuelle Energiesparthemen, das eigene Beratungsangebot, Vorzeigeprojekte und Änderungen in der Fördermittellandschaft. Als zentrale Informationsquelle dient eine Homepage, die in das Internetangebot der Stadt Offenbach integriert ist: www.offenbach.de/energiesparinitiative. Neben den Angeboten und Veranstaltungen der Energiesparinitiative selbst finden Interessierte hier auch Informationsangebote anderer, unabhängiger Stellen sowie der Partner.

Unterstützung bei der Finanzplanung: Fördermittel- und Finanzierungsberatung

Die Energiesparinitiative arbeitet mit der Verbraucherzentrale Hessen zusammen, sodass die unterschiedlichen Angebote ineinandergreifen. Die



Auf Kooperationen bauen

Erstberatung für Bürgerinnen und Bürger durch die Stadt ist anbieterneutral und für Beratungskundschaft kostenlos. Das städtische Amt für Umwelt, Energie und Klimaschutz informiert dabei direkt über Fördermittel, aktuelle Förderkonditionen sowie günstige Maßnahmenkombinationen, damit die vorhandenen Fördermöglichkeiten bestmöglich ausgenutzt werden können. Wird eine vertiefte Energieberatung, ggf. mit Vor-Ort-Termin, nötig, vermittelt die Energiesparinitiative Kontakte zu qualifizierten Energieberaterinnen und -beratern.

Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der jeweils aktuellen Fördermittellandschaft stellen somit ein wichtiges Motivationselement zur Umsetzung von energetischen Maßnahmen dar. Im Zusammenhang mit einer vertieften Energieberatung helfen die Beraterinnen und Berater auch bei der konkreten Fördermittelbeantragung.

Wichtig ist im Zusammenhang mit Fördermitteln auch der regelmäßige Kontakt und Austausch zu den Fachfirmen des Handwerks: Aufgrund der sich häufig – zum Teil mehrmals jährlich – ändernden Fördersituation können die ausführenden Firmen nicht immer auf dem aktuellen Stand sein. An dieser Stelle unterstützt die Energiesparinitiative das Handwerk und dessen Kundinnen und Kunden, indem durch die Vernetzung von unabhängiger Energie- und Fördermittelberatung und ausführender Firma alle Wissensressourcen genutzt und Fehler oder Versäumnisse bei der Fördermittelbeschaffung vermieden werden.

Mit Thermografien Energielecks aufdecken

Wärmebildaufnahmen von Gebäuden stellen ein geeignetes Mittel dar, energetische Schwachstellen eines Gebäudes, insbesondere Wärmebrücken,

anschaulich darzustellen. Thermografiebilder machen auch dem Laien deutlich, wo am Gebäude besonders viel Energie verloren geht. Die Energiesparinitiative bewirbt und vermittelt daher Thermografiegutachten, um Hauseigentümerinnen und -eigentümer zur energetischen Modernisierung zu motivieren. Ein solches Gutachten stellt nicht zuletzt ein probates Beratungsinstrument dar, das von ihnen gern genutzt wird (siehe unten).

Qualifizierung des regionalen Handwerks

Seit der Gründung der Energiesparinitiative im Jahr 2003 ist die Kreishandwerkerschaft mit ihren Innungen ein wichtiger Partner. Verstärkt wurde die Zusammenarbeit mit dem Handwerk im Jahr 2008 durch eine Qualifizierungs- und Vermarktungsoffensive. Über die relevanten Innungen werden Fachbetriebe gewonnen, die sich zu den Qualitätszielen der Energiesparinitiative verpflichten. Diese bestehen im Wesentlichen aus folgenden Punkten:

- Die Zielsetzung der Arbeit ist der Umwelt und der Energieeinsparung verbunden: vorsorgend, unabhängig, objektiv, produktneutral und integrierend;
- es werden keine Interessen verfolgt, die der Energieeinsparung oder dem Erhalt der Umwelt entgegenstehen;
- Einhaltung der gängigen Gesetze, Verordnungen, DIN- und VDI-Vorschriften; Orientierung am neuesten Stand der Technik;
- Nachweis nachhaltiger Maßnahmen zur Qualitätsüberwachung aus den Bereichen Arbeitsschutz/Personal, Technik/Umwelt, Unternehmensführung/Marketing;
- Verwendung geeigneter Werkzeuge, Geräte, Maschinen, Verfahren und Logistiksysteme;
- Einsatz ausschließlich ausgebildeter Fachkräfte; kontinuierliche berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung, mindestens einmal jährlich.

Die tatsächlich mit der Gebäudemodernisierung zu erreichenden Energie- und somit CO₂-Einsparungen hängen ganz wesentlich von der Qualität der Ausführung und der Verwendung geeigneter Materialien und Anlagentechnik ab, welche zumindest den gesetzlichen Mindestanforderungen entsprechen. Aufgrund der praktisch nicht stattfindenden Kontrolle der Einhaltung von Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV) wissen die

Bürgerinnen und Bürger oft nicht, wem sie noch vertrauen können, die Vielzahl der Angebote verwirrt nur. Wenn die falsche Firma die Sanierung ausführt, ist der Schaden hinterher oft groß: Geforderte Wärmedämmstandards werden nicht eingehalten, Mängel bei der Verarbeitung können zu Wärmebrücken führen, und nicht zuletzt sind auch Bauschäden festzustellen.

Hier setzt die Qualitätsoffensive der Energiesparinitiative an: Zum einen sollen Handwerksbetriebe geschult und sensibilisiert, zum anderen Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer über die Standards und Vorgaben sowie deren Relevanz aufgeklärt werden, denn nur eine fachgerechte und qualitativ hochwertige Ausführung zahlt sich langfristig aus – sowohl für die Umwelt als auch den eigenen Geldbeutel. Vielfach noch vorhandene Ängste von Hauseigentümerinnen und -eigentümern, z. B. vor der Fassadendämmung, können u. a. durch die Empfehlung von qualifizierten Betrieben ausgeräumt oder zumindest gemindert werden.

Informationen bieten und Vertrauen schaffen

Nicht nur die einzelnen Angebote der Energiesparinitiative für sich, sondern insbesondere die Bündelung aller relevanten Informationen und Dienstleistungen über eine zentrale Anlaufstelle sind das strategische Element der Energiesparinitiative Offenbach. Das Thema Energiesparen ist zwar „in aller Munde“, oft scheitern aber Maßnahmen an der Fülle von Informationen und Anbietern. Von der kostenlosen, unverbindlichen Erstberatung oder einem Besuch auf einer Informationsveranstaltung ausgehend, können die Deckung weiteren Informationsbedarfs, die beratende Begleitung und letztlich auch die Umsetzung von Maßnahmen durch die Energiesparinitiative erfolgen. Wichtiges Erfolgselement: der Vertrauensvorschuss hinsichtlich einer unabhängigen Beratungsleistung.

Rolle der Kommune:

Vorbild und Dienstleister sein

Gegründet wurde die Energiesparinitiative auf Initiative der Stadt von der damaligen Leiterin des Straßenverkehrsamtes und des Bürgerbüros und heutigen Leiterin des jetzigen Amtes für Umwelt, Energie und Klimaschutz. Auf der Suche nach Partnern gelang es mit einer kleinen Gruppe von Unternehmen und Handwerksbetrieben, die Idee auszuweiten. Von Vorteil war

auch, die örtliche Zeitung als Gründungsmitglied zu gewinnen, z. B. wegen der persönlichen Erfahrungen einzelner Redaktionsmitglieder als Hausbesitzer mit der Beratung.

Die Geschäftsführung der Energiesparinitiative liegt in den Händen der Stadt, von hier aus werden alle Aktivitäten gebündelt und gesteuert. Die Dienstleisterfunktion der übrigen Mitglieder der Initiative geht über die Organisation von Terminen und Veranstaltungen hinaus. Die Stadtwerke Offenbach sowie einige der Stadtkonzern-Töchter unterstützen als Mitglieder der Energiesparinitiative die Aktivitäten finanziell durch ihren Mitgliedsbeitrag und personell im Rahmen von konkreten Aktionen und darüber hinaus durch Energiesparmaßnahmen im eigenen Einflussbereich.

Neben dieser Funktion als Dienstleister für die Initiative spielt die Kommune eine bedeutende Rolle als Vorbild, indem sie selbst ihre Liegenschaften energetisch saniert und weitere Klimaschutzprojekte umsetzt und publik macht, wie z. B. Bürgersolaranlagen auf öffentlichen Dachflächen. Eines der ersten großen Projekte, die von der Energiesparinitiative mit unterstützt wurden, war ein umfangreiches energetisches Sanierungsprogramm städtischer Wohngebäude der GBO – Gemeinnützige Baugesellschaft Offenbach mbH. Im Jahr 2006 investierte die GBO 14,5 Millionen Euro für Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, durch die ein Energieeinsparpotenzial von bis zu 60 Prozent erreicht wurde. Darüber hinaus erfüllt die Energiesparinitiative eine wichtige Multiplikatorfunktion, indem sie gute Beispiele der Gebäudemodernisierung, vorbildliche Neubauprojekte und Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien in Stadt und Region bekannt macht. Durch die Einbindung weiterer relevanter Akteure wie z. B. Haus & Grund e.V. wird der Aktionsradius deutlich ausgeweitet.

Im Jahr 2010 war die Energiesparinitiative erstmals in die direkte Sanierungsbegleitung eines Gewerbeobjekts eingebunden. Das Gebäude einer Apotheke am Marktplatz in direkter Innenstadtlage wurde mit Unterstützung der Energiesparinitiative energetisch saniert. Durch begleitende Pressearbeit, Werbung und Informationen am Objekt sowie die neuen Kontakte zu Offenbacher Gewerbetreibenden konnten weitere interessierte Geschäftsleute für Energiesparmaßnahmen gewonnen werden.



Öffentlichkeitswirksame energetische Sanierung

Interaktive Veranstaltungsangebote

Energieforen

Von November 2006 bis Dezember 2013 hat die Energiesparinitiative insgesamt zwölf Energieforen im Rathaus Offenbach durchgeführt. Die Besucherzahl betrug jeweils zwischen 60 und 120 Personen. Die Informationsabende bestehen in der Regel aus einem Vortragsteil mit zwei bis vier Referentinnen oder Referenten sowie einer begleitenden Ausstellung. Besonders wichtig ist die Möglichkeit für die Besucherinnen und Besucher, im Anschluss an die Vorträge persönliche Gespräche mit den Referentinnen und Referenten und den anwesenden Partnern der Initiative wahrzunehmen und sich somit individuell beraten zu lassen. Die Themenpalette der Vorträge umfasst beispielsweise:

- Wärmedämmung Fassade, oberste Geschossdecke, Kellerdecke
- Moderne Heizanlagen: Brennwerttechnologie, Holzpellets, Wärmepumpen
- Erneuerbare Energien: Solarthermie und Photovoltaik
- Sinnvolle Kombinationen von Maßnahmen
- Vermeidung von Schimmelbildung durch angepasstes Nutzerverhalten und fachgerechte Dämmung
- Sanierung von Mehrfamilienhäusern: Umlagemöglichkeiten von Sanierungsmaßnahmen auf Mieterinnen und Mieter, steuerliche Absetzbarkeit
- Fördermittel
- Qualitätssicherung durch Baubegleitung
- Nachwachsende Rohstoffe
- Stromsparen und Stromerzeugung

Die Themen Fördermittel und Finanzierung sind regelmäßig Inhalte der jährlich stattfindenden Energieforen im Rathaus Offenbach. Durch die Kooperation mit Haus & Grund e.V. seit dem Jahr 2009 wird in speziell auf die Zielgruppe der Vermieterinnen und Vermieter ausgerichteten Veranstaltungen auf die steuer- und umlagerechtlichen Möglichkeiten bei der Finanzierung von energetischen Sanierungsmaßnahmen bei vermieteten Immobilien eingegangen.

Baumesse Offenbach

Seit dem Jahr 2007 ist die Energiesparinitiative Offenbach mit einem eigenen Beratungsstand in zentraler Lage auf der Baumesse Offenbach vertreten und bietet allen Besuchern eine herstellerunabhängige Beratung.

Aktionstage und Ausstellungen

Regelmäßig ist die Energiesparinitiative im öffentlichen Raum sowie bei speziellen Veranstaltungen

als Ansprechpartner für Energiefragen präsent und versucht, durch solche Aktionen weitere Zielgruppen zu erreichen.

Chronologie

30.4.2005	Tag der Erneuerbaren Energien: Ausstellung, Vorträge, Beratung im Rathaus Offenbach
28.4.–5.5.2007	Woche der Sonne: Aktionsstand am Marktplatz (28.4.) und Solarausstellung im Bürgerbüro
11.–15.6.2007	Solarausstellung mit täglichem wechselndem Beratungsangebot im Bürgerbüro
17.6.2007	Ökomesse: Informationsstand auf dem Buchhügelhof
26.4.2008	Tag der Erneuerbaren Energien: Aktions- und Beratungsstand am Wilhelmsplatz
8.6.2008	Ökomesse: Informationsstand auf dem Buchhügelhof
25.4.2009	Tag der Erneuerbaren Energien: Aktions- und Beratungsstand in der Fußgängerzone Frankfurter Straße
5.7.2009	Ökomesse: Informationsstand auf dem Buchhügelhof
24.4.2010	Tag der Erneuerbaren Energien: Aktions- und Beratungsstand in der Fußgängerzone Frankfurter Straße
4.7.2010	Ökomesse: Informationsstand auf dem Buchhügelhof
11.05.2011	Woche der Sonne: Vortragsveranstaltung
August 2011	Passivhausausstellung im Rathaus (Hessisches Umweltministerium)
15.05.2012	Woche der Sonne: Vortragsveranstaltung
Mai/Juni 2012	Ausstellung zur Solarthermie und Geothermie (Hessisches Umweltministerium)
Mai/Juni 2013	Eisblockwette in der Offenbacher Innenstadt
Dezember 2013	Ausstellung Stromsparen im Haushalt (Hessisches Umweltministerium)

Finanzierung der Energiesparinitiative

Die Energiesparinitiative Offenbach finanziert sich ausschließlich durch die Beiträge der Mitglieder bzw. der Fördermitglieder. Für die eigene Arbeit stehen der Initiative keine Fördermittel zur Verfügung. Der Jahresetat beträgt gut 10.000 Euro, wovon ca. 40 Prozent für die jährliche Teilnahme an der Baumesse verwendet werden. Weitere Kostenfaktoren sind Flyer, sonstige Werbematerialien (Roll-Ups, Banner), Anzeigen sowie Veranstaltungen.

Wie kommt die Energiesparinitiative an? – Ergebnisse der Kundenbefragungen

Der Erfolg der umfassenden Netzwerkarbeit und der unterschiedlichen Angebote liegt auf der Hand: Die Energiesparinitiative Offenbach hat sich seit 2003 einen kontinuierlichen Kundestamm aufgebaut, der derzeit gut 1.200 Personen umfasst. Diese Personen haben entweder eine Energieberatung wahrgenommen, waren auf einem der Energieforen oder haben über die Energiesparinitiative eine Thermografie bestellt. Viele besuchen die Veranstaltungen regelmäßig.

Die Energiesparinitiative hat bereits zweimal gezielt alle bisherigen Kunden zu ihrer Zufriedenheit mit dem Angebot der Initiative sowie den umgesetzten Maßnahmen befragt. Zum damaligen Zeitpunkt (2007, erste Befragung) umfasste der Adressbestand 319 Kunden, von denen sich 33 Prozent an der Umfrage beteiligten. 70 Prozent davon waren mit dem Angebot der Energiesparinitiative zufrieden bis sehr zufrieden. Die Weiterempfehlungsquote für die Energieberatung betrug 93 Prozent, für die Thermografie 63 Prozent. 77 Prozent der Befragten gaben an, dass die Angebote der Energiesparinitiative ihr Interesse an Energiesparmaßnahmen geweckt bzw. verstärkt hätten. Immerhin 60 Prozent hatten bereits bauliche Energiesparmaßnahmen durchgeführt, weitere 27 Prozent planten die Umsetzung von Maßnahmen. Nach einzelnen Sanierungsmaßnahmen befragt, gaben jeweils über 40 Prozent an, eine Dachdämmung, neue Fenster oder eine neue Heizungsanlage eingebaut zu haben (Mehrfachnennungen möglich), eine Außenwanddämmung hatten 29 Prozent der Kunden durchgeführt. Eine belastbare Aussage zu den damit erreichten Energie- und CO₂-Minderungen kann anhand die-

ser Befragung nicht getroffen werden, da hierfür eine wesentlich detailliertere Erfassung sowohl der Objekte als auch der konkreten Maßnahmen nötig wäre. Um dennoch einen Anhaltspunkt für die Größenordnung zu bekommen, soll an dieser Stelle eine Hochrechnung Orientierung bieten. Hierfür sind grundlegende Annahmen zu treffen:

- Die Objekte sind bzgl. Größe und Energiebedarf durchschnittliche Einfamilienhäuser (130 Quadratmeter beheizbare Fläche; Energieverbrauch Heizung und Warmwasser 250 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr, Erdgasheizung).
- CO₂-Emissionsfaktor Erdgas inkl. Vorkette: 227 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde.
- Durch Sanierungsmaßnahmen wurden durchschnittliche Einsparquoten erreicht (Außenwanddämmung: 30 Prozent, Dachdämmung 15 Prozent, Heizungserneuerung 15 Prozent, Fenstererneuerung 15 Prozent).
- Die damals 700 Kunden der Energiesparinitiative, die befragt wurden, haben Maßnahmen im prozentual gleichen Umfang durchgeführt, wie es die Befragung ergeben hat (je 40 Prozent Dachdämmung, Heizung, Fenster, 30 Prozent Außendämmung).

Unter Zugrundelegung dieser Annahmen sparen die von der Energiesparinitiative beratenen Kundinnen und Kunden in Folge der durchgeführten Sanierungsmaßnahmen insgesamt 1.400 Tonnen CO₂ jährlich.

Unternehmen motivieren und aktivieren: Kostenlose Energieeffizienzberatung

Einer der Schwerpunkte der Offenbacher Klimaschutzaktivitäten liegt im Bereich der Unternehmen. Innerhalb des Klimaschutzkonzepts, das von der Stadt Offenbach a.M. 2010 beschlossen wurde (einsehbar unter www.offenbach.de/offenbach/themen/leben-in-offenbach/umwelt/klimaschutz/klimaschutzkonzept), spielen kleine und mittlere Unternehmen immer wieder eine entscheidende Rolle, da sie als einer der Hauptemittenten im Stadtgefüge auftreten. Zugleich birgt dieser Bereich hohe Einsparpotenziale, die es zu erschließen gilt. Hier setzt das Engagement der Stadt an. Die Stadt bietet seit Juni 2013 eine Energieeffizienzberatung für Firmen an, also ein Pendant zur oben genannten „Haus-zu-Haus-Beratung“ für private Haushalte: Kostenlos und unverbindlich

Auftakt im Gewerbegebiet für die Firmenberatung



werden Unternehmen durch unabhängige qualifizierte Energieberaterinnen und -berater über Handlungsoptionen und Fördermöglichkeiten in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien beraten und unterstützt. Ziel der 2013 gestarteten und nunmehr in zwei Gewerbegebieten abgeschlossenen Beratungsaktion ist es, zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen und Sanierungen anzuregen. Analog zur Haus-zu-Haus-Beratung in den Stadtteilen, die schon seit mehreren Jahren erfolgreich läuft (Auszeichnung im Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2012“, ausgelobt vom Bundesumweltministerium und dem Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz), werden hierbei alle Gewerbegebiete gezielt besucht. Auf diese Weise kommt die Beratung zu den Unternehmen, die dann nach Terminvereinbarung oder direkt vor Ort durchgeführt wird. Der im Nachgang in einem separaten Kurztermin vorgestellte Auswertungsbericht enthält die vorhandenen CO₂- und Kosteneinsparpotenziale und die möglichen Effizienzmaßnahmen, die umgesetzt werden können.

Für das Angebot haben sich die Stadt, das Amt für Umwelt, Energie und Klimaschutz, die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft und die Wirtschaftsförderung als Partner zusammengeschlossen. Mit der Firmenberatung wird eine kostenlose anbieterneutrale Vor-Ort-Beratung von Gewerbebetrieben im Angebotsspektrum der Stadt verankert. Ziel ist es, Unternehmen zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen, zur Nutzung erneuerbarer Energien und zu mehr Energieeffizienz anzuregen und somit zu CO₂- und Kosteneinsparungen zu verhelfen. Dabei werden durch gezielte Anschreiben und die darauf folgende direkte Ansprache vor Ort in dem jeweils ausgewählten Gewerbegebiet alle dort ansässigen Firmen erreicht. So soll es gelingen, die Bedürfnisse vor Ort zu erkennen. Die Unternehmen müssen dazu keine Vorleistung erbringen, stattdessen übernimmt das Amt für Umwelt, Energie und Klimaschutz durch die direkte Ansprache den aktiven Part. Darüber hinaus soll ein Forum für den weiteren Austausch aller teilnehmenden und weiterer interessierter Unternehmen eingerichtet werden, um dort relevante Themen diskutieren zu können und einen dauerhaften Austausch mit den Unternehmen zu gewährleisten.

Das Prinzip der Firmen-zu-Firmen-Beratung

Zielgruppe

Die Aktion richtet sich an alle Unternehmen eines für den jeweiligen Durchgang ausgewählten Projektgebietes. Dabei wurde von dem ursprünglichen Plan, nur Unternehmen der Kategorie KMU zu beraten, abgewichen, da auch in größeren bzw. kleineren Unternehmen Interesse an einer Beratung bestand. Zudem konnte die Größenordnung des jeweiligen Unternehmens nicht immer im Vorhinein ermittelt werden.

Zielsetzung und Vorgehensweise

Die beratenen Unternehmen sollen motiviert werden, vermehrt Energieeffizienzmaßnahmen umzusetzen. Die Ausschöpfung der im Bereich Unternehmen vorhandenen CO₂-Einsparpotenziale sowie die flächendeckende Erfassung der Bedürfnisse der Unternehmen vor Ort ist der Hauptfokus der Maßnahme.

Anschreiben und Auftaktveranstaltung

Alle Unternehmen des Gebietes werden postalisch zu einer Auftaktveranstaltung – direkt vor Ort in einem Unternehmen im Gewerbegebiet – eingeladen und dort über die bevorstehende Aktion informiert. Der Ablauf der Aktion wird vorgestellt. Aus dem Kreis der Unternehmen, die schon bei der vorausgegangenen Beratung dabei waren, berichtet dann je ein Unternehmen von seinen Eindrücken, von Maßnahmen zur Energieeinsparung und von den eigenen Erfahrungen. Somit wird gewürdigt, was die Unternehmen selbst tun, und es kommt ein gemeinsamer Dialog, etwa über beispielgebende Verfahren und Maßnahmen, zustande. Besonders wichtig ist, dass die Firmen entscheiden, welche Informationen sie preisgeben wollen, und dass alle Angaben freiwillig sind.

Die Vor-Ort Beratung

Im Rahmen der freiwilligen gewerbegebietsbezogenen Beratungsaktion werden die Unternehmen persönlich besucht und in einem zweistündigen Sensibilisierungsgespräch beraten. Mit den Betrieben, die Interesse an der Energieberatung zeigten, wird ein Termin vereinbart. Jedes Unternehmen erhält im kurzen Gespräch zu Beginn Grundinformationen über Energieeffizienzmaßnahmen und die Broschüre zur Aktion sowie die Möglichkeit angeboten, die Beratung auch noch zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch zu nehmen. Das eigentliche Beratungsgespräch dauert ca. zwei Stunden, der Betrieb wird auf Wunsch komplett in Augenschein genommen. Wenn vorhanden werden Informationen über die Energieverbräuche aufgenommen. Außerdem werden in dem Gespräch erste Tipps zur Energieeinsparung gegeben.

Inhalte der Vor-Ort Beratung

- Besichtigung des jeweiligen Unternehmens (Bausubstanz, Haustechnik, Produktionstechnik)
- Aufzeigen verschiedener investiver und nicht-investiver Handlungsmöglichkeiten
- Konzentration nicht nur auf Querschnittstechnologien – es werden auch die Gebäude, die Prozesse, das Nutzerverhalten, Beleuchtung und Wärmedämmung, Heizung, Lüftung, Klimatisierung, Kühlung und weitere Technologien betrachtet.

Auswertungsbericht und Auswertungsgespräch

Anschließend besprechen die Energieberaterinnen und -berater der Stadt mit dem Unternehmen einen Auswertungsbericht, der mögliche Energieeinsparpotenziale (z. B. bei der Beleuchtung oder der Prozesswärme, je nach Unternehmen) aufzeigt sowie Tipps und Empfehlungen für gering investive Maßnahmen beinhaltet.

Akteure und Kooperationen

Die Zusammenarbeit mit der IHK, der Wirtschaftsförderung und der Kreishandwerker-

schaft sowie mit beim Thema Energieeffizienz bereits aktiven Beispielunternehmen stellt sicher, dass ein fundiertes Hintergrundwissen über die Bedürfnisse der Unternehmen mit in die Beratung einfließt und vorhandene Plattformen und Synergien genutzt werden. Die Partner sind zum Teil bei den Beratungs- bzw. Auswertungsgesprächen mit vor Ort.

Resonanz im ersten Projektgebiet

Bereits in den Auswertungsgesprächen hat der Großteil der beratenen Unternehmen (70 Prozent) angegeben, eine oder mehrere Maßnahmen umzusetzen. Auch wurde vielen Unternehmen durch die Beratung bewusst, wieviel Potenzial besteht. Einige O-Töne aus den Gesprächen:

„Erschreckend, dass so viel Potenzial besteht, aber so gibt es die Möglichkeit, viel einzusparen.“

„Man beschäftigt sich sonst nicht damit ...“

„So ist ein erster Schritt gemacht, vor dem man sich sonst gefürchtet hätte.“

Die teilnehmenden Firmen bekommen eine Auszeichnung in Form einer Teilnehmerplakette und einer Urkunde, die Übergabe erfolgt öffentlichkeitswirksam durch den Bürgermeister und die Amtsleitung, in der Presse wird darüber berichtet.

Die gewerbegebietsbezogene Vorgehensweise soll den Multiplikatoreffekt und die Sichtbarkeit der Klimaschutzmaßnahmen der Stadt Offenbach flächendeckend erhöhen. Außerdem zielt die Beratung in einem geschlossenen Gewerbegebiet darauf ab, dass es sich in der Nachbarschaft herumspricht, wenn erste Unternehmen das Angebot wahrnehmen, damit positive Erfahrungen machen und erste Ergebnisse erzielen. Durch die Aktion wird ebenfalls das Thema Energieeffizienz ins Gedächtnis gerufen.



Offizielle Auszeichnung für Unternehmen – übergeben von Bürgermeister Peter Schneider und dem Offenbacher Umweltamt

Öffentlichkeitsarbeit

Eine Broschüre informiert über das Beratungspaket und dessen Umfang. Darin wird auch der Imagegewinn betont, der für die Unternehmen von zentralem Interesse ist. Die richtige Ansprache der Unternehmen ist während des gesamten Projekts von besonderer Wichtigkeit: Was motiviert die Unternehmen dazu, das Angebot wahrzunehmen? Als wichtigste Punkte werden die angestrebte Kosteneinsparung, der Imagegewinn, die Innovation und die Kostenfreiheit des Angebots angesehen. Steigende Strompreise sind ein weiterer Aufhänger. Im jeweiligen Gewerbegebiet gibt es Plakate, große Banner, und Vorankündigungen in der Presse werben für die Beratungsaktion. Auch die Veröffentlichungen der Partner (IHK-Magazin und Newsletter der Kreishandwerkerschaft) werben für die Aktion und informieren über erste Erfolge.

Finanzierung

Kosten fallen für Werbemittel und ein externes Energieberaterbüro an, die Finanzierung erfolgt aus dem Klimaschutzprogramm der Stadt Offenbach.

Bilanz/Erfolge

Das aktive Zugehen auf die Unternehmen ist ein wesentliches Erfolgsmerkmal, das bei Maßnahmen anderer Städte und Organisationen mit vergleichbarer Zielsetzung meist fehlt. Im Durchschnitt kann ein Unternehmen selbst durch die Umsetzung kleiner, zum Teil nicht-investiver Maßnahmen schnell eine Energieeinsparung von 20 Prozent erreichen. Wenn nur zehn Prozent der Unternehmen des zuerst ausgewählten Gewerbegebiets dabei eine durchschnittliche jährliche Einsparung von jeweils ca. 100 Tonnen CO₂ pro Unternehmen erzielen, würde diese Maßnahme bereits zu einer Vermeidung von ca. 1.300 Tonnen CO₂ pro Jahr beitragen. Eine Steigerung der Angebotswahrnehmung in weiteren Durchgängen potenziert dieses Ergebnis entsprechend. Die Möglichkeit der Optimierung des Projektes nach jedem Durchgang bietet außerdem die Chance einer stetigen Verbesserung des Angebotes. Die Rückmeldung aus den bisherigen zwei Gewerbegebieten ist durchweg positiv.

Resümee und Ausblick

Die Stadt Offenbach am Main konnte in den letzten Jahren bereits vielfältige Erfahrungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sammeln. Mit dem Amt für Umwelt, Energie und Klimaschutz wurde das Thema auch organisatorisch in der Verwaltung verankert. Eine wesentliche Erkenntnis für die Weiterentwicklung des Klimaschutzprogrammes und die Maßnahmenumsetzung ergibt sich vor allem aus den

vielfältigen Beteiligungsaktionen im Maßnahmenprogramm durch die involvierten Akteure in der Stadt. Das ehrgeizige Ziel der Stadt, alle fünf Jahre den CO₂-Ausstoß um jeweils zehn Prozent zu verringern, kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam den Klimaschutz in Offenbach weiter voranbringen. Es ist von enormer Bedeutung, dass sich die Offenbacher für den Klimaschutz einsetzen und im Alltag ihren Beitrag für eine erfolgreiche Umsetzung leisten. Letztlich sind wir alle Klimapaten und haben Verantwortung für die Zukunft. ■



HEIKE HOLLERBACH

Leiterin des Amts für Umwelt, Energie und Klimaschutz der Stadt Offenbach a.M.

Diplom-Verwaltungswirtin; seit 2006 Leiterin des Amtes für Umwelt, Energie und Klimaschutz; Magistratsdirektorin; Magistrat der Stadt Offenbach a.M.; Gründerin der Energiesparinitiative Offenbach.



DOROTHEE ROLFSMEYER

Klimaschutzmanagerin der Stadt Offenbach a.M.

Dipl. Landschaftsökologin; seit 2012 Klimaschutzmanagerin der Stadt Offenbach a.M. und Projektleiterin der Energieeffizienzberatung für Firmen.

Energiegemeinschaft Weissacher Tal e.G. – ein „Kind“ der Gemeinde

Energiegenossenschaften sind auf lokaler Ebene nicht mehr wegzudenken – vielfach sind sie in den letzten Jahren als „Instrument für die Energiewende vor Ort“ gegründet worden. „Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir gemeinsam“ – diese genossenschaftliche Idee erlebte durch die Gründung der Energiegenossenschaften eine neue Blüte. Was macht den Reiz eines solchen genossenschaftlichen Verbunds aus? Warum gewinnt diese Organisationsform gerade im lokalen Energiesektor immer mehr an Bedeutung? Welchen Vorteil bietet sie im Gegensatz zu anderen Rechtsformen, und was bringt die Energiegenossenschaft einer Kommune? Auf all diese Fragen soll im Folgenden am Beispiel der Energiegemeinschaft Weissacher Tal e.G. eingegangen werden.

Ausgangslage in der Gemeinde Weissach im Tal

Bevor die im baden-württembergischen Rems-Murr-Kreis gelegene Gemeinde Weissach im Tal im Jahr 2008 die Weissacher Energiegenossenschaft gründete, hatte sie das Thema erneuerbare Energien bereits auf der Agenda. So gab es zum Beispiel das umfangreiche CO₂-Reduktionsprogramm der Gemeinde, ein Förderprogramm, das es vielen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichte, durch geförderte Maßnahmen im Bereich erneuerbarer Energien schon damals einen Beitrag zur Energiewende zu leisten.

Dies war ein wichtiger Schritt, um die Bevölkerung in Weissach im Tal zu motivieren, erneuerbare Energien zu nutzen. Die Gemeinde stellte sich jedoch die Frage, wie auch die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden könnten, die zwar bereit waren, aktiv zu werden, jedoch im eigenen Umfeld keine Möglichkeit dazu sahen, weil sie

z.B. keine Immobilien besitzen. Nach Meinung der kommunalpolitischen Verantwortlichen war ein systematisches Vorgehen notwendig, um gemeinsam Ausbau und Nutzung der regenerativen Energieerzeugung vor Ort voranzubringen. Da alle Akteure – das heißt aktive Bürgerinnen und Bürgern, z.B. im Solarverein, der Gemeinderat und die Verwaltung – die Energiepolitik als eines der zentralen kommunalen Zukunftsthemen einstufen, wurde der Beschluss gefasst, das Thema „Energie“ konzeptionell aufzustellen: So wurde nicht nur die Teilnahme am European Energy Award in Angriff genommen, sondern auch die Entwicklung eines kommunalen Klimaschutzkonzepts [1]. Neben der konzeptionellen Arbeit, dem Erfassen des Ist-Zustands und der Benennung von Zielwerten stand von Anfang an die praktische Seite im Vordergrund: Wie können wir vor Ort den Ausbau regenerativer Energien forcieren? Welche Instrumente stehen uns dafür zur Verfügung?

Erste Schritte in Richtung Bürgergenossenschaft

Im ersten Schritt wurde mit Unterstützung des Solarvereins Rems-Murr und unter Einbeziehung einiger Schülerinnen und Schüler des Bildungszentrums Weissacher Tal ein Solarkataster von allen Dachflächen in Weissach im Tal erstellt. Die Vorarbeiten, die Erfassung der Dachflächen etc. wurden von den Schülerinnen und Schülern im Rahmen einer Projektarbeit geleistet. Mitglieder des Solarvereins überprüften die Angaben und ergänzten diese. Ziel war es dabei, nicht nur privaten Immobilienbesitzerinnen und -besitzern die Nutzung von Solarenergie näherzubringen, sondern auch anderen Bürgerinnen und Bürgern diese Möglichkeit zu eröffnen. Daher bildete die Untersuchung

der Dachflächen öffentlicher Gebäude hinsichtlich ihrer Eignung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen einen wichtigen Teilaspekt des Solarkatasters. Der Gemeinderat beschloss im Februar 2008, die Gemeindegebäude hinsichtlich der erforderlichen statischen Voraussetzungen untersuchen zu lassen und die Kosten für die geplanten Photovoltaikanlagen zu ermitteln. Des Weiteren wurde eine Bewertung der Gemeindegebäude hinsichtlich der Ausrichtung, der möglichen Kapazität einer Anlage und sonstiger Rahmenbedingungen, wie etwa Beschattung, vorgenommen. Ein örtliches Ingenieurbüro untersuchte die Statik, Vereinsmitglieder des Solarvereins ermittelten die Kostenvoranschläge für die Photovoltaikanlagen. Auf Basis des Solarkatasters wurde dann in der Gemeinderatssitzung am 26. Juni 2008 der Beschluss gefasst, welche kommunalen Dächer in einem ersten Schritt mit PV-Anlagen zu bestücken sind und – ganz wichtig – wer die Anlagen betreiben bzw. welches Betreibermodell hierfür gewählt werden sollte.

Welche Betreiberalternativen standen zur Wahl?

1. Vergabe der Dachflächen an gewerbliche Anbieter

Die kommunalen Dachflächen an gewerbliche Betreiber von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) zu verpachten, war und ist ein gängiges Instrument. Für Gemeinderat und Verwaltung stellte dies jedoch keine anzustrebende Form dar, da die Bevölkerung in die lokale Energiewende aktiv eingebunden werden sollte.

2. Bürgerbeteiligungsgemeinschaft je Anlage

Ein weiteres Modell ist eine offene, über einen Vertrag geregelte Betreibergemeinschaft je Anlage. Diese Form wird in der Regel dann gewählt, wenn es sich um kleinere oder nur einzelne Anlagen handelt. Die ersten PV-Anlagen auf kommunalen Dächern in Weissach im Tal waren von privaten Betreibern in Beteiligungsgemeinschaften verwirklicht worden. Insofern war dies eine bis dato in der Gemeinde gängige Vorgehensweise. Dieser Ansatz wurde beim weiteren umfangreichen PV-Ausbau auf kommunalen Dächern sowohl von Verwaltungsseite als auch vom Gemeinderat verworfen, da hierbei Bürgerbeteiligung nur begrenzt möglich ist.



Von oben: Kommunale Dachflächen für alle nutzbar machen (Standort Bildungszentrum Weissacher Tal), Photovoltaikanlage auf dem Gebäude der Weissacher Feuerwehr, Startschuss für gemeinschaftliche Photovoltaikanlage

3. Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) oder kommunaler Eigenbetrieb

Die Variante einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts war zwar steuerlich interessant, jedoch nicht, wenn es darum ging, dem Anspruch der angestrebten Bürgerbeteiligung gerecht zu werden. Ein kommunaler Eigenbetrieb war mittel- und langfristig für den kommunalen Haushalt selbst von Interesse, da nach Erwirtschaftung des Anfangsinvests nach ca. zehn bis zwölf Jahren die Rendite dem Eigenbetrieb und somit letztlich dem kommunalen Haushalt zugeflossen wäre. Diese Form zog die Verwaltung ernsthaft in Erwägung, da künftig gegebenenfalls darüber ein eigenes Wärmenetz betrieben werden könnte. Letztlich überwog aber auch hier der Wunsch, eine breit angelegte, in der Bevölkerung verwurzelte Betreiberform zu wählen.

4. Genossenschaftliche Organisation

Aufgrund des Umfangs der bereitstehenden kommunalen Dachflächen und der Möglichkeit, Anlagen mit zunächst ca. 135 Kilowattpeak insgesamt zu installieren, hielten Gemeinderat und Verwaltung die genossenschaftliche Organisation mit Blick auf Bürgerbeteiligung unter Berücksichtigung größtmöglicher Rechtssicherheit und Transparenz für die effektivste Form. Für die genossenschaftliche Organisation sprachen folgende Argumente:

- Für die Errichtung der Anlagen kann, bei der Bestellung größerer Materialmengen, mit den Anbietern sowohl ein günstigerer Preis für die Anlagen als auch für die Montage ausgehandelt werden.
- Für alle Anlagen kann der Verwaltungsaufwand zentral erledigt werden. Hierbei handelt es sich insbesondere um Abrechnungen, Ausweisung der Erträge, Erstellung der für die Einkommenssteuer benötigten Unterlagen usw.
- Die technische Kontrolle und Überwachung der Anlagen kann ebenfalls zentral erfolgen, gegebenenfalls können Wartungsarbeiten zu einem günstigeren Preis durchgeführt werden, als dies bei Einzelanlagen der Fall ist.
- Einer der wesentlichsten Vorteile ist jedoch die Möglichkeit, dass auch „Kleininvestoren“, also Personen, die nur geringere Beiträge investieren können, jederzeit Anteile erwerben können und damit am „Energiegeschehen in der Gemeinde“ beteiligt sind.

Insbesondere der letztgenannte Gesichtspunkt war für Weissach im Tal von wesentlicher Bedeutung. Unter strategischen Gesichtspunkten und mit Blick in die Zukunft wurde die Organisationsform der Bürgerenergiegenossenschaft als wirksames Modell erachtet. Man versprach sich dadurch die Möglichkeit, im gesamten Weissacher Tal eine „Energieoffensive“ zu starten.

Nach Auffassung der politisch Verantwortlichen konnte eine Genossenschaft, die beispielsweise „Solarwerke Weissacher Tal“ oder ähnlich genannt werden sollte, nicht nur in einer Gemeinde, sondern im gesamten Weissacher Tal aktiv werden. Künftig sollten nicht nur ausschließlich geeignete Gemeindegebäude mit PV-Anlagen ausgestattet werden, sondern auch Gewerbebetriebe oder andere Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer einbezogen werden, die über entsprechend geeignete Dachflächen verfügen. Unter diesem Aspekt konnte eine Genossenschaft, bei der beispielsweise auch die beiden weiteren Gemeinden des Weissacher Tales berücksichtigt werden sollten, wesentlich gezielter Verhandlungen führen, als wenn es sich um einen losen Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern gehandelt hätte. Selbstverständlich sollte diese genossenschaftliche Organisation sowohl Einzelpersonen als auch Institutionen und Organisationen jederzeit offenstehen. Dies bedeutete, dass zum Beispiel neben den Gemeinden auch Vereine oder Kirchen Mitglied werden können. Von Anfang an war es der Verwaltung wichtig, lokale Akteure mit ihrem Sach- und Fachwissen einzubinden. Die örtliche Raiffeisenbank und der Solarverein waren deshalb von Beginn an am gesamten Prozess beteiligt. Mit dieser Vorgehensweise erreichte die Verwaltung einerseits eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung, andererseits konnte man das vorhandene Know-how der Bürgerschaft in der Genossenschaft binden. Des Weiteren erhoffte sich die Gemeinde einen Imagegewinn als vorausschauende Energiekommune.

Beschlossene Sache – die Gründung der Energiegenossenschaft

In seiner Sitzung vom 26. Juni 2008 entschied der Weissacher Gemeinderat geschlossen, den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde – und nach Möglichkeit des Weissacher Tales – Gelegenheit zu geben, sich an den neu einzurichtenden Pho-



Homepage der Energiegenossenschaft: www.energie-wt.de



Flyer zur Bekanntmachung der Energiegenossenschaft

tovoltaikanlagen zu beteiligen. Als geeignetes Instrument wurde die Betreiberform der Genossenschaft beschlossen [2]. Die Gemeindeverwaltung wurde mit der Gründung einer lokalen Energiegenossenschaft beauftragt.

In der Folge brachte die Gemeindeverwaltung in Kooperation mit dem Vorstand der örtlichen Raiffeisenbank die Genossenschaft auf den Weg. In einem Flyer, der über das Amtsblatt an sämtliche Weissacher Haushalte verteilt wurde, warb

die Gemeinde für die genossenschaftliche Idee und ermunterte die Bevölkerung, sich an diesem lokalen Projekt zu beteiligen [3]. Die Überschrift des Flyers lautete: „Mit-Erleben, Mit-Bestimmen, Mit-Gestalten – Mit Energie aus dem Weissacher Tal“. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde im Rathaus eine Geschäftsstelle für die neue Genossenschaft eingerichtet, was in der Gründungsphase eine wichtige organisatorische Voraussetzung für das Projekt war. In der Geschäftsstelle liefen alle Anfragen und die Koordination der Genossenschaftsgründung zusammen. Betreut wird sie bis heute vom Umweltbeauftragten der Gemeinde.

Parallel dazu wurde über das Amtsblatt ein Namenswettbewerb für die Genossenschaft ausgeschrieben [3]. Alle Bürgerinnen und Bürger waren aufgerufen, sich mit kreativen Vorschlägen in die Namensfindung einzubringen. Insgesamt 75 Namensvorschläge reichten die Weissacher bis zur Gründungsversammlung bei der Geschäftsstelle ein. Durch diese Aktion wurde nicht nur das Vorhaben weiter bekannt gemacht, sondern zugleich vermittelt, dass im Rahmen der Energiegenossenschaft die Beteiligung der Bür-

gerinnen und Bürger gefragt ist – sogar bei der Namensgebung. Am 12. November 2008 fand in der Gemeindehalle auf Einladung des Bürgermeisters eine Informationsveranstaltung mit anschließender Gründungsversammlung statt, die gleichzeitig die erste Generalversammlung war. Insgesamt hatten sich dazu 120 Personen eingefunden, um sich über die neue Genossenschaft zu informieren. Auf der Versammlung wurde erläutert, weshalb man sich für diese Organisationsform entschieden hatte. Der Bürgermeister damals: „Diese sehr ursprüngliche und seit Jahrzehnten im Süden Deutschlands gebräuchliche Form eines Zusammenschlusses ist aus unserer Sicht prädestiniert, um zukunftsfähige und nachhaltige Energieprojekte zu realisieren, bei denen nicht Gewinnmaximierung, sondern Engagement, Ideenreichtum und Gemeinschaftssinn im Vordergrund stehen. Die Genossenschaft soll künftig auf allen Feldern der regenerativen Energieerzeugung bzw. -nutzung aktiv sein. Energie ist das Thema unserer Zeit. Deshalb dürfen nicht nur fiskalische Interessen, sondern müssen Idealismus und der Blick für die Zukunft unser Han-

Vorstand und Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft Weissacher Tal



deln bestimmen. Die Umweltkredite von heute zahlen unsere Nachkommen mit Zinseszinsen in der Zukunft. Alle sind dazu eingeladen, an diesem wichtigen Projekt für die Energiepolitik in unserer Gemeinde mitzumachen. Mit niedrigen Anteilszeichnungen – bereits 250 Euro reichen aus – soll es allen Interessenten ermöglicht werden, Mitglied zu werden. Jeder hat eine Stimme, egal wie hoch der Geschäftsanteil ist. Das steht für eine sehr demokratische Organisationsform.“

Gleich 82 der 120 anwesenden Bürgerinnen und Bürger entschieden sich, Gründungsmitglied der lokalen Energiegenossenschaft zu werden. Auf der Gründungsversammlung wurde auch über die Namenswahl entschieden. Die Mehrheit sprach sich für den Vorschlag „Energiegemeinschaft Weissacher Tal e.G.“ aus. Man wollte bewusst zum Ausdruck bringen, eine Genossenschaft für das gesamte Weissacher Tal zu sein. Des Weiteren wurden der Sitz und die Satzung beschlossen. Gewählt werden musste auch der erste Aufsichtsrat. Als Vorsitzender dieses Gremiums wurde der Weissacher Bürgermeister gewählt, zusätzlich wurden zwei Vorstände bestellt. Diese Funktion nahmen der örtliche Raiffeisenbankvorstand und ein örtlicher Energieberater, zugleich Mitglied des Solarvereins, wahr [4]. Damit waren in der neuen Genossenschaft der genossenschaftliche/kaufmännische und der technische Bereich mit dem erforderlichen Fachwissen vertreten.

Die Gründung der Energiegenossenschaft war mit dieser Versammlung erfolgreich nach nur fünf Monaten Vorbereitungszeit gemeistert worden. In der Folge gelang es, wie von Beginn an beabsichtigt, auch die beiden anderen Gemeinden des Weissacher Tals, Allmersbach im Tal und Auenwald, ab 2009 einzubinden. Dadurch konnte sich die Bevölkerung der ganzen Raumschaft mit der Energiegemeinschaft identifizieren, und die gute interkommunale Zusammenarbeit in einem weiteren Bereich war unter Beweis gestellt. Die beiden Bürgermeister der Gemeinden wurden ebenfalls in den Aufsichtsrat gewählt.

Größere Probleme gab es hinsichtlich der Geschäftsanteile der Kommunen. Die Gemeinden Weissach im Tal und Allmersbach im Tal wollten jeweils den Höchstbetrag von 25.000 Euro an Geschäftsanteilen halten. Dies wurde

von der Rechtsaufsicht des Landratsamts beanstandet. Begründet wurde dies damit, dass in einer Genossenschaft, im Gegensatz etwa zu einer GmbH, nicht gewährleistet ist, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden garantiert einen Sitz im Aufsichtsrat erhalten, also der Einfluss der kommunalen Seite auf den Geschäftsverlauf nicht dauerhaft gewährleistet wäre. Eine Reduktion der Anteile der Gemeinden war die Folge.

Wie ging die Entwicklung der Genossenschaft weiter?

Der heutige Erfolg der Genossenschaft ist deutlich sichtbar: Bei 241 Mitgliedern und rund 15.000 Geschäftsanteilen betrug das Geschäftsguthaben im Jahr 2014 762.000 Euro. 48 Personen stehen auf der Warteliste und wollen weitere 250.000 Euro in die Genossenschaft investieren. Die Energiegemeinschaft Weissacher Tal betreibt derzeit zehn Photovoltaikanlagen mit einem Investitionsvolumen von einer Million Euro und einer Kapazität von 350 Kilowatt. Damit kann Strom für über 600 Haushalte erzeugt werden. Die Bilanzsumme belief sich 2014 auf 895.000 Euro, das Eigenkapital auf 860.000 Euro. Dank dieser positiven Bilanz konnten einige Reserven gebildet werden. Aus den Jahresüberschüssen wurden seither Dividenden von vier Prozent pro Jahr an die Mitglieder ausgeschüttet. Mit Ertragsteuern von rund 20.000 Euro jährlich partizipieren auch die Gemeinde und der Fiskus von der positiven Entwicklung.

Seit der Gründung im Herbst 2008 wurde ausschließlich in Photovoltaikanlagen investiert. Für die installierten Anlagen standen acht Dachflächen auf gemeindeeigenen Gebäuden, ein Fabrikdach und ein kircheneigenes Dach zur Verfügung. Ab 2011 konnten mangels weiterer geeigneter Dachflächen keine neuen Projekte realisiert werden. Vereinzelt wurden noch Dächer angeboten, diese wurden aber dem Größenanspruch (ausreichende Effizienz etc.) nicht gerecht. Dies führte zu einem Aufnahmestopp für neue Genossenschaftsmitglieder. Seither gibt es eine Warteliste für neue Interessentinnen und Interessenten, die Anteile an der Energiegemeinschaft zeichnen möchten.



Messung am Windkraftstandort Zollstock-Springstein

Welche Einsatzfelder gibt es in der Zukunft?

2012 liefen in den Gemeinden im Weissacher Tal die Konzessionsverträge für die örtliche Stromversorgung aus. Daher stellte sich die Frage, ob diese mit dem seitherigen Energieversorger verlängert werden oder die Gemeinden zusammen mit der Genossenschaft andere Wege gehen sollen. Als Alternative wurde zum Beispiel überlegt, eine eigene Netzgesellschaft – getragen von den Gemeinden und der Energiegemeinschaft – zu gründen, um sich für das eigene Stromnetz zu bewerben. Die Diskussionen, welcher Weg in den einzelnen Gemeinden beschritten werden sollte, dauerten lange und waren intensiv. In den Gemeinderäten bestand eine große Verunsicherung in Bezug auf die beiden Alternativen. Die Entscheidungen fielen letztlich unterschiedlich aus: Teilweise wurde eine Konzessionsverlängerung beschlossen, teilweise hat man sich Optionen mit einem größeren Einfluss auf das Netz gesichert.

Darüber hinaus bot sich im Jahr 2013 für die Gemeinden im Weissacher Tal und die Energiegenossenschaft die Chance zu einem weiteren Geschäftsfeld im Bereich der erneuerbaren Energien. Der Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg (ForstBW) schrieb den Windkraftstandort Zollstock-Springstein, in unmittelbarer Nähe der Gemeinden, aus. Bewerber konnten für diesen Windkraftstandort, der für sechs Windkraftanlagen ausgelegt ist, ein Angebot unterbreiten. Nach langen Vorbereitungen, das heißt Bürgerversammlungen, Gesprächen, Verhandlungen unter den Beteiligten, ist es gelungen, alle Energiegenossenschaften der Anrainergemeinden und die benachbarten Stadtwerke in einer Bietergemeinschaft für einen lokalen Windkraftstandort zusammenzuschließen und dem Landesbetrieb ForstBW als Vergabestelle ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Diese Initiative wurde mit dem Standortzuschlag honoriert.

Vonseiten der Energiegemeinschaft Weissacher Tal soll eines von mehreren Windrädern übernommen werden. Es wird mit einem Investitionsvolumen für dieses Windrad mit einer Nennleistung von 2.500 bis 3.000 Kilowatt von über vier Millionen Euro gerechnet. Die Energiegemeinschaft wächst damit in eine neue Dimension. Das einzuwerbende Eigenkapital wird bei einem Anteil von angenommen 35 Prozent rund 1,4 Millionen Euro betragen. Neben der Bewältigung dieses Projektes, bei dem die Bietergemeinschaft von einem Projektierer begleitet wird, stellen sich für die Genossenschaft vielfältige praktische und organisatorische Fragen:

- Ist das Risiko beherrschbar, gibt es einen Ausgleich für Risikokonzentrationen? Welche Formen der Risikoabsicherung sind denkbar?
- Gibt es Finanzierungsalternativen?
- Wie kann die Sicherung der nachhaltigen Rendite gelingen?
- Lohnt sich zur Mitgliederverwaltung die Anschaffung einschlägiger Software?

- Was ist in Bezug auf Buchhaltung, Bilanzierung, steuerliche Fragen zu beachten?
- Und, last but not least: Reicht das vorhandene Know-how? Ist der künftige Arbeitsaufwand allein mit Ehrenamtlichen noch leistbar? Kann man dauerhaft von ehrenamtlichen Leistungen ausgehen? Rechnet sich das Projekt noch, wenn man Dienstleistungen bezahlen muss?

Dies sind durchweg Fragestellungen, die entsprechendes unternehmerisches Wissen erfordern. Hier hat der Genossenschaftsverband eine wichtige Aufgabe bei der Unterstützung und Betreuung der Energiegenossenschaften.

Rolle und Nutzen der Kommunen

Bei der Gründung der Energiegemeinschaft Weissacher Tal ging die Initiative von der Gemeinde aus. Das war beispielhaft, da die Energiegemeinschaft eine der ersten baden-württembergischen

Photovoltaik-Anlage auf dem Kindergarten in Oberweissach



Energiegenossenschaften überhaupt war. Daraus folgten als Aufgaben:

- Bereitstellung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden (überwiegend pachtfrei),
- Wahl der drei Bürgermeister in den Aufsichtsrat (ein wichtiges Bekenntnis der Gemeinden zu „ihrer Genossenschaft“),
- Leitung der Geschäftsstelle durch die Gemeinde (Ansprechpartner, telefonische und postalische Erreichbarkeit, Koordination der Öffentlichkeitsarbeit etc.).

Die Gegenleistungen der Genossenschaft:

- Möglichkeit der Kommune, intensiveren Einfluss auf die lokale und regionale Energiepolitik zu nehmen – ohne eigenes Kapital einzusetzen,
- Mitgestaltung der Energiewende durch zielgerichtete Investitionen (ohne Einsatz öffentlicher Mittel),
- Beitrag zur lokalen Wertschöpfung,
- Attraktive Anlagemöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger,
- Erhöhung des Steueraufkommens.

Daneben gibt es weitere Möglichkeiten, wie man eine Genossenschaft im kommunalen und bürgerschaftlichen Interesse nutzen kann:

- Netzbeteiligung,
- Ausarbeitung und Umsetzung von kommunalen Energiekonzepten (Bestandsaufnahme der Möglichkeiten zur Erzeugung von regenerativen Energien),
- dezentrale Energieerzeugung und -verbrauch (Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft), ein wesentlicher Zweck der Genossenschaft und gleichzeitig Risikodiversifizierung,
- Einbeziehung in Nahwärmekonzepte (Stichwort: Kraft-Wärme-Kopplung),
- u.v.m.

Erfahrungen und Fazit

Bei allem Erfolg und allen günstigen Startvoraussetzungen war die Gründungsphase der Energiegenossenschaft Weissacher Tal nicht frei von Schwierigkeiten: So musste zum Beispiel der Liquiditätsfluss dosiert werden. Mangels ausreichender Investitionsmöglichkeiten gab es einen ersten Aufnahmestopp, der auch derzeit noch in Kraft ist.

Es ging zunächst darum, nicht zu früh zu viel Geld einzusammeln, das nicht adäquat hätte angelegt werden können und auch falsche Investitionsanreize hätten geben können (Fehlinvestitionen).

Fazit 1: Nicht zu früh Geld einsammeln

Diese Problematik stellt sich auch bei der Amortisation der Projekte, wenn das Geschäftsguthaben der Mitglieder nicht mehr in Projekten angelegt ist, sondern z.B. in der derzeitigen Niedrigzinsphase auf der Bank liegt. Eine Dividende kann auf diese Weise nicht erwirtschaftet werden.

Fazit 2: Nachhaltigkeit von Investitionsmöglichkeiten

Damit die Genossenschaft nicht zu einer „Bank“ wird, sondern den Genossenschaftszweck entsprechend der Satzung erfüllt, und damit letztlich auch die Existenzberechtigung nicht in Frage gestellt wird, müssen dauerhaft Folgeprojekte entwickelt werden. Nach den ersten Projektinvestitionen, die oft Motivation für die Gründung der Genossenschaft waren, stellen sich entscheidende Fragen für die dauerhafte Existenz der Genossenschaft. Um dauerhaft existieren zu können, bedarf es stets neuer Investitionsmöglichkeiten.

Fazit 3: Energiegenossenschaften als Auslaufmodell

Werden sie überleben? Müssen überhaupt alle Genossenschaften überleben? Diese Fragen können wir heute noch nicht beantworten. Aber: Wer auf lange Sicht planen will, muss sich frühzeitig damit befassen. Bürgerenergiegenossenschaften sind vielleicht eine Erscheinung der Energiewende. Ist diese einmal gelungen, könnten sich diese eigentlich auflösen. Wenn die Bürgerenergiegenossenschaften aber dauerhaft die lokale Energiepolitik mitgestalten und die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen wollen, müssen sie sich um weitere Geschäftsfelder bemühen. Das ist keine Wachsen- oder Weichen-Politik, sondern eine Notwendigkeit, um nach der Gründungseuphorie die Reifephase zu erreichen und nicht irgendwann als „Modeerscheinung“ die Arbeit einzustellen. Die Genossenschaften müssen also weiter auf der Suche nach geeigneten Projekten und damit Investitionsmöglichkeiten bleiben.

Fazit 4: Erzeuger-Verbraucher-Konstellation

Die Aktivitäten der Energiegenossenschaften konzentrieren sich derzeit überwiegend auf die Er-

zeugerseite. Verstehen sie die Energiewende aber auch als Instrument einer Erzeuger-Verbraucher-Konstellation mit dem Ziel, Energie da zu verbrauchen, wo sie erzeugt wird? Müssen die Energiegenossenschaften ihr Engagement deshalb verstärkt auf die Verteilung und den Vertrieb der Energie richten? Wären Beteiligungen an den lokalen Strom- und Gasnetzen (Stichwort: Nahversorgung auch im Energiebereich) hilfreich? Können dadurch eine nachhaltige Geschäftstätigkeit erreicht und das bürgerschaftliche Engagement auf Dauer sichergestellt, Wertschöpfung in der Kommune gesichert und nicht zuletzt das Ziel der Energiewende gefördert werden, um möglichst viel umweltfreundliche Energie vor Ort zu erzeugen und direkt zu verbrauchen?

Schlussbetrachtung – zur richtigen Zeit am richtigen Ort

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Initiative zur Gründung der Energiegemeinschaft Weissacher Tal der richtige Impuls zum richtigen Zeitpunkt war. Unterstützung erhielt die Gemeinde von der örtlichen Raiffeisenbank und dem lokal verwurzelten Solarverein – eine Kooperation, welche die Gründung der Genossenschaft wesentlich erleichtert hat. Als Impulsgeber waren diese drei Akteure von Anfang an auch im Aufsichtsrat und Vorstand vertreten, standen also mit in der Verantwortung. Zweck der Genossenschaft war und ist es, im Weissacher Tal bzw. in der Raumschaft Backnang Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energien zu initiieren und zu betreiben. Die Wahl der Rechtsform als Genossenschaft hat sich bewährt, um möglichst vielen interessierten Menschen vor Ort und in der Region die Möglichkeit zu geben, sich an der lokalen Energiewende zu beteiligen. Die Ausgangslage für die Energiegemeinschaft Weissacher Tal war sehr günstig. Die Kommunen des Weissacher Tals standen hinter ihr, das Thema Energie war durch jahrelange kommunale Umweltpolitik fest verankert und dadurch die Bereitschaft der Bürgerschaft zur Mitarbeit stark ausgeprägt. Dieses bürgerschaftliche Engagement hält bis heute an und zeigt sich auch in verschiedenen Projektthemen Gruppen, welche 2014 zur Weiterentwicklung der Genossenschaft ins Leben gerufen wurden. ■

Quellenangaben

- [1] Gemeinderatsdrucksachen GR-DS 85/2007 und GR-DS 55/2008.
- [2] Backnanger Kreiszeitung (BKZ) vom 28.6.2008.
- [3] Flyer zur Gründung der Energiegenossenschaft 9/2008.
- [4] Aus dem Protokoll der Gründungsversammlung der Energiegemeinschaft Weissacher Tal eG.



IAN VINCENT SCHÖLZEL
Bürgermeister der
Gemeinde Weissach im Tal

Bürgermeister der Gemeinde Weissach im Tal seit Oktober 2007 und erster Aufsichtsratsvorsitzender der Energiegemeinschaft Weissacher Tal eG seit November 2008; Diplom-Verwaltungswirt (FH).

Soko Klima – Stadt gestalten mit Plan

Klimaschutz und Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels werden in den kommenden Jahren einen größeren Raum bei der Entwicklung kommunaler und überregionaler Planungen einnehmen. Auf der einen Seite nehmen immer häufiger Bürgerinnen und Bürger an solchen Verfahren teil und vertreten ihre Interessen. Auf der anderen Seite sind alle raumbezogenen Planungen klimarelevant – sie beeinflussen das Klima und müssen in zunehmendem Maße die Folgen von Klimaveränderung berücksichtigen. Für den aus Klimaschutzsicht notwendigen Umbau unseres Energiesystems müssen diese Faktoren stärker berücksichtigt werden, dies betrifft u.a. den Ausbau des Stromnetzes, die energetische Gebäudesanierung sowie die Erzeugung erneuerbarer Energien als Planungsaufgabe unterschiedlichster Ebenen. Die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel, beschlossen vom Bundeskabinett im Dezember 2008, fordert: „Die im Zuge der Vorbereitung der Anpassungsstrategie angelaufenen Dialog- und Beteiligungspro-

zesse, die sich bisher vor allem auf die Verwaltungen von Bund und Ländern sowie die Wissenschaft konzentriert haben, sollen auf eine breitere Basis gestellt werden, indem verstärkt auch die Wirtschaft, die Kommunen sowie sonstige Akteure aus den verschiedenen Handlungsfeldern einbezogen werden (...)“. Dabei sollen u.a. ein Bewusstsein für Gefahren und Risiken vermittelt, die Akteure sensibilisiert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Dies macht das Erfordernis deutlich, Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsbelange auch und gerade in der Bürgerschaft zu verankern und ein entsprechendes Beteiligungsinstrumentarium für formale und informelle Planungsvorhaben anzubieten.

Dabei bietet gerade die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein großes Potenzial für einen Bewusstseinswandel, denn Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel gehören zu denjenigen Herausforderungen, die von Kindern und Jugendlichen als die drängenden Aufgaben der Gesellschaft genannt werden; viele sind bereit, Energie zu sparen, oder befürworten das Fahrradfahren oder engagieren sich in Umweltschutzorganisationen. Auch wenn nicht klar ist, ob Beteiligung für den Klimaschutz generell förderlich ist, so kann doch unterstellt werden, dass durch die Einbeziehung der jungen Generation mindestens generationenübergreifendes Lernen ermöglicht wird und Klimaschutz dadurch eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz erfährt.



Von der Idee zum Projekt Soko Klima

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) e.V. erlebt die Bereitschaft von jungen Menschen, sich für ihre Umwelt einzusetzen und dabei auch über ihre persönlichen Interessen hinaus zu denken, regelmäßig bei seinen Schulprojekten zu Themen wie Klimaschutz und Energiesparen. Wir haben dabei die Erfahrung gemacht, dass wir Kinder

und Jugendliche am ehesten dann wirklich nachhaltig erreichen, wenn wir nicht nur Faktenwissen über Klimathemen vermitteln, sondern das Thema Klimaschutz mit konkretem Erleben im direkten Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen verknüpfen.

In seiner Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Partizipation hat UfU zudem festgestellt, dass Verwaltungen mitunter noch immer dazu neigen, Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern egal welchen Alters als Belastung zu betrachten und Bürgerbeteiligung möglichst nur im gesetzlich vorgegebenen Rahmen durchzuführen. Dies widerspricht jedoch zum einen den demokratischen Prinzipien unserer Gesellschaft, zum anderen stellt sich im Nachhinein oft heraus, dass sich die vermiedene Bürgerbeteiligung im Laufe des Verfahrens „rächt“ und durch Proteste, Streit, nachgeholte Beteiligung und Doppelarbeiten im Endeffekt mehr Ressourcen und Zeit verbraucht werden, als wenn die Öffentlichkeit von Anfang an einbezogen worden wäre.

Hinzu kommt, dass bislang meist nur erwachsene Bürgerinnen und Bürger in Beteiligungsverfahren eingebunden werden. Aus unserer Sicht besteht jedoch kein Grund, Kindern und Jugendlichen diese Beteiligungsrechte zu verweigern, zumal viele Planungen entweder unmittelbar oder in der Zukunft einen direkten Einfluss auf deren Leben haben. Dies trifft besonders auf Planungen zu, die auf Energiewende, Klimaschutz oder Klimawandelfolgen abzielen oder zumindest nebenbei Auswirkungen auf das Klima haben. Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bedarf es jedoch altersgemäßer Fragestellungen und Methoden. So entstand die Idee, Bildungs- und Projektmaterial zu entwickeln, das die Themen Klimaschutz/Klimawandel, Stadtplanung und Beteiligung an kommunalen Planungen miteinander verbindet.

Daher startete das UfU im Jahr 2011 das Projekt Soko Klima, das Kinder und Jugendliche dabei unterstützen soll, als eine Art „Sonderkommission“ Planungen an ihren Wohnorten zukunfts- und klimasensibel mitzugestalten. Es sollen klimarelevante Zusammenhänge in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Freizeit sichtbar gemacht und Handlungswissen über Klimaschutz, Energiewende, Klimafolgenanpassung und Beteiligungsmöglichkeiten im kommunalen Umfeld

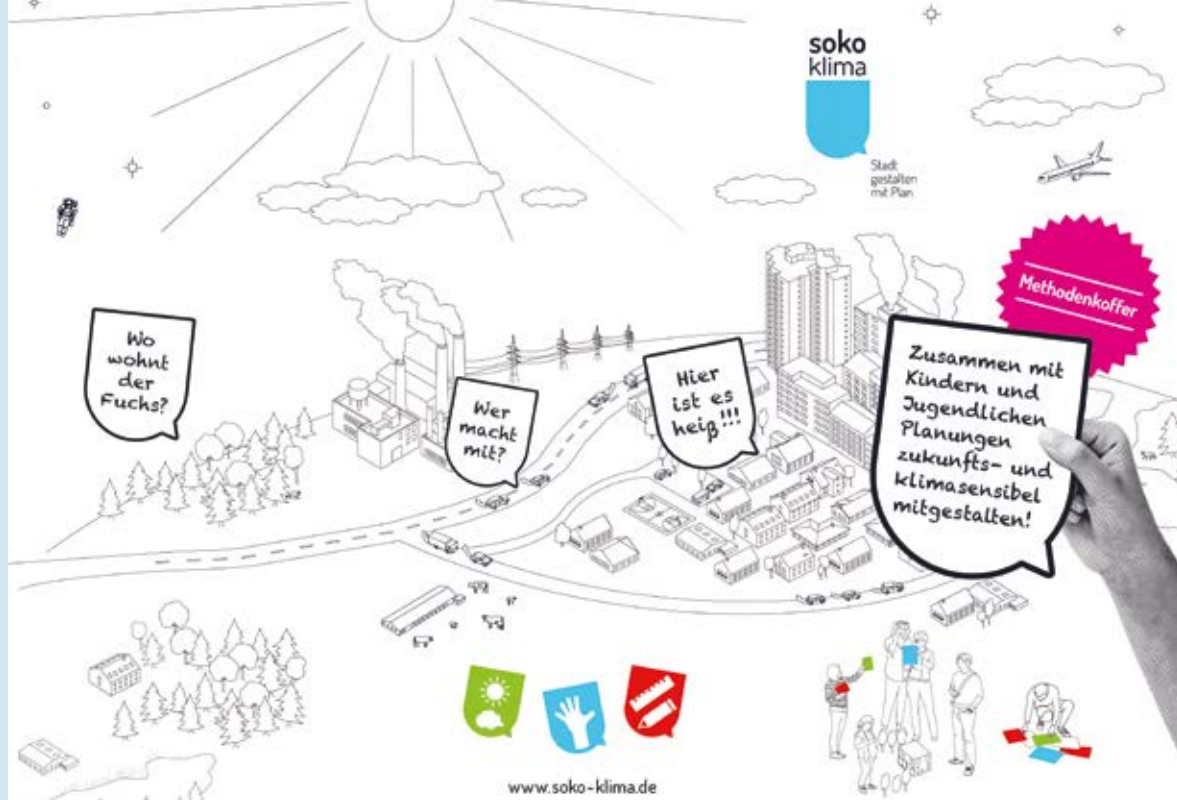


Kinder und Jugendliche altersgerecht ansprechen

entwickelt werden. Im Projekt wurden alle Planungsverfahren, bei denen eine Bürgerbeteiligung gesetzlich vorgeschrieben ist, sowie informelle Beteiligungsformate hinsichtlich ihrer Eignung für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen untersucht. Gefördert wurde das Vorhaben von 2011 bis 2014 durch die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums.

Eine Aufgabe des Projekts war es, ein Materialpaket mit Hintergrundwissen zu den verschiedenen Themenbereichen sowie Methoden und Materialien zur Durchführung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Die Materialien sollten so aufbereitet werden, dass sie neben Bildungseinrichtungen und Verwaltungen auch Planungsbüros, Ortsvereine, Bürger- und Kiezinitiativen dabei unterstützen, entsprechende Projekte durchzuführen.

Um die sehr verschiedenen thematischen Aspekte des Projekts mit dem entsprechenden Expertenwissen behandeln zu können, die große Bandbreite der möglichen Beteiligungsverfahren abzudecken und verschiedene kommunalpoliti-



Aufruf, Kinder und Jugendliche an Planungen zu beteiligen

sche Gegebenheiten in die Entwicklung der Materialien einzubeziehen, setzte das UfU das Projekt gemeinsam mit der TU Berlin (genauer: dem Wissenschaftsladen kubus – als Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen eine Serviceeinrichtung der TU Berlin – und dem Lehrstuhl für Urban Design) und dem Institut für Energie und Umweltforschung Heidelberg GmbH (IFEU) Heidelberg um.

Auf bestehenden Verfahren, Erfahrungen und Projekten aufbauen

Soko Klima begann mit einer bundesweiten Recherche zu stadtraumbezogenen Verfahren und Projekten, die im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung bereits stattgefunden haben, um auf deren Erfahrungen aufbauen zu können. Die gefundenen Beispiele betrafen – insbesondere bei den jüngsten Beteiligten – meist das unmittelbare Lebensumfeld, wie Spielplatz- und Schulgeländeplanungen. Unter den in allen Altersstufen angewandten Methoden und Beteiligungsverfahren dominierten informelle Beteiligungsformate. In formelle Beteiligungsverfahren mit Klimabezug waren Kinder und Jugendliche kaum eingebunden worden. Dabei bieten Vorhaben, die mittels formeller Planungsverfahren verwirklicht werden – beispielsweise der Bau von Kraftwerken oder der Aufschluss neuer Braunkohletagebaue – aufgrund

ihrer Klimarelevanz deutlich stärkere Möglichkeiten, konkret etwas zum Klimaschutz beizutragen.

Dabei bieten die unterschiedlichen Beteiligungsverfahren ebenso unterschiedliche Bedingungen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Informelle Methoden und Beteiligungsformate sind aufgrund ihrer Niedrigschwelligkeit, hohen Flexibilität und Anpassungsfähigkeit für Kinder und Jugendliche besonders geeignet. Unterrichtsinhalte aus verschiedenen Fächern können mit Planungsverfahren verknüpft und Gestaltungskompetenzen im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) vermittelt werden: z.B. Entwicklungen vorausschauend zu analysieren und zu beurteilen, interdisziplinär Erkenntnisse zu gewinnen und zu handeln oder Vorstellungen von Gerechtigkeit als Entscheidungs- und Handlungsgrundlage nutzen zu können. Ebenso ist es möglich, die komplexen Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in Planungsverfahren zu integrieren und so Bildungsinhalte in diesen wichtigen Themenfeldern zu vermitteln. Der Nachteil beim Einsatz informeller Formate ist jedoch, dass sie bzw. ihre Ergebnisse oft ohne Wirkung bleiben. Gerade bei Kindern und Jugendlichen erfordert dies einen entsprechenden Kommunikationsaufwand, um Frustrationen oder Enttäuschungen vorzubeugen. Formelle Verfahren bieten die Möglichkeit einer vertiefenden Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Planungsinhalt, z.B. der Klimawirkung einer Bauleitplanung, und gleichzeitig des Kennenlernens des Planungspro-

zesses als solchem, was wegen der Komplexität der Materie sicherlich eher für Jugendliche in Frage kommt. Die Wirkung der Beteiligung ist jedoch nachvollziehbarer als bei vielen informellen Verfahren, denn selbst wenn ein Vorschlag nicht zur Änderung des Planungsinhalts führt, so werden er und die Antwort darauf doch dokumentiert. Problematisch können jedoch die Dauer und die rechtlich bedingten Fristen, z.B. bei der Auslegung von Planungsunterlagen, sein.

Die Auswertung der Recherche hat gezeigt, dass es keine Methoden und Beteiligungsformate gibt, die per se für Kinder und Jugendliche geeignet oder nicht geeignet sind. Zudem hat sich gezeigt, dass grundsätzlich alle Themen in Beteiligungsprozessen sowohl mit Erwachsenen als auch Kindern und Jugendlichen bearbeitet werden können. Vielmehr ist – genau wie bei Erwachsenen – für eine starke Beteiligung von Jugendlichen an einem Partizipationsvorhaben entscheidend, dass es eine direkte Verbindung des Vorhabens zur eigenen Lebenswelt gibt. Unterschiede zu Erwachsenen bestehen im Unterstützungsbedarf bei der Durchführung eines Beteiligungsverfahrens, z.B. im Umgang mit Komplexität – wobei in komplexen Beteiligungsvorhaben häufig auch Erwachsene überfordert sind – oder bei räumlich entfernten Vorhaben oder Beteiligungsschritten.

Pilotprojekte als Praxistest und Impulsgeber

Auf Basis eigener Erfahrungen und Ideen sowie der Rechercheergebnisse entwickelten wir sukzessive Testversionen von Inhalten, Materialien und Methoden des geplanten Materialpakets. Dabei wurden die drei Themenbereiche Klimafragen, Stadtplanung und Klima sowie Beteiligung an kommunalen Planungen gleichberechtigt behandelt. Außerdem wurden auch Methoden für den Projektauftritt, die Projektplanung und den Projektabschluss entwickelt. Um eine größtmögliche Passfähigkeit für verschiedene Planungsvorhaben, verschiedene Unterrichtsfächer und Organisationsformen der Beteiligung zu ermöglichen, achteten wir darauf, dass die einzelnen Module eigenständig verwendet und in verschiedener Reihenfolge kombiniert werden können.

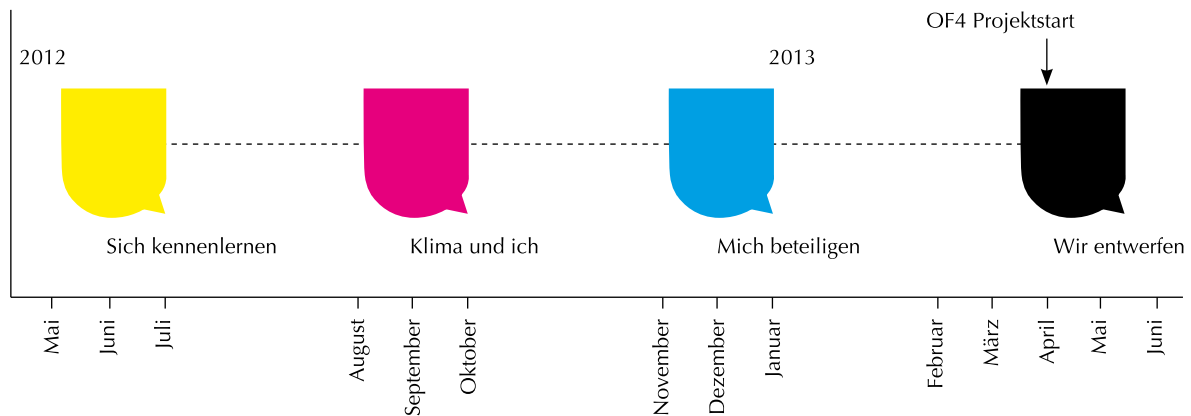
Die drei Projektpartner UfU, TU Berlin und IFEU probierten die Materialien in ausgewählten

Pilotprojekten aus. Daneben gab der konkrete Projektablauf oft Anstoß für zusätzliche Methoden und Inhalte. Bei der Auswahl der Pilotprojekte haben wir darauf geachtet, eine größtmögliche Vielfalt von möglichen Beteiligungsprojekten abzudecken – von der Schulgeländeplanung über die Planungen für einen Platz oder einen Stadtteil bis hin zur Erstellung eines städtischen Klimaschutzkonzepts.

Pilotprojekt Campus Efeuweg – zwei Schulen, ein Campus

Die Projektmitarbeiterinnen von TU Berlin bzw. Wissenschaftsladen kubus führten ihr Pilotprojekt am Campus Efeuweg in der Gropiusstadt im Berliner Bezirk Neukölln durch. Es ging darum, die ursprünglich gegeneinander abgeschlossenen Schulgelände einer Grund- und einer Sekundarschule umzugestalten und in einem Campus zu vereinigen. In diesem eher kleinräumigen Vorhaben ließen sich die Klimawirkungen von Planungsentscheidungen exemplarisch kennenlernen: Der Schatten von Laubbäumen verhindert die starke Erwärmung von Schulräumen und erhöht die Aufenthaltsqualität auf dem Schulhof, die durch die Entsiegelung von Teilflächen zusätzlich profitiert. Zudem kann auf entsiegelten Flächen Regenwasser versickern und wird so nicht über die Kanalisation abgeleitet, wodurch die Pflanzen auf dem Schulgelände bessere Lebensbedingungen haben. Der zwei Schuljahre umfassende Projektverlauf gliederte sich in die Projektschritte „Sich kennenlernen“, „Klima und ich“, „Mich beteiligen“, „Wir entwerfen“ und „Präsentieren und Feiern“.

Nach dem Projektauftritt fand hier zunächst die Auseinandersetzung mit dem Thema Stadtklima statt. Dabei erfolgte auch eine Kartierung des gesamten Geländes inklusive Bewuchs und Tierwelt sowie der Bau von Bestandsmodellen. Danach formulierten die Schülerinnen und Schüler beider Schulen ihre Wünsche an das Gelände und setzten diese in Form von kleinen und großen Modellen um. Dieses sehr intensiv betreute Pilotprojekt war in die Initiative „Campus Efeuweg – Modell(e) für eine neue Gropiusstadt“ eingebettet, mit der die TU Berlin, der Bezirk Neukölln und verschiedene im Kiez aktive Vereine zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und der Bildungschancen in der Gropiusstadt beitragen wollen. Deshalb



Phasenplan Soko Klima am Campus Efeuweg

gab es im Projektverlauf einige Termine, bei denen Vertreterinnen und Vertreter der Initiative und die Schülerinnen und Schüler zusammenkamen und Ideen diskutierten. Zum Projektabschluss haben sich die Schülerinnen und Schüler der beiden Schulen gegenseitig und auch dem Bezirksamt ihre Modelle und Ideen erläutert und diskutiert – und gefeiert. Die Ideen flossen in die weitere Planung für den Campus ein. Gegenwärtig werden Arbeiten im Außenbereich der Schulen durchgeführt, bei denen einige Ideen aus dem Soko Klima Projekt umgesetzt werden. Die Fertigstellung des Campus ist für den Sommer 2015 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt fusionieren die Projektschulen zu einer Gemeinschaftsschule.

Pilotprojekt Pistoriusplatz – Ein Stadtplatz soll anders werden

UfU arbeitete am Beispiel des Pistoriusplatzes in Weißensee, einem Teil des Berliner Bezirks Pankow, innerhalb eines Schuljahrs mit einer 9. Klasse einer benachbarten Schule im Kunstunterricht. Der Pistoriusplatz ist ein ca. ein Hektar großer Platz inmitten einer teilweise denkmalgeschützten gründerzeitlichen Bebauung. Er wurde nie bewusst als Stadtplatz gestaltet, ist heute weitgehend mit Beton versiegelt und wird zum Parken genutzt. Vor Jahren wurde ein Teil des Platzes an Privatinvestoren verkauft. Das Bezirksamt nahm zu Beginn des Soko-Klima-Projekts an, dass die Privateigentümerinnen und -eigentümer auf ihren Flächen mit Planungen beginnen würden. Damit wären dann auch Ideen zur Gestaltung des öffentlichen Teils des Platzes gefragt. Die Klasse begann mit der Bestimmung der eigenen Position

zum Thema Klimaschutz. Die weitere Arbeit fand entsprechend der im Kunstlehrplan verankerten Inhalte und Methoden statt: Mithilfe einer Fototalyze erfolgte eine Bestandsaufnahme des gesamten Platzes, bei der Perspektiven, Ausschnitte und Oberflächen mit fotografischen Mitteln aufgenommen und herausgearbeitet wurden. Anschließend erkundete die Klasse in Interviews die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner. Es folgte eine Kartierung, auf deren Basis Modelle gebaut wurden. Die einzelnen Gestaltungselemente für den Platz, z.B. Rasenflächen, Parkplätze, versiegelte Flächen, wurden auf ihre Klimawirkung untersucht und in den Modellen berücksichtigt. Rote Sprechblasen symbolisierten dabei negative Auswirkungen auf das Klima, grüne Sprechblasen positive. Blaue Sprechblasen wiesen auf eine positive Wirkung auf den Wasserhaushalt hin. Nachdem die Modelle fertiggestellt waren, präsentierten sie die einzelnen Gruppen vor der Klasse und erläuterten dabei auch die dargestellten Klimaaspekte. Auf einer Abschlussveranstaltung auf dem Platz übergaben die Schülerinnen und Schüler ihre Modelle an den Stadtrat für Stadtentwicklung des Bezirks und legten ihre Wünsche und Kenntnisse dar. Die anschließende Diskussion verlief kontrovers und teilweise überraschend, da der Stadtrat die von den Jugendlichen als gegeben angenommene starke Orientierung auf den individuellen Autoverkehr in Frage stellte. Dieses Überraschungsmoment eröffnete einen interessanten Austausch über die Rolle der Kommunalpolitik und der Stadtentwicklung, deren Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen. Wichtig an diesem Meinungsaustausch war, dass die Jugendlichen und ihre Arbeitsergebnisse



Kreative und klimafreundliche Gestaltungsideen im Pilotprojekt Pistoriusplatz

ernst genommen wurden, was sich ja gerade auch durch eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit ihnen ausdrückt. Auf dem Pistoriusplatz selbst wird allerdings bis jetzt noch nicht gebaut und umgestaltet, da es noch kein geklärtes Bau-recht gibt.

Pilotprojekt ehemaliges Bahnhofsgelände – Visionen für einen neuen Stadtteil

Im Pilotprojekt ehemaliger Güter- und Rangierbahnhof Pankow in Berlin arbeitete UfU im Laufe zweier Schuljahre mit einer 9. (dann 10.) Klasse sowie mit einer Grundschulklasse aus einer im selben Viertel gelegenen Schule. Auf dem 33 Hektar großen Gelände, das in einer für das Zentrum von Berlin bedeutenden Frischluftschneise liegt, geht es darum, einen neuen Stadtteil zu gestalten. Somit hat die Bebauung des Gebiets einen direkten Einfluss auf das Stadtklima, insbesondere im Hinblick auf die wärmer werdenden Sommer. Daneben hat die künftige Nutzung des Geländes z.B. Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung weit über das Gebiet selbst hinaus – auch dies hat Auswirkungen auf die Klimabilanz. Weitere

Anknüpfungspunkte für die Bearbeitung von klimarelevanten Fragen sind die verwendeten Baumaterialien, die Nutzungsmischung auf dem Gelände, die Nutzung von erneuerbaren Energien, die Grün- und Freiflächengestaltung usw. Die Bürgerbeteiligung ist an diesem Ort jedoch dadurch erschwert, dass die gesamte Fläche von einem Investor erworben worden ist, was später noch Schwierigkeiten verursachen sollte. Der Einstieg ins Projekt erfolgte hier über einen sogenannten Gallery Walk, eine Auftaktmethode, bei der mit Hilfe von Bildern in die kreative Auseinandersetzung mit den ausgewählten Themen eingeführt wird. In diesem Fall benutzten wir Bilder der Fläche, von städtischen Situationen, von Menschen in sommerlicher Hitze u.a. Die Schülerinnen und Schüler kommentierten, assoziierten, phantasierten und stellten die Plakate anschließend der gesamten Klasse vor. Da eine große Bürgerversammlung über die Entwicklung auf dem Gelände unmittelbar bevorstand, analysierte die Klasse als nächstes, welche verschiedenen Akteure und Gruppen an der Planung interessiert sein werden und was diese wahrscheinlich von der Fläche wol-

len. Die Jugendlichen formulierten ihre eigenen Interessen. Eine Delegation von Freiwilligen – ausschließlich Mädchen – bereitete sich vor und ging mit einigem Herzklopfen in die sehr gut besuchte Veranstaltung. Da das Bezirksamt großes Interesse an der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat, wurde im Vorfeld mit der Moderatorin der Veranstaltung vereinbart, dass die Jugendlichen die Gelegenheit erhalten, ihre Sicht auf die Planungen darzustellen. Die Schülerinnen meldeten sich sehr frühzeitig zu Wort und plädierten für die Schaffung von Grünflächen und auch von naturnahen Aufenthaltsflächen, die in ihrer Klasse ganz besonders gewünscht worden waren. Der Auftritt der Schülerinnen hatte zur Folge, dass ein „grünes Band“ von da an ein verbindendes Element aller Überlegungen wurde.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Planungsablauf folgte ein Projektmodul zum Thema Klimaschutz und Stadtklima, bei dem in Kleingruppen u.a. die Themenbereiche Frischluftschneisen sowie die Klimawirkung von Verkehr und Versiegelung erarbeitet wurden. Wenig später nahm die Klasse am Planspiel Kommunalpolitik der Bezirksverordnetenversammlung Pankow teil, einem jährlich stattfindenden Projekt, bei dem Jugendliche die Arbeit von Kommunalpolitikerinnen und -politikern kennenlernen und erkunden, wie ein Kommunalparlament funktioniert. Die Abschlussveranstaltung ist eine simulierte Plenarsitzung, auf der Fraktionen zuvor erarbeitete Anträge stellen, diskutieren und abstimmen. Die anhand der ehemaligen Bahnhofsfäche erarbeiteten stadtklimatischen und stadtplanerischen Inhalte wurden von den Schülerinnen und Schülern als „Fundus“ für mehrere Anträge und Anfragen genutzt. Die im Pilotprojekt geplante und bereits vereinbarte Geländebegehung der gesamten Klasse wurde wegen rechtlicher Bedenken des Investors kurzfristig abgesagt. Mit Unterstützung des Bezirksamts gelang es jedoch, eine Delegation der Klasse an einer später mit Planerinnen und Planern durchgeführten Begehung teilnehmen zu lassen, die großen Eindruck hinterließ. Projekthöhepunkt war ein Aktionstag, den die Klasse an ihrer Schule durchführte und auf dem sie die Schulöffentlichkeit über das Planungsvorhaben informierte

nalpolitik der Bezirksverordnetenversammlung Pankow teil, einem jährlich stattfindenden Projekt, bei dem Jugendliche die Arbeit von Kommunalpolitikerinnen und -politikern kennenlernen und erkunden, wie ein Kommunalparlament funktioniert. Die Abschlussveranstaltung ist eine simulierte Plenarsitzung, auf der Fraktionen zuvor erarbeitete Anträge stellen, diskutieren und abstimmen. Die anhand der ehemaligen Bahnhofsfäche erarbeiteten stadtklimatischen und stadtplanerischen Inhalte wurden von den Schülerinnen und Schülern als „Fundus“ für mehrere Anträge und Anfragen genutzt. Die im Pilotprojekt geplante und bereits vereinbarte Geländebegehung der gesamten Klasse wurde wegen rechtlicher Bedenken des Investors kurzfristig abgesagt. Mit Unterstützung des Bezirksamts gelang es jedoch, eine Delegation der Klasse an einer später mit Planerinnen und Planern durchgeführten Begehung teilnehmen zu lassen, die großen Eindruck hinterließ. Projekthöhepunkt war ein Aktionstag, den die Klasse an ihrer Schule durchführte und auf dem sie die Schulöffentlichkeit über das Planungsvorhaben informierte

Aktionstag zum Pilot-Beteiligungprojekt ehemaliges Bahnhofsgelände



sowie Meinungen und Interessen sammelte. Daneben fand zum Abschluss des Pilotprojekts ein Gespräch der Klasse mit dem zuständigen Dezernenten statt, das wegen der in der Zwischenzeit mehrfach verworfenen Planungen und den verzwickten Entscheidungswegen für die Klasse recht unbefriedigend verlief.

Generell war das Pilotprojekt ehemaliges Bahnhofsgelände sehr stark von dem komplizierten Verlauf des Planungsvorhabens gekennzeichnet. Wiederholt verschob sich der Zeithorizont, es gab unerwartete Hemmnisse und Zwischenfälle. Die Klasse wurde darüber jeweils informiert und die Gründe für die Probleme wurden diskutiert. Der lange Planungsprozess und die Verschiebung der Entscheidung über die Schaffung von Baurecht über den Projektzeitraum hinaus waren für die Jugendlichen natürlich problematisch. Der Planungshorizont hat sich so weit in die Zukunft verschoben, dass die Schülerinnen und Schüler der beteiligten Klasse die Schule verlassen haben werden, bis auf dem Gelände tatsächlich etwas passiert. Bei einem transparenten Umgang damit stellen solche Planungsverzögerungen jedoch kein unüberwindliches Hindernis für ein Beteiligungsprojekt mit Jugendlichen dar.

Die Grundschulklass, mit der UfU mehrere Monate zusammenarbeitete, setzte sich anhand des ehemaligen Bahnhofsgeländes hauptsächlich mit dem Themenbereich Stadtnatur und Stadtklima auseinander. Im Einzelnen wurden nach einer Auftaktphase die Themen Klimaschutz, Energie und Klimawandel in der Stadt behandelt. Zu letzterem Thema nahm die Klasse an einer Spezialführung des Naturkundemuseums teil. Nach Auswertung der Führung und einer Einführung in die Kartenkunde und die maßstäbliche Darstellung wurden verschiedene Modelle gebaut. Hier zeigte sich wie schon beim Campus Efeuweg, dass sich auch Grundschülerinnen und Grundschüler gern mit Stadtplanungs- und Klimathemen auseinandersetzen und ihre Interessen formulieren und darstellen können. Sie benötigen jedoch stärker als die Älteren einen persönlichen Bezug zur Fläche, z. B. indem sie in die Rollen von Pflanzen und Tieren schlüpfen. Außerdem erfordert ein Beteiligungsprojekt mit jüngeren Kindern eine größere Unterstützung durch Erwachsene, erbringt jedoch sehr anschauliche und manchmal auch überraschende Ergebnisse.

Pilotprojekt Jugendklimagipfel für 100 % Klimaschutz

IFEU führte sein Pilotprojekt im Rahmen des vom Bundesumweltministerium initiierten und geförderten Projekts Masterplan 100 % Klimaschutz durch, an dem die Stadt Heidelberg teilnimmt. Da der Masterplan 100 % Klimaschutz ein umfangreicher Prozess mit einer Vielzahl von Akteuren ist, gab es einen langen Vorlauf, bis es im Pilotprojekt losgehen konnte. Als Methode wurde hier ein stadtübergreifendes Zweitagesformat gewählt, der Jugendklimagipfel. 30 Jugendliche von zwölf verschiedenen Schulen diskutierten über umweltpolitische Themen und Partizipation auf kommunaler Ebene. Nach einer thematischen Einführung in die Themenbereiche Klimawandel, Klimaschutz und Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche erarbeiteten die Teilnehmenden in vier Arbeitsgruppen eigene Vorstellungen, wie sie im Jahr 2050 leben wollen. Aus diesen Visionen leiteten die Schülerinnen und Schüler aktuelle Forderungen ab, die sie bei der Abschlussveranstaltung dem Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg präsentierten. Ihre Erwartungen und Maßnahmen betrafen hauptsächlich die Bereiche „Regenerative Energien“, „Suffizienz und Effizienz“, „Stadtentwicklung“ und „Regionalisierung“. Im Rahmen des Masterplans 100 % Klimaschutz der Stadt Heidelberg wurden Delegierte der einzelnen Arbeitsgruppen in das Heidelberger Rathaus geladen, um die Resultate ihrer Arbeitsgruppen dem Heidelberg-Kreis, in dem alle wichtigen Akteure des Masterplans vertreten sind, vorzustellen. Außerdem wurden die Ideen und Vorschläge der Jugendlichen im Abschlussbericht des Masterplans 100 % Klimaschutz berücksichtigt – ebenso wie Vorschläge aus anderen Beteiligungsprojekten.

Monitoring in den teilnehmenden Gruppen

Um die Motivation für das Projekt und die Wirkung der Pilotprojekte einzuschätzen, hat der Projektpartner IFEU einen Fragebogen für das Begleitmonitoring erarbeitet, der in den beteiligten Gruppen der Pilotprojekte am Beginn des Soko-Klima-Projekts ausgeteilt wurde. Zur Befragung am Ende des jeweiligen Soko-Klima-Pilotprojekts wurde ein Nachher-Fragebogen erstellt und von den Beteiligten ausgefüllt. Aus den Einzelevalua-

tionen der Projekte ließen sich einige allgemeine Trends und Aspekte ableiten: Auf die Frage, wer ausschlaggebend für die Mitarbeit in dem Projekt war, nannte die Mehrheit der Befragten, dass dies die Lehrkraft gewesen ist. Dies ist auf den ersten Blick nicht verwunderlich, da es sich bei den evaluierten Projekten um Schulprojekte handelte. Gleichzeitig zeigt es aber auch, dass Schulen mit konkreten Angeboten angesprochen werden müssen, um eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erreichen. Das Gleiche gilt auch für andere Institutionen wie Vereine oder Jugendgruppen. Partizipation von Jugendlichen bedeutet nicht nur, dass Strukturen wie ein Jugendgemeinderat existieren, sondern es muss konkrete Projekte und Anlässe geben, mit denen Jugendliche in Berührung gebracht werden müssen.

Im Vorfeld des Projekts nach dem Thema des Projekts gefragt, antworteten die meisten Jugendlichen überwiegend mit „Zukunft“ und dem Themenkomplex „Umwelt/Klima“. Auffallend war dabei, dass nur wenige der Befragten angeben, dass es ihrer Meinung nach bei dem Projekt hauptsächlich um „Beteiligung“ oder „Planung“ gehen wird. Gleichzeitig äußerten viele Jugendliche auf die Frage, was sie im Rahmen des Projektes erreichen wollen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird und dass Kinder und Jugendliche gehört werden. Es scheint also so, dass den Kindern und Jugendlichen einerseits nicht klar ist, dass es in dem Projekt um Partizipation geht. Andererseits fordern sie gleichzeitig ein, an den Planungsprozessen partizipieren zu dürfen. Neben dem Willen nach Partizipation äußern die Jugendlichen eine große Bereitschaft, im Rahmen des Projekts Neues zu lernen.

Besonders bei jüngeren Schülerinnen und Schüler fiel auf, dass die Lehrerin oder der Lehrer nicht nur als Initiatorin oder als Initiator des Projekts eine wichtige Rolle spielte, sondern auch für den Erfolg des Projekts von großer Bedeutung ist. Ebenso ist für jüngere Schülerinnen und Schüler die individuelle Leistung für das Gelingen des Projektes wichtig. Bei den älteren Befragten sieht es anders aus: Diese erkennen zunehmend, welche wichtige Rolle die Stadtverwaltung beziehungsweise die städtischen Behörden bei den Projekten spielen und dass diese maßgeblich über die Umsetzung der Planung entscheiden. Außerdem sehen die Älteren auch den eigenen Beitrag im Rahmen des Projekts als nicht so bedeutend an,

während sie das Funktionieren der Gruppe über die individuelle Leistung stellen. Auch die Rolle der Lehrkraft wird als nicht so wichtig bewertet. Außerdem fällt auf, dass für alle Befragten die Eltern keine Rolle für den Erfolg des Projektes spielen. Bei der Frage nach dem Wissenstand der Befragten in den Themenbereichen Klima, Klimaschutz und Klimawandel schätzen die jüngeren Schülerinnen und Schüler ihr Wissen deutlich besser ein als die älteren.

Vor der Fertigstellung des Projektmaterials erhielten Lehrkräfte, ausgewählte Schülerinnen und Schüler sowie Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Architektur, Planung und Bildung die Möglichkeit, das bereits layoutete Material kennenzulernen und einzelne Module zu testen. Ihre Anregungen flossen in die Endfassung des Materials ein.

Im Projektantrag waren wir davon ausgegangen, zwei – teilweise gleiche, teilweise verschiedene – Varianten des Soko-Klima-Koffers für die 4. bis 6. Klasse zum einen und die 9. und 10. Klasse zum anderen zu erstellen. Im Zuge der Arbeit in den Pilotprojekten und an den Materialien entschieden wir uns jedoch für eine andere Herangehensweise. Grund dafür war einerseits die Vielseitigkeit der möglichen Beteiligungsverfahren und der möglichen Einbindung in den Unterricht sowie andererseits die unterschiedlichen Zeitbudgets für das Projekt bei den zukünftigen potenziellen Nutzerinnen und Nutzern. Daneben bestätigten die Pilotprojekte Erfahrungen, die wir auch in anderen Projekten an Schulen gemacht haben, nämlich, dass es nicht in erster Linie von der Altersgruppe abhängt, ob und wie Projektaktivitäten funktionieren. Deshalb fassten wir den Entschluss, nur eine Version des Koffers zu erstellen, die in ihm enthaltenen Materialien jedoch stärker modular zu gestalten und insbesondere die Methoden in Basismethoden und Vertiefungsmethoden zu differenzieren.

Koffer packen: Welche Materialien sind drin?

Der Soko-Klima-Koffer enthält verschiedene, in einem einheitlichen Design gestaltete Materialien: Ein Leitfaden dient als Gebrauchsanweisung für den Materialkoffer, erläutert die im Koffer enthaltenen Materialien und deren Nutzungsmöglich-

keiten. Er gibt auch eine Einführung in Planung und Durchführung von (Beteiligungs-)Projekten. Der Leitfaden richtet sich an die erwachsenen Nutzerinnen und Nutzer des Koffers.

Zum inhaltlichen Einstieg in die drei projektrelevanten Themenbereiche „Klima“, „Planung und Klima“ sowie „Beteiligung“ wurde jeweils ein Inputheft im Umfang von 60 bis 70 Seiten erstellt. In diesen Broschüren werden verschiedene Aspekte der Themen leicht verständlich dargestellt. Das Inputheft Klima gibt einen kurzen Überblick über verschiedene Teilaspekte, z.B. den Klimaschutz und die erneuerbaren Energien, die im Projekt Soko Klima zwar erwähnt und behandelt werden, die jedoch nicht den inhaltlichen Schwerpunkt des Projekts bilden.

Das Inputheft Planung und Klima stellt zunächst kurz die Bedeutung und die geschichtliche Entwicklung von Städten und Stadtentwicklung und die Rolle der Menschen darin dar. Es führt weiterhin den Begriff Stadtklima ein. Zu den behandelten Hauptaspekten, die das Stadtklima beeinflussen, zählen Bebauungsstruktur und Architektur, Baumaterialien, Oberflächen, Gebäudenutzung, Infrastruktur, Vegetation und Grün in der Stadt. Bei allen

Teilaspekten zeigt der Text immer auch den Handlungsspielraum der Leserin bzw. des Lesers auf.

Die Inhalte des Inputhefts Beteiligung wurden völlig neu konzipiert und entwickelt, da es in diesem Themenbereich bisher kaum Material für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche gab. Dabei wurde leicht verständlich zunächst auf wissenschaftliche und rechtliche Rahmensetzungen für Bürgerbeteiligung eingegangen. Danach wurden verschiedene Planungsverfahren und die jeweiligen Beteiligungsmöglichkeiten anschaulich dargestellt. Daneben werden das Verhältnis von Bürgerbeteiligung und Klimaschutz sowie die Wirkungen der Bürgerbeteiligung thematisiert. Praxisorientierte Inhalte sind anhand von verschiedenen Planungsvorhaben dargestellt. Die Akteure innerhalb eines Planungsvorhabens werden erläutert, informelle und formelle Planungsvorhaben und Vorhaben verschiedener Größe erklärt. Darüber hinaus diskutiert dieses Heft die Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung.

Bei der Erstellung der Inputhefte haben wir die größtmögliche inhaltliche, wissenschaftliche und juristische Korrektheit angestrebt. Gleichzeitig sollten alle Texte leicht verständlich sein, so dass

Der Soko-Klima-Materialkoffer



auch die jüngere Zielgruppe des Projekts die wesentlichen Inhalte – unterstützt durch Erwachsene – verstehen kann. Die ältere Zielgruppe ab 9. Klassenstufe soll die Texte selbständig verstehen können. Daher wurden nicht alle möglichen Details ausgearbeitet, fachsprachliche Begriffe so weit wie möglich vermieden. Da manche Fachbegriffe nicht vermeidbar sind, haben alle Inputhefte ein themenspezifisches Glossar.

Die Methodenbox umfasst eine Vielzahl von Vorgehensweisen, die im Rahmen von Projektarbeit oder im Unterricht eingesetzt werden können. Sie beschreiben Elemente, die am Anfang (z. B. als Eröffnung, zum Aufwärmen) oder am Schluss (zur Ergebnissicherung oder zur Wertschätzung des geschafften Arbeitsschritts) eines Projekts oder eines Teilabschnitts im Projekt verwendet werden können. Andere Methoden dienen der Bearbeitung von Teilaspekten innerhalb der Themen Klima, Planung oder Beteiligung, der Vorbereitung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, der Bestandsaufnahme oder dem Finden von Unterstützung. Die Methodensammlung wurde mit einem Indexsystem versehen, das den Nutzerinnen und Nutzern des Materialkoffers die Zusammenstellung eines für ihr Projekt maßgeschneiderten Ablaufs ermöglicht.

Die „Werkzeugbox“ enthält eine Vielzahl von Arbeitsblättern, Anleitungen für praktische Projektschritte, Poster- und andere Kopiervorlagen, die beim Modellbau in verschiedenen Maßstäben Anwendung finden. Außerdem gibt es verschiedene unterstützende Materialien wie den Soko-Klima-Detektivausweis, Vorlagen für Sprühschablonen u.a. Diese Elemente ermöglichen ein kreatives Herangehen an eine Fläche und unterstützen Aktionen im öffentlichen Raum, beispielsweise in Form einer Rallye, und können anschließend mit einer Urkunde belohnt werden. Die Werkzeugbox enthält außerdem einige beispielhafte Projektabläufe, die auf Basis der Pilotprojekte erarbeitet wurden und zeigen, wie verschieden solche Projekte aufgebaut werden können. Das Materialpaket enthält auch praktische Hilfsmittel für die Durchführung eines Soko-Klima-Projekts. Dazu gehört eine Recyclingplane als wiederverwendbare Unterlage für Wand- oder Bodenzeitungen oder zur Visualisierung des Projektplans. Ein Video berichtet aus den Pilotprojekten und enthält eine auskoppelbare Animation zum Thema Beteiligung. Außerdem liegen ein Zollstock und der Soko-Klima-Stempel bei. Der Koffer kann über die Webseite www.soko-klima.de bestellt werden. Interessenten füllen dort einen kurzen Fragebogen aus und hinterlassen ihre Kon-

Praktische Infos und Handwerkszeug für Beteiligungsprojekte



taktdaten. Sie erhalten den Koffer dann kostenfrei per Paket. Wer nicht das gesamte Materialpaket braucht, kann Inputhefte, den Leitfaden und die Methodensammlung auch einzeln bestellen.

Alle im Koffer enthaltenen gedruckten Materialien können von der Projektwebseite www.soko-klima.de heruntergeladen werden: Leitfaden, Inputhefte, Methodenbeschreibungen, Arbeitsblätter, Kopiervorlagen, Filmclip und anderes mehr. Außerdem gibt es auf der Webseite das Soko-Klima-E-Learning-Modul, auf dem ein Online-Kurs zu den Projektthemen Klima, Stadtplanung und Beteiligung durchlaufen werden kann.

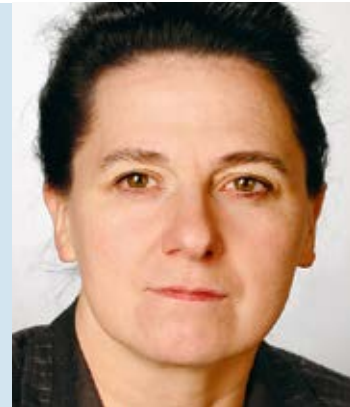
und Jugendliche durch die Beteiligung an realen Planungsprojekten die Zusammenhänge von verschiedenen Themen, z.B. Planung, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, und lernen, sich darin einzumischen – das ist der Erwerb von Handlungswissen, das sie mit in ihr Leben nehmen.

600 Soko-Klima-Koffer haben bisher ihren Weg in Schulen, zu Planerinnen und Planern und verschiedenen Organisationen gefunden, viele von ihnen sind bereits im Einsatz – deshalb hat die Soko Klima jetzt viel mehr Ermittlerinnen und Ermittler sowie Vermittlerinnen und Vermittler als zur Zeit der Pilotprojekte. ■

Fazit kurz vor Ende des Projekts

Die Projektpartner UfU, TU Berlin/kubus und IFEU Heidelberg haben in dem Projekt vorhandenes Wissen neu interpretiert, viel Neues gelernt und dieses Wissen an alte und neue Zielgruppen weitergegeben. Sie denken bereits über die Weiterentwicklung der Projektidee nach. Durch Soko Klima ist attraktives Material entstanden, das zum Schmökern, Weiterlesen und Aktivwerden anregt. Die drei Themen Klima, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung werden leicht verständlich dargestellt, so dass – nicht nur – Kinder und Jugendliche in diese Themen einsteigen können und lernen, wo sie sich mit ihren Ideen in ihrer Kommune einbringen können und wen sie fragen können, wenn sie etwas wissen wollen.

Die Pilotprojekte von Soko Klima haben gezeigt, dass sich Kinder und Jugendliche für das interessieren, was in ihrer unmittelbaren Umgebung passiert. Klimaschutz ist ihnen meist kein Fremdwort. Viele wissen vom Klimawandel und wollen wissen, was man tun kann und muss, wenn es wärmer wird, man es aber trotzdem in der Stadt aushalten will. Vielen war neu, wie Stadtplanung funktioniert, und manchmal hat es sie genervt, wenn Regelungen oder andere Akteure den eigenen Ideen Grenzen setzen oder wenn alles so lange dauert. Da geht es den Kindern und Jugendlichen nicht anders als vielen Erwachsenen. Und gerade deshalb gibt es keinen Grund, Kinder und Jugendliche nicht an kommunalen Planungen zu beteiligen, auch sie sind Bürgerinnen und Bürger. Das haben besonders die Jugendlichen, die an Soko-Klima-Projekten teilgenommen haben, immer wieder eingefordert. Daneben entdecken Kinder



ALMUTH THARAN

Unabhängiges Institut
für Umweltfragen (UfU)

Seit 2008 beim Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) e.V., inhaltlich-konzeptionelle Tätigkeiten im Fachbereich Klimaschutz und Umweltbildung, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands. Kommunalpolitikerin mit langjähriger Erfahrung in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr und Stadtentwicklung. Diplom-Sprachmittlerin für Englisch und Hindi, Humboldt-Universität Berlin.

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz

Information und Beratung für Kommunen

Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) ist Ansprechpartner für alle Fragen rund um Fördermöglichkeiten, Potenziale und andere Aspekte des kommunalen Klimaschutzes. Im Auftrag und mit Förderung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) steht ein breit gefächertes Informations- und Beratungsangebot speziell für Kommunen bereit. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

*Team des Service- und Kompetenzzentrums:
Kommunaler Klimaschutz*

Herausforderung Klimaschutz

Klimaschutz ist eine Herausforderung, aber auch eine große Chance für die Kommunen: Nicht nur das große Potenzial für CO₂-Einsparungen, auch die positiven Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte machen die vielfältigen Möglichkeiten des Klimaschutzes interessant. Doch welche Potenziale bietet die eigene Kommune? Welche Maßnahmen sind die richtigen, was kann gefördert werden? Und welche Erfahrungen gibt es schon, welche Fehler sind vermeidbar? Bei all diesen Fragen rund um den kommunalen Klimaschutz steht den Kommunen das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz zur Seite – mit Beratung zu Fördermöglichkeiten, mit Fach- und Vernetzungsveranstaltungen, Flyern und Broschüren zu unterschiedlichen Schwerpunkten sowie einer Website



mit zahlreichen weiterführenden Informationen. Zusätzlich bringt es seine Expertise in den wissenschaftlichen und fachpolitischen Diskurs ein.

le Fachbeiträge und aufbereitete Praxisbeispiele informieren und regen zur Nachahmung an.

Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“

Kommunen, die besonders vorbildliche und effektive Maßnahmen umgesetzt haben, können am Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ teilnehmen. Seit 2009 werden jährlich Projekte mit Modell- und Vorbildfunktion ausgezeichnet. Neben dem Preisgeld von bis zu 270.000 Euro verschafft eine Prämierung den Kommunen und ihren Klimaschutzaktivitäten öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung.

Veranstaltungen und Veröffentlichungen

In zahlreichen Fach-, Fortbildungs- und Vernetzungsveranstaltungen – vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunal Klimaschutz ganzjährig und deutschlandweit zu unterschiedlichen Themen angeboten – tauschen sich Kommunen praxisnah und auf Augenhöhe aus und profitieren von den Erfahrungen andernorts. Zusätzlich findet in Kooperation mit dem BMUB und den kommunalen Spitzenverbänden eine jährliche „Kommunalkonferenz“ statt. Abgerundet wird das Angebot durch themenspezifische Veröffentlichungen. Kommunale

Die Nationale Klimaschutzinitiative

95 Prozent weniger Treibhausgase als im Jahr 1990 sollen in Deutschland emittiert werden – bis 2050 will die Bundesregierung dieses ehrgeizige Ziel erreichen. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) fördert das BMUB seit 2008 Projekte und Programme, die zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Von den verschiedenen Förderprogrammen können ganz unterschiedliche Zielgruppen profitieren. Eines der Programme im Rahmen der NKI ist die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie) – ein speziell auf die Anforderungen und Bedürfnisse der Städte, Gemeinden und Landkreise zugeschnittenes Förderprogramm. Es unterstützt Kommunen, die sich für den Klimaschutz engagieren und ihre Energiekosten dauerhaft senken wollen. Die verschiedenen Förderschwerpunkte bieten den Kommunen zahlreiche Möglichkeiten, aktiv zu werden – vom Klimaschutzkonzept bis zum Energiesparmodell in Schulen. Mit dieser umfassenden Unterstützung trägt das Programm der besonderen Bedeutung der Kommunen für einen erfolgreichen Klimaschutz Rechnung: Schließlich besteht vor Ort ein großes Potenzial, klimaschädliche CO₂-Emissionen zu verringern und Einspareffekte zu erzielen. ■

Service- und Kompetenzzentrum: Kommunal Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH

In Köln:
Auf dem Hunnenrücken 3
50668 Köln
Tel. 0221/340 308 12
Fax 0221/340 308 28

In Berlin:
Zimmerstraße 13–15
10969 Berlin
Tel. 030/39001 170
Fax 030/39001 241

kontakt@klimaschutz-in-kommunen.de
www.klimaschutz.de/kommunen
Bundesweite Hotline unseres Beratungsteams in Köln und Berlin: 030/39001-170

Finanziert durch:



Bildnachweis

Energiegemeinschaft Weissacher Tal e.G.: Umschlagvorderseite (li., 1.v.o.), S. 81–84
Soko Klima: Umschlagvorderseite (li., 2.v.o.), S. 88–90, 93–98
Philipp Granzow: Umschlagvorderseite (li., 3.v.o.), S. 28, 29
Peter Dorn: Umschlagvorderseite (li., 4.v.o.), S. 63
Stadt Göttingen (Foto: Thomas Klawunn): Umschlagvorderseite (li., 5.v.o.), S. 13, 20
© djama/fotolia.com: Umschlagvorderseite (re.)
© storm/fotolia.com: S. 4
Ulrike Vorwerk: S. 6
Heike Nießen: S. 7
© Rawpixel/fotolia.com: S. 9, 10
Jennifer Rumbach: S. 11
Stadt Göttingen (Foto: Christian Malsch): S. 12–16 li., 18 re.
Stadt Göttingen (Foto: Esra W. Kurth): S. 16 re., 17
Stadt Göttingen: S. 18 li.
Heike Krüger: S. 19
Stadt Viernheim: S. 22–27 o., 30
Signum Communication: S. 27 u.
Romina Toniatti: S. 33 li.
Umweltamt Düsseldorf: S. 34, 35, 38–43 o.
Umweltamt Düsseldorf (Foto: Kai Kitschenberg): S. 37
EnergieAgentur.NRW: S. 43 u.
Kreis Stormarn (Foto: Christian Gräpel): S. 46
© BlueSkyImages/Fotolia.com: S. 47 o.
Kreis Stormarn und Jens Zussy: S. 47 u.
Kreis Stormarn: S. 50
Sigrun Richter, Stadt Reinbek: S. 51
Momme Zupelli, Kreis Nordfriesland: S. 52
Isa Reher: S. 53 li., 54 li.
ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH: S. 53 re., 64 u.
Klima-Bündnis: S. 54 re.
Heidelberg-Marketing: S. 56
Kay Sommer: S. 58
Stadt Heidelberg: S. 59
Stadt Heidelberg, Christine Fiedler: S. 62
Bettina Possler: S. 65
Stadt Offenbach a.M.: S. 66–76
Gemeinde Weissach im Tal: S. 79, 85
Kubus und Fachgebiet Prof. Stollmann, TU Berlin: S. 92
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz: S. 100
© Viktor Pravdica/fotolia.com: S. 103



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE

